

Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum
Erfahrungen aus Praxis und Politik
zusammengestellt und ergänzt von
Kurt Krambach

Berlin, Juni 2002

Manuskripte 31

Neue Arbeitsplätze
Im ländlichen Raum.
Erfahrungen aus Praxis und Politik
Zusammengestellt und ergänzt von Kurt Krambach

Berlin, Juni 2002

ISBN 3-320-02988-6

INHALT

1. Erfahrungen erfolgreicher Projekte

1.1	Ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Lande möglich ?	4
1.2	Der „Wulkower Weg“ und seine „TAT-Orte“	7
1.2.1	Modellhafte Pionierschritte des Ökospeicher-Vereins und des Dorfes Wulkow	7
1.2.2	Neue TAT-Orte der Schaffung von Arbeitsplätzen	10
1.3	Zum Beispiel Bioland Ranch Zempow: Möglichkeiten eines kleinen Dorfes in einer strukturschwachen Region	14
1.4	Zum Beispiel AGRA GmbH + Oberhavel Bauernmarkt Schmachtenhagen: Diversifizierung und Kreislaufwirtschaft verdoppeln Arbeitsplätze	19
1.5	Zum Beispiel Lohmen / „Herz Mecklenburg“: Beschäftigungsorientierte Investitions- und Gewerbeansiedlungspolitik der Gemeinde schafft Hunderte Arbeitsplätze	23
1.6	Zum Beispiel das LebensGut Pommritz als praktisches Modell einer sozial-ökologischen Landkultur: Harmonie von Sustainess – Business – Privatness	30

2. Möglichkeiten der Politik – Erfahrungen, Ergebnisse und Handlungsspielräume

a.	Neue Ansätze und Modelle der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern	35
2.1.1	Beschäftigungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern: Handlungsfelder und Instrumentarien	35
2.1.2	Neue Wege in der Arbeitsförderung	40
2.1.3	Probleme und Erfahrungen im östlichsten Landkreis	43
2.2	Positionsbestimmungen der PDS Land Brandenburg zur Politik im ländlichen Raum	46
2.3	Integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes – nicht allein eine Verantwortung der Agrarpolitik	51

3. Zum Beispiel DBV, LEADER und LASA: Aktivitäten und Netzwerke für den ländlichen Raum

3.1	Deutscher Bauernverband (DBV) und ländlicher Raum	54
3.2	Wie funktioniert LEADER+?	58
3.3	LASA-Projekt: „Gemeinsam nutzen, lokal gestalten“: Beschäftigungspotenziale von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen	63

4. Chancen für die Vermehrung von Arbeitsplätzen in einer multisektoralen ländlichen Wirtschaft

4.1	Aufwertung der Vorzüge und strukturellen Besonderheiten des ländlichen Raumes	66
4.2	Umdenken und Umsteuern: Für eine multisektorale ländliche Wirtschaft	67
4.3	Ländlicher Raum als Vorreiter von Umwelt-Initiativen	69
4.4	Potenzielle künftige „Standort“-Vorteile von Dörfern mittels IuK-Technologien	70
4.5	Arbeiten und / oder Wohnen im Dorf?	72

Anhang: Themenübergreifende Analysen, Erkenntnisse und Ideen

Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Von Wolfgang Weiß	76
Bürgernetze statt Beihilfen: Subventionen zu Öffentlichem Leistungseinkommen weiterentwickeln. Von Titus Bahner	89
Rudolf Bahro – Unzeitgemäße Betrachtungen zum Thema Landwirtschaft und Arbeit Von Thomas Schubert	91

1. Erfahrungen erfolgreicher Projekte

1.1 Ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Lande möglich ?

Jeder kennt die Fakten: Hohe und steigende Arbeitslosigkeit in Stadt und Land. Die Kernfrage, ob und wie Arbeitslosigkeit verringert werden kann, ist auch die Frage nach den Möglichkeiten, ob und wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Abgesehen von der nicht weniger wichtigen Frage, ob und wie bestehende Arbeitsplätze erhalten werden können.

Auf dem Lande haben diese Fragen ihre Besonderheiten.

Erstens ist die Zeit längst vorbei, als die meisten Arbeitsplätze noch in der Landwirtschaft zu finden waren. Und die Zahl der in diesem Zweig Beschäftigten geht weiter zurück.

Zweitens. In der ostdeutschen Landwirtschaft sind seit 1990 die Arbeitsplätze in wenigen Jahren und einem dramatischen Prozess so stark und so schnell verringert worden, dass schlagartig eine hohe Arbeitslosigkeit entstand. Hinzu kommt ein ähnlich dramatischen Rückgang in der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen, so dass die abrupte ländliche Arbeitslosigkeit von dort in keiner Weise aufgefangen werden konnte.

Drittens war und ist die Abwanderung von vor allem jüngeren und qualifizierten Landbewohnern in die westlichen oder südlichen Bundesländer besonders hoch, weil in ihren Heimatregionen die Chancen auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze äußerst gering sind. Kurzsichtige Politik prämiert sogar finanziell solche migrationswilligen Jugendlichen.

Aus diesen wenigen Tatsachen wird schon deutlich: Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen ist einerseits eine ganz aktuelle Aufgabe, um Arbeitslosigkeit zu verringern; andererseits ist dies ein Teil – sogar ein Grundproblem – der umfassenderen Aufgabe, die nachhaltige *Entwicklung eines lebendigen ländlichen Raumes* zu sichern.

Angesichts der realen Gefahren der Entleerung, einer extremen demografischen Alterung und sozialen Verarmung, wie sie besonders in so genannten strukturschwachen ländlichen Regionen schon krass in Erscheinung treten, gibt es die unterschiedlichen Szenarien, die dem ländlichen Raum oder strukturschwachen ländlichen Regionen eine wirtschaftliche und soziale Überlebensfähigkeit absprechen. So wird in einer OECD-Studie vermutet, dass in den Industrieländern der Anteil der Landbevölkerung in wenigen Jahren von 30 auf 10 Prozent sinken wird. Andere Szenarien nehmen an, dass größere Teile des ländlichen Raumes nicht mehr als *Wirtschaftsraum*, sondern nur noch als naturbelassene Gebiete oder nur als Wohnstandort und Touristikziel ihre Zukunft haben werden.

Vermutlich kann heute noch niemand genau vorhersagen, in welchem Maße und in welchen Zeiträumen es gelingen kann, ein weiteres Absinken der ländlichen Bevölkerungszahl zu stoppen oder gar umzukehren; denn dazu wäre eine „Normalisierung“ der demografischen Struktur durch steigende Geburtenraten und Eindämmung der Abwanderung erforderlich.

Dennoch gibt es ein anderes, optimistischeres Szenarium:

Die *Option historisch neuer Chancen*, den ländlichen Raum als einen lebendigen Sozialraum zu erhalten, *wenn* es gelingt, auch künftig seine Entwicklung als *relativ eigenständigen Wirtschaftsraum* mit einem breiten Arbeitsplatzangebot zu sichern.¹ Diese Option gründet sich auf mindestens drei wesentliche Faktoren.

Erstens spielt der *ländliche Raum eine überragende ökologische Rolle* für den Erhalt der Biosphäre und somit für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Nach bisherigen Erfahrungen und unter unseren Bedingungen ist es erforderlich und möglich, diese ökologische Rolle vor allem durch *flächendeckende Landbewirtschaftung* – einschließlich der Bewirtschaftung von Naturschutzgebieten – und durch *Erhalt der dispersen ländlichen Siedlungsstruktur* (Streuung vieler kleiner Siedlungen über die ganze Fläche, wie sie historisch entstanden ist) zu gewährleisten.

Zweitens ist der Erhalt des ländlichen Raumes in seiner spezifischen Naturbeschaffenheit und eigentümlichen Besiedlungsweise (einschließlich der dörflichen Architektur und Bauungsweise) ein *sozio-kulturelles Bedürfnis* der ganzen Gesellschaft, darunter städtische Naturliebhaber und Touristen, und *insbesondere der Landbevölkerung selbst*. Die Mehrheit der Landbewohner – auch jener, die aus Arbeitsgründen auspendeln oder abwandern – möchte auch künftig auf dem Lande leben.

Drittens zeigen die heutigen Erfahrungen, dass der ländliche Raum eine *dauerhafte Zukunft auch als Wirtschaftsraum* haben kann. Zum einen zeigt sich, dass die Landwirtschaft auf lange Sicht eine tragende wirtschaftliche Säule des ländlichen Raumes bleiben wird. Zum anderen zeichnet sich bereits ab, dass eine Ausweitung so genannter nichtlandwirtschaftlicher Wirtschaftsbereiche – somit auch „nichtlandwirtschaftlicher“ Arbeitsplätze – *nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist*.

Im Januar 2002 befasste sich ein Workshop bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit dem Thema „Beschäftigungspolitik und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum“. Sein Anliegen waren nicht umfassende Analysen der Situation oder Beratung allgemeiner

¹ *Relativ* eigenständig insofern, als ländliche Entwicklung nicht isoliert von der städtischen verläuft, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land eher noch zunehmen werden und z.B. Arbeitsauspendler in die Städte auch künftig ein stabilisierendes Element ländlicher Sozialstruktur bleiben.

Konzepte (obwohl beides wichtig ist), sondern die *Diskussion von Erfahrungen und realen Möglichkeiten anhand von „Erfolgsprojekten“* der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Geladen war auch eine Reihe von profilierten Politikerinnen und Politikern, die in Form einer Podiumsdiskussion politische Erfahrungen und Möglichkeiten der *Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik für den ländlichen Raum* präsentierten.²

Niemand konnte erwarten, dass jemand den „Stein des Weisen“ hervorzaubern oder allgemeine Rezepte verkünden würde, mit denen schlagartig überall neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Was sich jedoch bestätigte, war: *Das Erforderliche – die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum – ist möglich und auch realistisch !*

Es gibt – und in weit größerem Maße als manchmal bekannt zu sein scheint – bereits eine Fülle von beispielhaften Projekten, in denen es gelang, neue Arbeitsplätze in den unterschiedlichsten ländlichen Regionen und mit den unterschiedlichsten Varianten zu schaffen.

Bezogen auf den ganzen ländlichen Raum, stellen diese „Erfolgsprojekte“ noch einzelne (also viel zu wenige), aber vielfarbige Mosaiksteine dar. Um ein flächendeckendes Mosaik zu gestalten, bedarf es noch vieler, ähnlicher oder anderer Projekte und Unternehmen.

Um so wichtiger und Erfolg versprechender ist die hier praktizierte Methode, die Erfahrungen erfolgreicher und verstetigter Projekte gründlich zu studieren, um die gewonnenen Einsichten schöpferisch auf die eigenen Bedingungen anzuwenden. Und, um beim Bild zu bleiben:

Gerade auf dem Lande zählt eher jedes einzelne, und sei es noch so kleines Mosaiksteinchen, jeder einzelne neu geschaffene oder dauerhaft gesicherte Arbeitsplatz – wozu bekanntlich auch die Kombination früher getrennter Arbeitstätigkeiten zählen kann.

Es wäre wohl eine Illusion, zu erwarten, das Problem würde sich auf dem Lande in erster Linie durch große Investitionen lösen. Obwohl es auch hierfür gute Beispiele gibt. Wie günstig das auch sein könnte, der Hauptweg wird in ländlichen Regionen sicherlich durch viele – mehr oder weniger kleine – Mosaiksteine gepflastert werden müssen.

Wir hoffen, dass die hier vorgestellten Erfahrungen und Erkenntnisse auf diesem schwierigen Weg hilfreich sein werden.³

² Die mündlichen oder schriftlichen Beiträge von Teilnehmern dieses Workshops wurden in geeigneter Weise in das vorliegende Manuskript integriert, jeweils besonders gekennzeichnet und mit der Angabe des jeweiligen Autors versehen. An der technischen Aufbereitung dieser Beiträge war Bernd Wiedenhöft beteiligt. Die redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch Kurt Krambach.

³ Kurt Krambach, Prof. Dr. sc. phil., Agrarsoziologe, Berlin. Mitglied des Vereins „Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.“, Berlin; Gesprächskreis Ländlicher Raum (i.Gr.).

1.2 Der „Wulkower Weg“ und seine TAT-Orte (Kurt Krambach)

1.2.1 Modellhafte Pionierschritte des Ökospeicher-Vereins und des Dorfes Wulkow

Wulkow ist ein kleines Dorf (1990: 156 Ew.; heute: 230 Ew.), 10 Kilometer von der Stadt Frankfurt (Oder) und 4 Kilometer von der Grenze zu Polen entfernt, nahe dem Oderbruch, aber leider schon auf den bedeutend weniger fruchtbaren Höhen am Rande des Oderbruchs gelegen. Als ehemaliges Gutsdorf schon immer landwirtschaftlich geprägt, war es wie die meisten Dörfer von dem drastischen Zusammenbruch der ostdeutschen Landwirtschaft besonders betroffen. Hier hatte die Viehwirtschaft der LPG ihren Standort, und sie musste von einem Tag zum anderen „still gelegt“ werden. 32 dort Beschäftigte, vor allem Frauen, verloren schlagartig ihren Arbeitsplatz. Das waren 40 Prozent der Dorfbevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Was aber Wulkow von den meisten Dörfern damals unterschied, war der Vorteil, dass sich schon 1990 einige Leute (heute würde man sie „Initiatoren“ oder „lokale Akteure“ nennen) im Dorf zusammen fanden, die nach einem Ausweg aus der desolaten Lage und der weit verbreiteten Lethargie suchten.

Und sie fanden – gestützt auf Erfahrungen gute Ratschläge aus dem österreichischen Waldviertel – den Weg einer „ökologisch orientierten Dorfentwicklung“, zu deren Kern die Entwicklung der *lokalen Ökonomie* des Dorfes mit der Schaffung neuer Einkommensquellen und Arbeitsplätze (in Wulkow insgesamt ca. 20) gehörte.

Die ersten, mühsamen Schritte auf diesem Weg können, obwohl inzwischen von Anderen vielfach nachgemacht, bereichert und übertroffen, heute immer noch – wegen ihrer Frühzeitigkeit und Modellhaftigkeit – als Pioniertaten gelten.

Was für „Arbeitsplatz- und Einkommensträchtige“ Schritte waren das ?

– Es begann mit dem „Ökospeicher“: Ein alter Getreidespeicher wurde „umgenutzt“, um einen Markt für lokale und regionale Produkte zu eröffnen und Existenzgründern Büro- und Arbeitsraum zu bieten. Dieser Wochenmarkt hat sich dauerhaft etabliert und ist nicht nur als Weihnachts- oder Ostermarkt, sondern an jedem Wochenende ein Anziehungspunkt zum Einkaufen geworden; und auch als Familienerlebnis, bei dem Eltern und Kinder neben der einmaligen Atmosphäre im Ökospeicher auch kulturelle Veranstaltungen und noch andere Attraktionen Wulkows erleben können.

– Als Kern einer neuen lokalen Ökonomie entstanden ein von zwei Personen betriebener Biolandbau sowie mehrere ökologische Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, darunter ein Energie-Beratungsunternehmen ECOTEC, eine Firma für Fischzucht und Gewässerpflege sowie ein Lehmbaubetrieb.

- Ein Synergieeffekt dieser ökonomisch-ökologischen und sozialen Neubelebung war die Wiederbelebung mehrerer Gewerke, der Dorfgaststätte und der Erhalt des Gemeindekindergartens, der immer wieder von Schließung bedroht war.
- Die ökologische Orientierung schloss auch Schritte zur Gestaltung einer ökologischen Infrastruktur ein, deren Elemente nicht nur der Dorfbevölkerung zugute kommen, sondern zu den neuen Attraktionen für Besucher und eine anschauliche Umweltbildung sind. Dazu gehören: Die Ausstattung des Ökospeichers mit einem Großkühlschrank (dem ersten FCKW-freien Kühlschrank überhaupt), einer Photovoltaikanlage, einer Holzhackschnitzel-Heizanlage (die einen Teil des Dorfes mit Wärme versorgt) und einer Solartankstelle; ein ansehnlicher Kräutergarten mit Permakultur-Versuchen; ein Versuchsgarten für nachwachsende Rohstoffe; eine Holunderplantage; eine energiesparende Straßenbeleuchtung; usw. Zu den besonderen Attraktionen gehört das Modell eines Niedrigenergiehauses in hölzerner Rundbauweise „DOMESPACE“, das die Form eines UFO hat und vom Volksmund auch so getauft wurde. Es hat einen großen, runden Seminarraum für bis zu 60 Personen und im Dachgeschoss eine kleine Küche und drei Zweibettzimmer, ist mit einer Solaranlage, einer Erdwärme-Heizanlage und einer Pflanzenkläranlage ausgestattet. Es dient als Seminarzentrum für die Wulkower Umweltbildung, Tagungsstätte und Raum für feierliche Angelegenheiten.
- Die genannten Bedingungen ermöglichten, ein System der Umweltbildung mit vielfältigen, anschaulich und praxisnah vermittelbaren Kenntnissen, Erfahrungen und anwendungsbereitem Know how auszugestalten. Neben den täglichen Führungen, zu denen Exkursionsgruppen aus Nah und Fern kommen, gehört zu den besonderen Attraktionen der „Naturschauplatz Wulkow“, ein gemeinsam mit Pädagoginnen des Kindergartens gestaltetes Erlebnisprojekt für Kinder- und Jugendgruppen, für Projekttag von Schulklassen usw. Der geplante Ausbau einer Beherbergungsstätte für 30 Personen im Ökospeicher – zugleich Arbeitsplatz für eine junge Existenzgründerin – wird künftig Kinder- und Jugendgruppen oder Touristengruppen mehrtägige Exkursions- und Erlebnisreisen nach Wulkow (einschließlich des Erlebens anderer Attraktionen der umliegenden Region) ermöglichen.
- Ein auf der Grundlage der Wulkower Erfahrungen ausgearbeitetes *Konzept einer nachhaltigen Dorfentwicklung*. Es zeigt verallgemeinerungsfähig und praktikabel den – auch für ein kleines Dorf – möglichen Weg zu einer *ganzheitlichen Dorfentwicklung*, die eine Ausgestaltung der wirtschaftlichen und umweltgerechten, sozialen und kulturvollen Lebensverhältnisse im Dorf umfasst; diese Konzept ist ein komprimierter Ausdruck für die Modellhaftigkeit des frühzeitig und erfolgreich in Wulkow beschrittenen Weges. Wulkow

wurde unter dem Titel „Gemeinde Wulkow – Modell einer nachhaltigen Dorfentwicklung“ ein externes Projekt der EXPO 2000.

– Es war wohl kein Zufall, dass bereits 1994 der Ökospeicher und die Gemeinde Wulkow (als bisher erstes und einziges Dorf) mit dem jährlich von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt verliehenen *Deutschen Umweltpreis* ausgezeichnet wurde, und nicht zufällig war einer der Hauptpunkte in der Begründung, dass es gelungen war, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir haben das Beispiel Wulkow hier aus zweierlei Gründen ausführlich an den Anfang gestellt: *Erstens*, weil dort, wie schon gesagt, frühzeitig wesentliche Erfahrungen von bleibendem und übertragbarem Wert gerade auch hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze gesammelt wurden. Aus der geschilderten Vielfalt sollen drei noch einmal hervorgehoben werden:

- Die vorrangige Bedeutung der Schaffung neuer Arbeitsplätze mittels *Existenzgründungen von dörflichen Kleinunternehmen*, wobei das Beispiel Wulkows schon frühzeitig auf neue Möglichkeiten „*nichtlandwirtschaftlicher*“ Arbeitsplätze, darunter auch auf die zukunftsreichen wirtschaftlichen Möglichkeiten im Umweltbereich verweist.
- Die Rolle von NGOs, hier wie anderswo vor allem der lokalen, gemeinnützigen Vereine, als Vorreiter einer wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Vitalisierung des Dorfes; in dieser Hinsicht haben zudem zwei Wulkower Erfahrungen Schule gemacht: *Zum einen die Wechselwirkung von lokaler Gemeinschaft und privaten Existenzgründern*. Letztere als belebendes und auch personell tragendes Element solcher Vereine, wie umgekehrt die fördernde, Mut machende und Rückhalt gebende Rolle einer Gemeinschaft für junge Existenzgründer. *Zum anderen die enge Zusammenarbeit von Vereinen und Gemeinde*. Beides gehört zu den Erfahrungen, die auch für den Prozess einer Lokalen Agenda 21 von wesentlicher Bedeutung sind.
- Die Rolle von *Synergieeffekten für eine ganzheitliche Dorfentwicklung*, die einerseits *aus der wirtschaftlichen Belebung* entstehen können und andererseits eine Vielfalt neuer Erwerbsmöglichkeiten und Arbeitsplätze erschließen helfen können.

Zweitens. Ein weiterer Grund, warum die Wulkower Erfahrungen am Anfang stehen: Die Auszeichnung Wulkows 1994 mit dem Deutschen Umweltpreis war praktisch die *Geburtsstunde für einen ökologischen Wettbewerb* der Gemeinden in den ostdeutschen Bundesländern, der von 1995 bis 2000 von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ausgeschrieben und vom Deutschen Institut für Urbanistik getragen wurde. Er ist für unser

Zusammenhang deshalb von Bedeutung, weil er neben anderen Effekten - ähnlich wie in Wulkow - eine Vielfalt neuer Initiativen, Resultate und Erfahrungen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Lande hervorbrachte.

1.2.2 Neue „TAT-Orte“ der Schaffung von Arbeitsplätzen

Ziel des „TAT-Orte“ – Wettbewerbs war, beispielhafte Umweltvorhaben mit ökonomischer und sozialer Bedeutung für kleinere, also vor allem ländliche Gemeinden zu ermitteln. Das Augenmerk lag auf der lokalen Umsetzung umweltbezogener Strategien und Programme, die anhand konkreter Projektergebnisse gemessen wurden. Ähnlich wie in Wulkow zeigte sich bei den meisten, dass im Vordergrund solcher „ökologisch orientierten“ Projekte das *wirtschaftliche und soziale Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen* stand. Gesucht waren machbare Lösungen zur Entwicklung von Gemeinden als Lebens- und Wirtschaftsraum, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit folgen. 360 Gemeinden, Vereine und Unternehmen beteiligten sich.

Gute Beispiele sollten Schule machen. Von 1995 bis 1999 wurden jährlich 4 bis 5 Auszeichnungen vorgenommen. Im Jahr 2000 wurden unter den 24 Preisträgern 5 „Sieger“ und 3 weitere Sonderpreisträger ermittelt und prämiert.

Ansonsten bestand der „Preis“ jährlich in der öffentlichen Bekanntmachung der vorbildlichen Aktivitäten: in einer Buchdokumentation⁴, einem Video, einem Jahreskalender und einer Ausstellung.

Außerdem wurden Erfahrungsaustausch, Netzwerkbildung und Fachinformation gepflegt. Seither gibt es, öffentlich zugänglich, ein Informationsnetzwerk und periodisch erscheinende TAT-Orte-Informationsbriefe.⁵

Für unseren Zusammenhang relevante Erfahrungen aus dem TAT-Orte-Wettbewerb sollen nachfolgend anhand einiger ausgewählter Beispiele kurz genannt werden.⁶

⁴ Von 1995 bis 2000 erschien jährlich ein Band „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ mit aussagekräftiger und gut illustrierter Darstellung der „Erfolgsprojekte“ und ihrer Erfahrungen. Darüber hinaus wurden von der TAT-Orte-Projektgruppe im Deutschen Institut für Urbanistik (difu) eine Reihe von TAT-Orte-Themenheften herausgegeben: Umweltbildung im ländlichen Raum. Abwasserentsorgung im ländlichen Raum. Umweltschutz durch Kooperation. Ansätze für den ländlichen Raum. Lokale Agenda 21. Arbeitshilfe für kleine Gemeinden im ländlichen Raum. Beschäftigungspotenziale im Umweltschutz. Regenerative Energien im ländlichen Raum. Ökologischer Landbau. Diese Publikationen können kostenlos beim difu, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, bezogen werden.

⁵ Mehr über TAT-Orte:InfoNetz unter <http://www.difu.de/tatorte>; TAT-Orte-Infobriefe seit 2001 beim difu kostenlos erhältlich.

⁶ Quelle sind die Jahrbücher des TAT-Orte-Wettbewerbs 1995 bis 1999 (siehe Fußnote 3) und insbesondere „TAT-Orte 2000, difu. Berlin 2000“, in dem alle Sieger und deren Erfahrungen kurz dokumentiert sind.

(1) Zu den Projektbereichen, in denen es gelang, Arbeitsplätze zu stabilisieren und neue zu schaffen, gehören die *Landwirtschaft, insbesondere Beispiele des ökologischen Landbaus, zumeist verbunden mit Vor-Ort-Verarbeitung und Vermarktung.*

In *Brodowin*⁷, einer Gemeinde im Biospärenreservat Schorfheide-Chorin, steht im Zentrum der Orientierung auf eine Entwicklung zum Ökodorf der flächendeckende ökologische Landbau. 1200 ha Fläche, die nach Prinzipien des biologisch-dynamischen Landbaus von der Agrar GmbH bewirtschaftet werden, bilden die Grundlage für den Hauptproduktionszweig Milcherzeugung. Die Milch von den 300 Kühen wird vollständig in der Hofmolkerei verarbeitet und als Demeter-Erzeugnis (u.a. bis in die Berliner Ökoläden) vermarktet; daneben werden Butter, Quark und mehrere Käsesorten hergestellt. Rind- und Schweinefleisch wird regional verarbeitet und über eine Erzeugergemeinschaft vermarktet. Ökologische Lebensmittel, neben den Milchprodukten auch Obst, Gemüse und Speisekartoffeln werden in einem Hofladen verkauft und können u.a. auch über ein Abokisten-Vertriebssystem bezogen werden (1200 Kunden). Der Betrieb ist mit 55 festen Mitarbeitern, über 10 Saisonkräften und vier Lehrlingen größter Arbeitgeber in der Gemeinde.

Weitere Arbeitsplätze entstanden mit der Entwicklung eines naturverträglichen Tourismus, eines Biotopmanagements zum Naturschutz und zur Landschaftspflege sowie der Umweltbildung.

Ein ähnliches Beispiel ist *Breitenhain* am Rande des Thüringer Waldes. Dort werden 357 ha von der Agrargenossenschaft nach Gäa-Richtlinien bewirtschaftet. Eine eigene Abfüllanlage liefert die Milch von 180 Kühen in eine nahe gelegene Molkerei. Eine Bäckerei und eine Fleischerei aus der Region verarbeiten Breitenhainer Rohstoffe zu Back- und Wurstwaren. Ein lokaler Bauernladen verkauft neben Ökoprodukten auch andere regionale Produkte.⁸

Ein Nebenerwerbsbetrieb hat Maßnahmen einer extensiven Wiesenbewirtschaftung im Rahmen eines Kulturlandschaftsprogramms übernommen. Tourismus wurde für viele Einwohner zur Einkommensquelle im Haupt- oder Nebenerwerb. Eine Scheune wird in Privatinitiative zu einem Begegnungs- und Veranstaltungszentrum ausgebaut.

Das Ökozentrum *Werratal*⁹, eine Agrar GmbH mit 1800 ha LF, bildete mit sechs weiteren ökologisch orientierten Landwirtschafts- und Dienstleistungsunternehmen den Erzeuger-Zusammenschluss „Thüringer Werratal“ Vachdorf. Der „Ökomarkt Werratal“ – mit Bäckerei,

⁷ Angaben aus dem Jahr der Auszeichnung (1995). Siehe: TAT-Orte 2000, S. 116 ff.

⁸ Angaben aus dem Jahr der Auszeichnung (1996). Siehe: TAT-Orte 2000, S. 112 ff.

⁹ Angaben aus dem Jahr der Auszeichnung (1998). Siehe: TAT-Orte 2000, S. 160 ff.

Fleischerei, Schlachthaus, Brennerei Brauerei und Gemüseaufbereitung – ist für die Verarbeitung und den regionalen Verkauf der Bioprodukte zuständig. Produkte werden auch auf regionalen Wochenmärkte, an regionale Großverbraucher und überregionalen Naturkost-Großhandel angeboten.

(2) Einen wichtigen Stellenwert nahmen auch *nichtlandwirtschaftliche Existenzgründungen, Einrichtung von Gewerbeflächen und Belebung traditioneller Gewerke* ein.

Ein ansehnliches Beispiel hierfür ist die Gemeinde *Donndorf*.¹⁰ Neben dem großen Agrarbetrieb entstanden dort mittels einer offensiven Gewerbeförderungs- und Ansiedlungspolitik der Gemeinde ca. 50 neue Klein- und Mittelunternehmen. Etwa 250 dauerhafte Arbeitsplätze gibt es heute im Dorf; daneben gibt es 150 Beschäftigte in Qualifizierungsmaßnahmen bzw. auf dem 2. Arbeitsmarkt.¹¹ Maßgebend für den Erfolg war die Schaffung eines guten sozialen Klimas für Existenzgründungen. Die Gemeinde unterstützte Ansiedlungswillige durch Wiedernutzung ehemaliger LPG-Betriebsflächen und die gewerbliche Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude; durch individuelle Beratungen, Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für Gebäudeumnutzungen, Hilfestellung bei Behördenangelegenheit usw.. Starke Impulse gingen von dem örtlichen Bildungsträger *bipro GmbH* und vom Projektentwicklungs- und Beratungsunternehmen *ProCon* aus. Umschulungen, Weiterbildungen und Lehrgänge wurden durchgeführt: Bauhandwerk, Denkmalspflege, Altbausanierung, Betriebswirtschaft, Telearbeit, Kultur- und Bildungsmanagement. Eine „Straße der Innovationen“ verknüpft in der *Kyffhäuser-Region* neue wirtschaftliche und ökologische Ideen und deren Umsetzung durch verschiedene Unternehmen und Projekte. Fünf *Donndorfer* Unternehmen bildeten den *Kyffhäuser Firmenverbund* für Arbeit, Ökologie und Umwelt. Der Jugendverein *Jugendhilfe e.V.* bildet Jugendliche für verschiedene Vorhaben, darunter *Lehmbauprojekte* und eine *Medienwerkstatt*, aus.

Somit entstand in dieser Gemeinde als Kern einer integrierten und ganzheitlichen Dorfentwicklung eine neue lokale Ökonomie mit regionalen Verflechtungen, die – neben dem Agrarunternehmen – in starkem Maße durch die verschiedenartigsten „nichtlandwirtschaftlichen“ Unternehmen, Projekte und Arbeitsplätze gekennzeichnet ist.

Ein ähnliches Beispiel stellt das Projekt „Die Scheune *Bollewick* – Arbeits- und Ausbildungsinitiative *Röbel e.V.*“ dar.¹² In der größten Scheune Norddeutschlands, südlich des

¹⁰ Wettbewerbssieger 1999 und 2000. Siehe: TAT-Orte 2000, S. 26 ff.

¹¹ Angaben aus dem Jahr der Auszeichnung (2000).

¹² 1997 ausgezeichnet. Siehe: TAT-Orte 2000, S. 108 f., siehe auch TAT-Orte 1997.

Müritzsees in Mecklenburg-Vorpommern, wurde 1991 diese Arbeits- und Ausbildungsinitiative gegründet. Die Gemeinde hatte das Gebäude mit den angrenzenden Liegenschaften in kommunales Eigentum übernommen. Die Scheune wurde zu einem regionalen Bauermarkt und einem kulturellen Zentrum. Arbeitsmöglichkeiten wurden u.a. in den Bereichen der Ausbildung, der Sanierung und dem Ausbau der Scheune, der Landschaftspflege geschaffen. In der Scheune entstanden Arbeitsplätze mit der Einrichtung einer Teestube, eines Hotels mit Gartenlokal, einer Laden- und Werkstattzeile; für neue Handwerksbetriebe wurde hier Raum geschaffen.

Ein interessantes Modell, wo ökologische Initiativen zu neuen Arbeitsplätzen führten, entstand in der Gemeinde Ahrenshagen.¹³ Dort erhielt die Gemeinde neue Perspektiven durch den Bau von Pflanzenkläranlagen. Die Gemeinde hatte sich entschlossen, eine für die Einwohner finanziell tragbare Abwasserbeseitigung durch gemeindeeigene, auf kleine Siedlungseinheiten oder Einzelgehöfte ausgerichtete Pflanzenkläranlagen zu entwickeln. Daneben wurde ein Pilotprojekt der Abwasserentsorgung von großen Tierzuchtanlagen geschaffen. In diesem Zusammenhang entstand durch Ausgründung aus einem Arbeitsförderbetrieb mit zeitweise über 300 ABM-Kräften die Ökoland GmbH mit 30 Dauerarbeitsplätzen. Dieses Unternehmen baut und pflegt Pflanzenkläranlagen nicht nur in Ahrenshagen, sondern in der ganzen Region.

Ähnliches ergab sich in dem kleinen Dorf Krummenhagen (100 Ew.) südlich von Stralsund.¹⁴ Aus einer Beschäftigungsinitiative mit einer hohen Zahl von ABM-Kräften aus der umliegende Region gründete sich eine Lehmbaufirma LENOST GmbH aus und entstand eine Lehmsteinmanufaktur mit einer breiten Produktpalette von Lehmziegeln und weiteren Naturbaustoffen.

Aus den Aktivitäten, traditionelle Handwerkstechniken im textilen Bereich und in der Töpferei neu zu beleben mit dem ursprünglichen Ziel, arbeitslosen Landfrauen sinnvolle Beschäftigung zu geben, wurde inzwischen eine Keramikwerkstatt ausgegründet und entstand ein Naturmodeladen.

(3) Der Wettbewerb brachte auch zahlreiche und unterschiedliche *Tourismusprojekte* zutage. Dabei zeigte sich erstens, dass im ländlichen Raum noch viele Möglichkeiten bestehen, durch die Verbindung von Landwirtschaft und Tourismus zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen; zweitens, dass touristische Projekte im ländlichen Raum häufig als Teil einer

¹³ 1996 ausgezeichnet. Siehe: TAT-Orte 2000, S. 104 ff.

ökologisch orientierten Dorf- und Regionalentwicklung, das heißt, in Verbindung mit der Erschließung des touristischen Potenzials von bislang dafür ungenutzten Naturgegebenheiten und der Gestaltung eines „sanften“ Tourismus entstanden; dass drittens der touristische Bereich partiell auch Quelle neuer Arbeitsplätze im ländliche Raum sein kann.

(4) Der ökologischen Orientierung des Wettbewerbs geschuldet, nahmen unterschiedliche und vielfältige Projekte in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege sowie Umwelterziehung und -bildung ein besonders breiten Raum ein. Die Erfahrung, dass gerade in diesen Bereichen vor allem zeitweilige Arbeitsplätze mittels Maßnahmen des sogenannten 2. Arbeitsmarktes entstanden, verweist in unserem Zusammenhang zumindest auf zweierlei: Zum einen auf die Tatsache, dass offenkundig die Erfüllung dieser gesellschaftlich notwendigen Aufgaben auf längere Sicht ohne entsprechende Förderformen nicht möglich zu sein scheint; zum anderen auf die Konsequenz, dass der Notwendigkeit dieser Aufgaben auf Dauer wohl nur durch *verstetigte* Projekte und durch Formen *dauerhafter* Arbeitsplätze Rechnung getragen werden kann. Auch darin steckt eine Chance für künftige „nichtlandwirtschaftliche“ Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Positive Erfahrungen in dieser Hinsicht zeigen sich u.a. in längerfristig geförderten sozialen Wirtschaftsbetrieben.¹⁵

1.3 Zum Beispiel Bioland Ranch Zempow: Möglichkeiten eines kleinen Dorfes in einer strukturschwachen Region (Dr. Wilhelm Schäkel)¹⁶

Für die nachhaltige ländliche Entwicklung werden Visionen benötigt:

Wie soll es in 20 Jahren in unserer Region aussehen ?

Seit einem Jahr ist der jüngste Naturpark in Brandenburg, der Naturpark Stechlin-Ruppiner Land durch Minister Birthler eröffnet worden. Die Gebietskulisse des Naturparks bietet sich für eine Leitbildarbeit unter dem Gedankengebäude der Lokalen Agenda (LA 21) an. Das Gebiet ist recht homogen mit über 80 % Wald und vielen Klarwasserseen. Rheinsberg als Zentrum des Gebietes ist weithin durch seine Kammeroper und Musikakademie sowie das Rheinsberger Schoß bekannt. Vielleicht noch nicht so bekannt ist der Bereich der Umweltbildung. Dies wird in Zukunft der Schwerpunkt im Naturpark sein.

¹⁴ Siehe: TAT-Orte 2000, S. 132 ff.

¹⁵ Siehe: TAT-Orte 2000, S. 17.

¹⁶ Überarbeiteter Beitrag zum Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2).

Als Ergebnis einer moderierten Zukunftswerkstatt wurde folgende Vision für die Naturparkregion entwickelt:

„Verbraucher und Erzeuger sind eng zusammengerückt und haben gemeinsam transparente Produktlinien der Land- und Forstwirtschaft aufgebaut. Das Denken und Wirtschaften in Kreisläufen ist sowohl in der Region als auch im Austausch mit den Ballungsräumen Berlin und Hamburg tägliche Praxis. Umweltverträgliches Wirtschaften, Verbraucherschutz, Natur- und Umweltschutz haben mittels einer gut durchdachten Aufklärung und Umweltbildung höchsten Stellenwert erreicht. Die Region versorgt sich selbst mit regenerativer Energie und kann darüber hinaus noch Energie in benachbarte Regionen vermarkten. In den Dörfern herrscht reges soziales und kulturelles Leben, in das alle Bevölkerungsgruppen integriert sind. Über die ökologisch ausgerichtete Wohlstandsschöpfung konnte eine Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse an die städtischen Regionen erreicht werden. Aufgrund der intakten außerordentlich reizvollen Landschaft und einer starken lokalen Identität ist die Lebensqualität außerordentlich hoch. Die Region ist in sich stimmig. Dieser Eindruck vermittelt sich den zahlreichen Urlaubern und Tagesgästen in kurzer Zeit. Sie nehmen eine Idee davon mit, wie Leben und Wirtschaften nach den Kriterien der lokalen Agenda im ländlichen Raum aussehen kann.“

Das also ist unsere Vision und jetzt zur Praxis: Ich möchte nicht auf den ganzen Naturpark eingehen, sondern auf unser konkretes Beispiel in Zempow.

Erfahrungen aus 10 Jahren integrierter nachhaltiger ländlicher Entwicklung

Es gibt mittlerweile acht Firmen und drei Vereine, die auf lokaler Ebene zusammenarbeiten. Diese sind wiederum vernetzt mit Brandenburger und Berliner Akteuren sowie Partnern in weiteren Vermarktungsregionen. Für uns war 1992 die Ausgangsfrage, was kann man eigentlich machen in einer Region, in der niemand wirtschaften will. Die landwirtschaftlichen Flächen lagen brach. Denn die Zempower Böden bringen es im Durchschnitt nur auf 18 Bodenpunkte. Wir haben oft eine ausgeprägte Vorsommertrockenheit. Häufig regnet es direkt am See. Und hinterm See ist es dann trocken.

Wir haben 1992 überlegt, was kann man machen? Zusammen mit zwei Bioland Beratern und dem Centrum für ländliche Information und Kommunikation (CliK) wurde ein Konzept im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) erstellt. Es war klar, dass Landwirtschaft nicht das einzige Standbein sein kann. Eine Verknüpfung von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz wurde als Ziel festgelegt. Zum Landwirtschaftsbetrieb kam dann noch eine Vermarktungs-GmbH. Zur Vernetzung der Aktivitäten in der Region wurde ein Landschaftspflegeverband sowie ein Zentrum für umweltgerechte Landentwicklung (umLand e.V.) gegründet. Später kamen dann noch der Landurlaubbereich mit zwei Firmengründungen und eine Goldschmiede dazu. Im letzten Jahr wurden diese Betriebe durch zwei Ausgründungen aus dem umLand e.V. ergänzt. Hierbei handelt es sich zum einen um die Waldpflege mit dem Holzhackschnitzzellieferservice und zum anderen um das Wärme Contracting. In Wittstock entsteht zur Zeit unser erstes dezentrales Nahwärmeheizwerk für 50

Familien, ein Kino und ein Krankenhaus. Der Autor Franz Alt geht soweit zu sagen: „Die Landwirte werden die Ölscheichs des 21. Jahrhunderts“.

Auf die Landwirtschaft möchte ich etwas näher eingehen. Mit drei Bioland Betrieben werden rund 800 ha landwirtschaftliche Flächen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bewirtschaftet. Davon sind 150 ha Dauergrünland und 200 ha Landschaftspflegeflächen. Alle Flächen werden nach Bioland Richtlinien bewirtschaftet. Die wichtigsten Ziele sind dabei: Aufbau der Bodenfruchtbarkeit, artgerechte Tierhaltung und faire Vermarktung. Selbstverständlich werden keine chemischen Pflanzenbehandlungsmittel und keine schnelllöslichen Stickstoffdünger eingesetzt. Beim Anbau der Ackerkulturen werden Sommerung und Winterung stets im Wechsel gesät. Eine an die kargen Böden in Zempow angepasste Fruchtfolge ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Wirtschaftsweise.¹⁷

Im Laufe der Fruchtfolge wird zweimal Mist und zweimal Kompost gedüngt. Grunddünger und Kalk werden nach Bedarfsermittlung durch Bodenuntersuchungen ergänzt. Der hohe Futterbauanteil und der Mist sowie Kompost bewirken eine deutlich steigende Bodenfruchtbarkeit. Eine elementare Voraussetzung dafür ist die Viehhaltung von Wiederkäuern. Man sagt: „die Fruchtfolge muss durch den Magen des Rindes“, dann können auf kargen Böden vertretbare Erträge erzielt werden. Zudem wird durch den verbesserten Humusgehalt das Wasserhaltevermögen der Böden gesteigert.

Wir können von unseren Flächen rund 300 Mutterkühe und insgesamt 700 Kopf Rindvieh ernähren. Die Mutterkühe sind Kreuzungen der Rassen Hereford, Deutsche Angus und Limousin. Die Kälber werden überwiegend im Frühjahr auf der Weide geboren und laufen mit ihrer Mutter bis sie 7 Monate alt sind. Dann werden die männlichen Tiere im Stall mit Auslauf gemästet bis sie knapp 700 kg wiegen. Die Schlachtung für die Berliner Vermarktung erfolgt in Hakenberg bei Neuruppin. Wir erreichen Schlachtkörpergewichte von 360 bis 380 kg im Durchschnitt. Die Tiere werden dann an die Fleischerei Feindura geliefert, zerlegt und in Berlin im Rahmen eines Shop in Shop – Konzeptes in Bio-Supermärkten verkauft. Mit der Fleischerei Feindura hat sich eine vertrauensvolle faire Zusammenarbeit entwickelt. Im Marketingbereich bemühen wir uns über die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL) die Handelspartner durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen. Zum Beispiel durch einen Einkaufsführer für Berliner Verbraucher oder über Messeauftritte auf der Grünen Woche und durch gezielte Pressearbeit.

¹⁷ Zempower Fruchtfolge: 1. Jahr Klee gras; 2. Jahr Klee gras; 3. Jahr Klee gras; 4. Jahr Hackfrucht: Mais; 5. Jahr Roggen oder Triticale; 6. Jahr Sommerfuttergemenge: Hafer, Sommerwicke, Peluschke; 7. Jahr Winterfuttergemenge: Roggen, Winterwicke; 8. Jahr Lupine; 9. Jahr Winterfuttergemenge: Roggen, Winterwicke.

Die Fleischvermarktung ist für die Bio-Betriebe häufig der schwierigste Bereich. Während in den meisten anderen Bereichen ein Nachfrageüberhang vorhanden ist, entwickelt sich der Markt für Biofleisch in Berlin nur sehr langsam. Daher vermarkten wir einen Großteil unserer Erzeugung über einen Bioland Partnerbetrieb in die niedersächsischen Städte Hannover, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen. Unser Ziel bleibt natürlich die Regionalvermarktung. Neben diesem Bereich betreiben wir auch die klassische Direktvermarktung als Freihaus-Lieferservice. Allerdings handelt es sich hierbei um sehr geringe Mengen. In Zempow kann man in Marion's Laden unser Rindfleisch und weitere Bioprodukte kaufen.

Ein sehr wichtiger Bereich, der zu Anfang noch nicht konkret geplant war, ist der Bereich Landurlaub. Im Dorf hat Familie Bergmann drei Ferienwohnungen mit 12 Betten in einem alten Brandenburger Vierseithof ausgebaut. Das Galerie-Café Ginkgo einer Ostberliner Künstlerin ist schon vor der Wende entstanden. Zusammen mit Familie Brune haben meine Frau und ich in Zempow ein Ökodorfkonzept entwickelt. Auf Grundlage eines ökologischen Bebauungsplan wurden 10 Niedrigenergiehäuser für 50 Personen errichtet. Die Wärmeversorgung erfolgt zentral über eine Holzhackschnitzelheizung. Die Abwässer werden in einer Pflanzenkläranlage gereinigt. 40 Ferienbetten werden ganzjährig vermietet. Im Gegensatz zum Bereich der Fleischvermarktung ist die Wirkung des Marketing überaus effektiv. Bereits mehr als die Hälfte der Gäste kommen über das Internet (www.zempow.de). Wer schon einmal in Zempow war und sich zumindest an den Ortsnamen erinnert, kann uns in den bekannten Suchmaschinen sehr schnell wiederfinden. Ebenso hat sich ein hoher Anteil an Stammgästen entwickelt, die wiederum über Mund-zu-Mund-Propaganda zum Marketing beitragen. Soweit eine kurze Information über unseren Tourismusbereich. Ich denke, der Landurlaub kann ein wichtiges Standbein für unsere Region werden. Zwanzig Prozent Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Tourismusbereich könnten möglich sein, wenn nicht die Bundeswehr bei uns den größten Bombenabwurfplatz Mitteleuropas einrichten würde. Als Bürgerinitiative „Freie Heide“ kämpfen wir dagegen. Wir haben zwar alle Gerichtsverfahren bisher gewonnen, aber die Bundeswehr lässt nicht locker. Die schönsten Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung sind mit Tiefflug und Bombenabwurf keinen Pfifferling wert. Mehr noch als die direkte Lärmbelastung lebt der Tourismus vom Image. Die Bundeswehr dagegen meint, der Tourismus würde vom Tiefflug nicht beeinträchtigt.

Besonders am Herzen liegt uns die Kulturlandschaftspflege. Auf den ökologischen Landbau werden sinnvolle Landschaftspflegemaßnahmen aufgesattelt bzw. Naturschutzaktivitäten integriert. Ziel ist der Naturschutz auf der gesamten Fläche. So haben wir die weite Fruchtfolge,

breite Saumstreifen und gegliederte Feldfluren. Von der Politik, die uns immer vorpredigt, wir sollen Landschaftspflege machen, sind wir sehr enttäuscht. Leider sind die Finanzmittel in diesem Bereich minimal. Wenn hier nicht ehrenamtliches Engagement greift und Stiftungen sowie private Sponsoren unterstützen, dann wäre in Zempow noch fast nichts geschehen. Geschweige denn ein Einkommensbeitrag für die Landwirtschaft.

Wir lassen uns daher von den Erfolgen in Flora und Fauna motivieren und hoffen auch andere mit unserem Engagement zu infizieren. So ist z.B. die Wachtel wieder da! Wir haben den Wiesenweg entlang über 42 Vogelarten bestimmt. Im Wald haben sich zwei Fischadlerpaare neu angesiedelt. Wunderschöne Trockenrasenflächen haben sich entwickelt. Das macht natürlich Spaß. Und um dieses Erlebnis zu vermitteln, bieten wir Kurse zur Landschaftsästhetik an. Wir gehen raus mit den interessierten Personen, häufig mit einer Landschaftsökologin oder mit einem Vogelkundler als Unterstützung, um Kulturlandschaft mit allen Sinnen zu erfahren. Die Teilnehmer können sich daran erfreuen, was wir in Zempow sozusagen als Nebenprodukte der Land- und Forstwirtschaft geschaffen haben. Wir spüren deutlich einen Trend in diese Richtung. Man muss nicht unbedingt auf den höchsten Berg oder am tiefsten tauchen, sondern kann sich auch an kleinen Stimmungswechseln, an Farbspielen und an den Gerüchen einer ganz bestimmten Landschaft erfreuen. Vielleicht sogar eine tiefere Beziehung aufbauen. Sich selbst ins Gleichgewicht mit der Kulturlandschaft denken und hoffentlich sogar sein Alltagshandeln daran ausrichten. Das heißt z.B. regionale Bioprodukte kaufen oder in der Region seinen Urlaub und seine Freizeit sinnvoll zu verbringen.

Diese Aktivitäten sind in die Lokale Agenda 21 eingebunden. Eine wesentliche Idee der LA 21 ist die Vernetzung von Akteuren in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht. Für uns in Zempow ist die Land-Stadt-Vernetzung von zunehmender Bedeutung. Familien suchen nach Möglichkeiten mit ihren Kindern Landleben zu erfahren. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder, die mit Landwirtschaft in Kontakt kommen, erheblich weniger unter Allergien leiden. Auf die natürlichen Reizstoffe hat der Körper eine Immunantwort. Nicht jedoch auf die mehr als 1500 Lebensmittelzusatzstoffe. Hierauf wird im ökologischen Landbau konsequent verzichtet, wie übrigens auch vor der Wende im Osten beim Brot. Brot wurde nur aus Mehl, Sauerteig und Wasser hergestellt und nicht aus industriell hergestellten Backmischungen. Insofern wird die Zahl der Allergien im Osten vermutlich noch erheblich ansteigen. Wer vielleicht selbst vom Dorf kommt oder in der Landwirtschaft aufgewachsen ist, weiß, dass die Auseinandersetzung mit der Natur die Kreativität fördert.

In Zempow haben wir *in den unterschiedlichen dargestellten Bereichen 25 Arbeitsplätze geschaffen*, hinzu kommen noch Arbeitsfördermaßnahmen. Insofern haben wir unser Ziel, so

viele Arbeitsplätze in Zempow anzubieten wie erwerbsfähige Personen im Dorf leben, annähernd erreicht und gelegentlich auch schon übertroffen.

Ich denke, dass in der Naturparkregion im Energiebereich bis zu 30% Wertschöpfung und Arbeitsplätze, im Tourismus 20%, in der Landwirtschaft 3% (leider) und in der Verarbeitung und Vermarktung 12% insgesamt also 65% erreichbar sind. Daher müssen 35% im handwerklichen Bereich in der Region oder über Montage erzielt werden. Industrie sollte direkt im Naturpark nicht angesiedelt werden. Dafür stehen die Gewerbegebiete in Neuruppin, Herzberg, Wittstock an der Autobahn bereit.

Zum Abschluss möchte ich einige Thesen zur Diskussion stellen, die aus meiner Sicht die nachhaltige ländliche Entwicklung befördern können:

1. Endogene Potentiale durch exogenes Know how ergänzen
2. Gründungschancen für gut ausgebildete junge Absolventen schaffen
3. Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern
4. Identifikationsmöglichkeiten für junge Leute mit ihrer Region verbessern
5. Eine Kultur des ländlichen nachhaltigen Lebens entwickeln
6. Akzeptanz für „lebenslanges Lernen“ aufbauen
7. Großprojektförderung zugunsten KMU reduzieren
8. Ehrliche und zuverlässige Politikgestaltung
9. Förderung nur für ökologisch und sozial engagierte Unternehmen

1.4 Zum Beispiel AGRA GmbH + Oberhavel Bauernmarkt Schmachtenhagen: Multifunktionalität und Kreislaufwirtschaft verdoppeln Arbeitsplätze (Siegfried Mattner)¹⁸

Das Dorf Schmachtenhagen liegt im Landkreis Oberhavel, nördlich von Berlin, und hat 1.800 Einwohner. Schmachtenhagen wurde – inzwischen auch international – durch den Oberhavel Bauernmarkt bekannt. Er liegt als eigenen GmbH auf dem Gelände des Landwirtschaftsunternehmens Schmachtenhagener AGRA GmbH und ist der größte Bauernmarkt in Europa, der von Landwirten selbst betrieben wird. Er wird jährlich von etwa 300.000 Menschen besucht, häufig als Erlebnisbesuch und Einkauf für die ganze Familie.

Um für unser Thema das Ergebnis vorweg zu nehmen: Der Agrarbetrieb käme mit 40 Arbeitskräften aus; *die Kombination* mit anderen Aktivitäten, insbesondere dem Markt, schafft *bisher über 80 Arbeitsplätze und wir bilden 22 Lehrlinge in sechs Berufen aus*. Das heißt, wir haben *mehr als 40 Arbeitsplätze zusätzlich* im ländlichen Raum geschaffen.

¹⁸ Überarbeiteter Beitrag für den Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (Siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2). Siegfried Mattner ist Geschäftsführer der Schmachtenhagener AGRA GmbH und des Oberhavel Bauernmarktes GmbH. In: 16515 Schmachtenhagen. (www.oberhavel-bauernmarkt.de)

Heute verbinden sich diese Aktivitäten mit den Schlüsselbegriffen „gläserne Produktion“, „multifunktionale Landwirtschaft“ und „Kreislaufwirtschaft.“

1990 entstand – vor dem Hintergrund der bekannten dramatischen Produktionseinbrüche beim Übergang zur Marktwirtschaft und dem Zwang zur drastischen „Freisetzung“ von Arbeitskräften – durch Umstrukturierung der LPG die AGRA GmbH. Sie ist zu einem modernen, leistungsfähigen Unternehmen geworden und bildet die Basis der nachhaltigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung in Schmachtenhagen.

Wir halten 1.600 Rinder, 300 Schweine, 2.000 Hühner und 200 Gänse. Die Versorgung des Viehs und die Verarbeitung der Produkte erfordern moderne Organisation und Technik, also auch tierfreundliche Haltung; die Fütterung erfolgt automatisch, die Melkstände sind im Dreischichtsystem besetzt. Täglich werden mehr als 18.500 Liter Milch produziert.

Unser Bestreben ist, so viel wie möglich unserer Produkte selbst zu verarbeiten. Durch Veredelung soll eine höhere Wertschöpfung im Betrieb selbst erzielt werden.

2000 Liter Milch werden täglich in der eigenen Molkerei zu 30 Produkten – von eigenen Käsesorten über verschiedene Butterarten bis zu Schokomilch – verarbeitet. Dem gleichen Zweck – höhere Wertschöpfung in der GmbH durch Veredelung - dient auch die eigene Hoffleischerei. Sie bietet täglich ein reichhaltiges Angebot von Fleischerzeugnissen von frischem Hackfleisch, frischer Blut- und Leberwurst und eigener Salami, Eisbein und frischer Leber bis zu Wurstsuppe (auch zum Mitnehmen) an. Eine leistungsfähige Gastronomie, die Tausende Gäste versorgen kann, bereitet ihr Angebot vor allem aus betrieblichen Produkten zu. „Gläserne“ Produktion – zum direkten Anschauen und auch zum Anfassen – ist zugleich ein untrennbarer Bestandteil der Vermarktung und der „Erlebniswelt Bauernmarkt“. Die Fahrt mit der inzwischen berühmten „Eierbahn“ (einer Kleinstbahn von der Art, wie sie oft auf Messen, größeren Ausstellungen für die Besucher bereit stehen) durch die Stallanlagen und andere Produktionsstätten, wo man auch aussteigen kann, ist nicht nur für Kinder ein besonderes Erlebnis. Erfahrene Landwirte begleiten die Besucher, erklären Tierhaltung und Milchverarbeitung, beantworten Fragen. Für Kinder ist die größte Attraktion der Kälberstall. Im Hühnerstall können die Besucher aussteigen und ihren Bedarf an frisch gelegten Eiern selbst aus den Nestern sammeln.

Die Fleischerei arbeitet als „Schaufleischerei“: Man kann beim Zerlegen von Fleisch, der Herstellung von frischem Hackfleisch mit dem Fleischwolf und anderen Verarbeitungsgängen aus nächster Nähe zuschauen. Analog gilt das für die Bäckerei.

„Kreislaufwirtschaft“ bedeutet bei uns, dass die Tiere auf dem Hof geboren werden und den Hof über die Ladentheke oder möglichst sogar „über den Teller“ verlassen. Unsere Erfahrung ist, dass Direktvermarktung auf so einem Standort in der Nähe Berlins nicht gelingen kann, wenn wir uns nicht von normalen Wochenmärkten unterscheiden. Deshalb ist unsere Philosophie: *Erlebnisbauernmarkt*. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ist aber auch vielfältiger. Direktvermarktung der eigenen, zum Teil selbst veredelten Produkte erfolgt regional und auch überregional. Zum einen kommt der Oberhavel Bauernmarkt zu den Konsumenten: Wir beteiligen uns an allen Märkten und anderen Ereignissen in der Region. Und in Berlin-Steglitz gibt es eine Zweigstelle als Wochenendmarkt. Es entsteht ein mobiler Bauernmarkt mit Informations- und Erlebnisbereich (z.B. Schaufleischerei und Schaukäseerei usw.).

Auf der anderen Seite wollen wir, dass möglichst viele Konsumenten zu uns kommen, zum Erlebniseinkauf auf dem Hof, also zum Oberhavel Bauernmarkt: Gewissermaßen „vom Kudamm zum Kuhstall“. Wir haben sogar erreicht, dass seit dem 18. Juni 2000 regelmäßig Sonnabend und Sonntag ein Triebwagen der Bahn von Berlin-Karow nach Schmachtenhagen zum Bauernmarkt pendelt. Wenn es gelänge, die Bahnverbindung weiter auszubauen und einen entsprechenden Bahnhof in Schmachtenhagen zu schaffen, könnten wir erreichen, dass Schmachtenhagen zu einem Knotenpunkt für eine regional vernetzte Touristik zu vielen anderen Attraktionen der Region wird.

Nicht zufällig ist der Oberhavel Bauernmarkt zum Zentrum der Direktvermarktung und zum Sitz des Verbandes der Direktvermarkter Brandenburgs geworden. Der Oberhavel Bauernmarkt fungiert auf vielfältige Weise als regionales Zentrum. Direktvermarkter aus der Region und von weiter her können hier täglich ihre Produkte ausstellen. 40 Direktvermarkter haben sich unter dem Dach des „Oberhavel Bauernmarktes“ versammelt. Angefangen vom Korbmacher über alle Arten der Obst- und Gemüsevermarktung bis zum Anbieter von heimischen Honigprodukten sind 15-20 Gewerke vertreten.

Selbst bei gewachsenem Interesse an Früchten von Nachbars Feld muss auch für das Angebot ständig geworben werden. So schaffen die Bauernmärker immer wieder Höhepunkte, die ihre Ideen und Produkte einem breiten Publikum zugänglich machen. Auf dem 1. Oberhavel-Schlachtfest fand eine Schauverkostung statt, an der Firmen aus der Region, Brandenburg und sogar aus Thüringen teilnahmen.

Kulturveranstaltungen an den Wochenenden und zu Höhepunkten (Ostern, Pfingsten, ...) erhöhen nicht nur die Attraktivität und den Erlebnisreichtum des Marktes; damit tragen wir auch zur Existenzsicherung kultureller Kräfte in der Region bei. Platz für historische

Ereignisse, ob groß oder klein, bietet der Bauernmarkt allemal. Wir können hier Veranstaltungen für bis zu 10.000 Menschen, aber auch Hochzeitsfeste oder andere Familienfeiern ausrichten. Wir betreiben einen Rundum-Service für Veranstaltungen jeglicher Art. In der Planung ist auch die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten bei uns.

Mit Bekanntwerden des Konzeptes des Schmachtenhagener Bauernmarktes wuchs auch seine Bedeutung als Treffpunkt für Fachleute aus anderen Regionen und über die Ländergrenzen hinaus. An der Direktvermarktung Interessierte aus sieben Ländern waren schon hier. Diskussionsforen finden häufig statt.

Natürlich haben wir die Vorteile der Nähe zu Berlin genutzt; das heißt aber nicht, das wir ein einmaliges Beispiel sind. Denn einerseits könnten wir um Berlin herum noch etliche Produktions- und Vermarktungsformen vom Charakter und der Größenordnung gebrauchen, wie sie der Oberhavel Bauernmarkt darstellt; und das gilt auch für das Umland anderer Großstädte. Andererseits sind wir davon überzeugt, das wir mit unseren Erfahrungen zum generellen Erfahrungsschatz der konsequenten Gestaltung von Kreislaufwirtschaft, gläserner Produktion und multifunktionaler Landwirtschaft beitragen können.

Zum Schluss sei auf folgende Erfordernisse verwiesen:

Erstens. Wir sollten das ganze Thema Landwirtschaft und ländlicher Raum nicht polarisieren. Alle Elemente gehören in den ländlichen Raum. Wir müssen anfangen, komplex über die Entwicklung des ländlichen Raumes nachzudenken.

Zweitens. Wir sollten die Vorzüge der ostdeutschen Agrarstruktur stärker für die Entwicklung des ländlichen Raumes nutzen. Die Landwirtschaft ist der einzige Bereich der ehemaligen Volkswirtschaft, mit dem wir heute in Europa konkurrenzfähig sind. Sie muss auch ein Motor der Entwicklung des ländlichen Raumes sein.

Drittens. Ich denke, der Landwirt der Zukunft muss einer sein, der sich flexibel sozusagen 'alles unter den Nagel reißt', was im Dorf nach Geldverdienen aussieht! Wir müssen jede Dienstleistung im Dorf anbieten – wir müssen uns darum kümmern! Multifunktionale Landwirtschaft kann maßgeblich dazu beitragen, einen lebendigen und multifunktionalen ländlichen Raum zu gestalten, dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung weit über die Landwirtschaft im engeren Sinn hinausreicht.

1.5 Zum Beispiel Lohmen / „Herz Mecklenburg“: Beschäftigungsorientierte Investitions- und Gewerbeansiedlungspolitik der Gemeinde schafft Hunderte Arbeitsplätze (Heinz Koch)¹⁹

Lohmen ist eine Gemeinde mit rund 890 Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern und liegt im Süden der Hansestadt Rostock, in einer reizvollen, unzersiedelten, dünnbesiedelten (etwa 32 Einwohner pro km²) Seen- und Waldlandschaft, teilweise im Landschaftsschutzgebiet Sternberger Seenlandschaft, es grenzt an den Naturpark "Nossenthiner – Schwinzer Heide".

Mit der Wende 1989/90 brachen auch hier die wirtschaftlichen und sozialen Grundstrukturen des dörflichen Lebens zusammen: LPG, Konsum und Dorfkneipe.

Handlungsmaxime der Verantwortlichen in Lohmen wurde jedoch: Wir dürfen uns vom Rad der Geschichte nicht überrollen lassen und müssen eine Vorstellung davon haben, welche Richtung es bei uns einschlagen könnte.

Der wirtschaftliche Wandel

In unserer seit Jahrhunderten überwiegend von der Land- und Forstwirtschaft sowie von Fischerei lebenden Region machte sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft im letzten Jahrzehnt des 20. Jh. besonders negativ bemerkbar. In weniger als zwei Jahren setzten Land- und Forstwirtschaft nach 1990 fast 80% der in ihren einzelnen Bereichen Beschäftigten frei. Heute sind in der Landwirtschaft nur noch 7% der Erwerbstätigen beschäftigt.

Der Landkreis hat eine Arbeitslosenrate um 20%. Durch die teilweise sinkende Lebensqualität und den Weggang der Jugend droht einigen Dörfern Überalterung und Aussterben und durch die geringe Wirtschaftskraft der Gemeinden kann auch das kulturelle Potential vieler Dörfer nicht voll genutzt werden, manches bleibt vom Verfall bedroht.

Aus diesem allgemeinen Trend fällt die Gemeinde Lohmen mit folgenden Kerndaten heraus: Lohmen hat in den 90er Jahren einen Bevölkerungszuwachs von 14%, eine Arbeitslosenquote von unter 4% und eine Jugendarbeitslosigkeit zumeist nicht mehr als 0,01%.

Früher war Lohmen ein Dorf wie andere auch. Mit einer Ausnahme: 1974 wurde ein Zeltplatz eingerichtet. Dem folgten der Aufbau von privaten und betrieblichen Ferienhäusern. Bis 1989 entstanden auf diese Weise etwa 1.300 Ferienübernachtungen. An diese scheinbar winzige Besonderheit knüpften Bürgermeister und Gemeindevertretung an und fassten 1990 drei folgenschwere Beschlüsse, die dem Rad der Geschichte in Lohmen eine neue Richtung gaben:

¹⁹ Gekürzter Beitrag für den Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2). Dr. Heinz Koch ist u.a. Berater des Bürgermeisters von Lohmen, Akteur lokaler und regionaler Vereine sowie internationaler Projekte. Weiter Informationen siehe <http://dr.heinz.koch.bei.t-online.de> und www.lohmen-herz-mecklenburg.de

1. Es soll eine biologische Kläranlage gebaut werden.

2. Es soll ein Alten- und Pflegeheim gebaut werden. Es wurde im August 1992 eröffnet. Das Personal kam aus den freigesetzten Arbeitskräften der LPG (von 320 wurde hier auf 23 reduziert), sie hatten inzwischen eine (zweijährige) Umschulung absolviert.

3. Der Zeltplatz soll wettbewerbsfähiger Campingplatz werden.

Dazu mussten vor allem die Versorgungs- und Entsorgungsbedingungen (Straßenanbindung, Wasser, Abwasser, Elektrizität) völlig neu gemacht werden.

Die drei Vorhaben waren die Initialzündungen für die nachfolgende Entwicklung.

In Lohmen wurde nun massiv in Schlüsselbereiche investiert und private Investoren fanden rührige Unterstützung in der Gemeinde.

Bis heute wurden ca. 151,1 Mill. DM an öffentlichen und privaten Gelder investiert - (für die Statistiker: das sind 17.000 pro Kopf, und pro Tag 4.139 DM) nicht gezählt die vielen Leistungen der Einwohner an ihren Privathäusern.

Investitionen in Lohmen 1990 – 2001

Neubau und Modernisierung	Investor / Summe	Jahr
Straßen- und Wegebau, Beleuchtung (ca. 20km)	Gemeinde / 1 Mill. DM	1990/91
Alten- und Pflegeheim (50 Pl.)	Gemeinde / 5 Mill. DM	1991/92
Modernisierung Campingplatz (300 Stellplätze)	Gemeinde / 0,6 Mill. DM	1991-2001
Hotel (50 Betten)	Privat / 4 Mill. DM	1992-94
Wohn- und Geschäftshaus mit Gaststätte, Lebensmittelmarkt, Polizeistation und behindertengerechter Wohnung)	Privat / 3 Mill. DM	1994/95
Biologische Kläranlage (mit hoher Klärstufe, erweiterungsfähig)	Gemeinde / 9 Mill. DM	1991-96
Rehabilitations-Klinik	Privater Kapitalfond / 110 Mill. DM	1994-96
Umbau Pfarrhofscheune (Kreisfeuerwehrmuseum / Tourist – Information)	Gemeinde / 0,5 Mill. DM	1994-96
7 Gewerbebauten	Privat / 4 Mill. DM	1990-98
Seniorenlandsitz (30 WE betreutes Wohnen)	Gemeinde / 3 Mill. DM	1998
Wildrosenpark mit Irrgarten	Gemeinde / 0,4 Mill. DM	1999-2001
Sportplatzweiterung	SV 90 Lohmen / 0,2 Mill. DM	2000/01
Archäologischer Lehrpfad	Kulturverein Lohmen / 0,4 Mill. DM	2000/01
Wohnungsneubau / 22 EH / 3 MFH	Privat / 10 Mill. DM	1992 - 01

Investitionsquellen waren einheimische Banken, KfW und DTA-Programme, EU-, Bundes- und Landesförderprogramme sowie das Arbeitsamt.

Die Investitionen führten dazu, dass sich in Lohmen bis 2000 eine neue und differenziertere Wirtschafts- und Arbeitskräftestruktur herausbildete.

Bereiche der kommunalen und Privatwirtschaft	Anzahl der Betriebe	Vollzeitbeschäftigte
Kurwesen	1	131
Bau- und Baunebengewerbe	8	52
Handel und Dienstleistungen	9	36
Pflegeeinrichtungen	2	49
Tourismus / Gastgewerbe	7	26
Landwirtschaft	5	36
Freie Berufe	13	18
Summen	45	348

Die beschäftigungsorientierte Investitionspolitik der Gemeinde zog auch Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe wie z.B. verschiedene Bau-, Baugewerke- sowie Reinigungs- und Entsorgungsfirmen an. Das förderte den Wohnungsbau und private Neuansiedlungen. Traditionelle Produktion und Dienstleistungen, wie Landwirtschaftsbetriebe, Fischerei, Fleischerei, Landhandel, Arzt, Friseur u.s.w. konnten u.a. auch dadurch ihre Existenz sichern. Heute schaffen die Lohmener Betriebe Arbeit für die umliegende Region: Lohmener Unternehmen unterhalten Betriebe und Arbeitsplätze außerhalb von Lohmen und Arbeitnehmer aus anderen Gemeinden finden Arbeit in Lohmen.

Beschäftigte in Lohmen (Mittelwerte der Jahre 1998/2000)

Vollzeitbeschäftigte in Lohmen	348	
Einpendler	200	57%
in Lohmen wohnende Erwerbspersonen	451	
Auspender	221	49 %
in Lohmen wohnende und arbeitende Vollzeitbeschäftigte	148	33 %
Sonstige Beschäftigte (ABM/Saisonkräfte/ Studium, Zivi, Bundeswehr, Fortbildung u.ä.)	66	14,5 %
Arbeitslose	17	3,5 %

Wie die verliehenen Titel „Umweltgerechter Fremdenverkehrsort“ auf Bundesebene und „Umweltgerechte Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ auf Landesebene belegen, hat die gewerbliche Entwicklung die ökologischen Rahmenbedingungen nicht gesprengt.

Lohmen unterhält auch aktive Gemeindeparterschaften und erhielt dafür vom Europarat in Straßburg das Diplom „Europa-Gemeinde“. Als einzige deutsche Gemeinde hat Lohmen auch eine Partnergemeinde in Gabun (Afrika), die Gemeinde Moabi in der Nähe von Lambarene mit dem Albert-Schweitzer-Hospital.

Dennoch: Die Finanzsituation der Gemeinde ist angespannt, es klafft ein Loch im Haushalt, das Unruhe verursacht: 800.000 DM; ca. 900 DM pro Kopf. Man könnte vielleicht die gemeindlichen Betriebe (Alten- und Pflegeheim und Campingplatz) verkaufen und das Loch wäre zu schließen.

Und schließlich wiesen trotz des günstig verlaufenen Strukturwandels die touristischen Eckdaten am Ende der neunziger Jahre in dem neuen wirtschaftlichen Segment Tourismus neben den Stärken auch auf erhebliche Schwächen hin.

1998 wurden in Lohmen etwa 54.000 Besucher auf verschiedenen Veranstaltungen und etwa 106.000 Übernachtungen registriert.

Aber die geringe Auslastung der ganzjährig nutzbaren Beherbergungen machte deutlich, dass eine überwiegend auf die Elemente Landschaft und naturnahes Wohnen sowie auf einzelne Pauschalangebote konzentrierte Produktidee sich als nicht tragfähig genug für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum erweist.

Elemente wie kulturelles Potenzial, Ortsbild, Infrastruktur, Service wurden noch immer zu wenig bedient. Die für den Tourismus wirkenden und nutzbaren Kräfte arbeiteten zersplittert und unkoordiniert.

Als Schwerpunkt kristallisierte sich am Ende des „Strukturwandel-Jahrzehnts“²⁰ die *Orientierung auf ein qualitativ hochstehendes komplexes touristisches Leistungsangebot unter einer Leitidee* und eine dem besonderen Produkt entsprechende Kooperation mit entsprechendem konsequent kundenorientiertem Marketing heraus. Schwerpunkt dabei wurde die Reha-Klinik. Die Vision „*Vom Kuhdorf zum Kurdorf*“ soll durch Thermalwasser-Erschließung nicht nur für das Dorf Lohmen, sondern die gesamte Region der Seeblick-Gemeinden einen Aufschwung bringen. Die Vision Kurort lässt sich nur über einen längeren Zeitraum realisieren.

Die „Konsolidierung“ – 1999 noch Wunsch, wird heute Realität:

Die Reha-Klinik – als inzwischen strukturbestimmender Betrieb – arbeitet z.Z. stabil. Die von ihr im Rahmen einer Überlebensstrategie getätigten Nebengeschäfte (Hotel, Kongresse,

²⁰ Ein im August 1999 verfasster Abschlußbericht der Gesellschaft für Arbeits- und Humanisierungsforschung (GfAH) Dortmund in der Region Lohmen „Untersuchung der Bildung von Unternehmenskooperationen in einer strukturschwachen Region...“enthält die Erfahrungen und Probleme in den einzelnen Etappen des Strukturwandels in der Region Lohmen. Siehe: Forschungsvorhaben Dortmund 1999 (Förderkennzeichen: II C 2-202130/3).

Fremdversorgung, öffentliches Baden u.ä.) treten zurück und gehen schrittweise an andere regionale Anbieter und Dienstleister über. Die nächsten Etappen sind vom Impuls durch den Betrieb bis zum Projekt geplant und werden sich auch in der gemeindlichen Strukturentwicklung auswirken.

Die Erfolgsfaktoren

1. Faktor: Engagierte Akteure vor Ort und die ständige Erweiterung dieses Akteurskreises

In der bisherigen Arbeit ist durch das Wirken von Bürgermeister und einigen Unternehmern der Kreis der Akteure ganz langsam erweitert worden. Der mit dem Dorfprofil „Gesundheitsdorf“ verbundene Anspruch ist nun in seiner Gesamtheit nur bei größerer öffentlicher Akzeptanz zu realisieren. Das Verfolgen der damit verbundenen Ziele im Rahmen der Umsetzung der Vision in Handlungskonzepte erfordert, neben den bisherigen Formen weitere Bereiche zu erschließen, in denen sich Wissen entwickeln und umsetzen kann. Zum Beispiel:

- Der Unternehmerstammtisch und ein künftiger runder Tisch der Vereine werden zur ständigen (zwanglosen) Einrichtung für Informations- und Erfahrungstransfer.
- Die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen und ihre Identifikation mit den Zielen der gemeindlichen Entwicklung erfolgt über konkrete Projekte (KunstKur u.a.).
- Über die Bildung selbständig handelnder Projektgruppen will der Kulturverein Lohmen größere Ausstrahlung erzielen u.a.m.

2. Faktor: Der (richtigen) Vision beharrlich auf der Spur bleiben

Zukunft haben Dörfer und Regionen, die integrierte Ansätze verfolgen, um ihre Stärken zu stärken und ihre Schwächen zu schwächen. Zukunft haben Dörfer und Regionen, die in Kooperationen und Netzwerke investieren und sich damit eine verlässliche regionale Basis schaffen.

(Konstanzer Tagung von Kommunalpolitikern 2000)

Die landschaftlichen Voraussetzungen und die verschiedenen Investitionen führten die Akteure in Lohmen im zurückliegenden Jahrzehnt zum Profil „Tourismusdorf“. Mit den Investitionen im Bereich Kurwesen und Seniorenpflege wurden zusätzlich zu den natürlichen Bedingungen spezifische weitere Voraussetzungen geschaffen, aus denen eine weitergefasste komplexe Produktidee entwickelt werden kann. Dies soll sich im Begriff „Gesundheitsdorf“ widerspiegeln, ein Begriff, der schon länger in den Vorstellungen zu gemeindlichen Entwicklungen in der Region eine Rolle spielt.

Was verstehen wir unter diesem Begriff ?

Das Profil des Gesundheitsdorfes wird nicht auf natürliche Faktoren beschränkt bleiben können, sondern wird durch einen ganzheitlichen Komplex hochwertiger Angebote für das physische, psychische und soziale Wohlbefinden geprägt sein: gesunde Luft, intakte Kulturlandschaft, ein attraktiv und nach ökologischen Gesichtspunkten und barrierefrei gestaltete Ortsbilder und Gebäude, hochwertige kulturelle sowie an Gesundheit, Gesundheitsförderung und -erhaltung orientierte Angebote (Rehabilitation und Wellness) für alle Altersgruppen sowie gastfreundliche Bürger. Diese Angebote orientieren sich an

der wachsenden Nachfrage, berücksichtigen und nutzen aber zugleich die regionalen Traditionen.

Diese Vision entspricht vom grundlegenden Ansatz her den Voraussetzungen der Region sowie der Gemeinde mit ihren Humanressourcen und ihrem wirtschaftlichen Potenzial. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt aber eine Konzentration der kooperationsbereiten Betriebe auf die Weiterentwicklung der Infrastruktur sowie auf die bessere Nutzung der humanen, kulturellen und natürlichen Ressourcen. Über die Mitwirkung der Betriebe und die Zusammenarbeit der Vereine werden auch die Bürgerinnen und Bürger einbezogen, es entsteht eine „Regionale Allianz“ aus Betrieben, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Vereinen, aktiven Bürgern und Gemeinde.

Das Hauptziel besteht darin, den vorhandenen Entwicklungsansatz nachhaltig nutzbar zu machen: Auf der Grundlage vorhandener Potentiale soll mit den Akteuren eine Region entwickelt werden, von deren wirtschaftlichen Ertrag die Bevölkerung leben kann, die vor allem auch Frauen und Jugendlichen Arbeit und Zukunft bietet, deren landschaftliche Attraktivität und gesundheitliche Angebote heute und künftig Heilung verschaffen und Erholung Suchende zum Verweilen anreizen, die ins Umfeld ausstrahlt und die auch künftig interessant für Investoren bleibt.

Für die Kooperation der verschiedenen kleinen und mittelständischen Kur- und Beherbergungs- sowie Gaststätteneinrichtungen mit kleineren (z.T. zu gründenden) oder im Nebenerwerb tätigen Produktions- und Serviceeinrichtungen ist allerdings die Identifikation mit der Zielstellung und geeignete Wege zur Anpassung des beruflichen Wissens eine wichtige Voraussetzung.

3. *Faktor:* Flexibel jene innovativen Kooperationen entwickeln, mit denen die Vision Schritt für Schritt umgesetzt werden kann

a) *Forschungs- und Bildungskooperationen*

Beispiel 1: Der Forschungsverbund „Ökologische Strukturentwicklung der Region Lohmen“

1995 bildete sich in Lohmen unter Vorsitz des Bürgermeisters ein „Forschungsverbund umweltverträgliche Strukturentwicklung in der ländlichen Region Lohmen“, bestehend aus verschiedenen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der – 1996/ 1997 durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert – im Zusammenhang mit den Untersuchungen zur möglichen Nutzung von Thermalwasser durch die im Bau befindliche Reha-Klinik in Lohmen in einer Machbarkeitsstudie auch Grundsätze für die ökologische Strukturentwicklung in der Region erarbeitete.

Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen ist seitdem Alltag geworden, die Region ist offen für Forschung und studentische Praktika.

Beispiel 2: Die überregionale Verbundkooperation „Humanressourcen und kmU“

Seit Ende 2000 läuft ein vom BMFB gefördertes Projekt, in dem wir spezifische Ziele u.a. den Auf- und Ausbau von Wissen und Kompetenz anstreben sowie Strategien zur handhabbaren Präzisierung und Umsetzung der Vision erarbeiten. Sie sollen Basis erfolgreichen sowohl regionalen wie auch betrieblichen Handelns werden.

In einem längeren Prozess sollen Gesundheits- und Tourismus - Dienstleistungen und andere lokale Wirtschaftsbereiche so zusammenwachsen, dass sie - auch unter Nutzung neuer Ideen - der Gemeinde ein spezifisches Profil geben können, dies ist zugleich ein wirtschaftspolitischer Rahmen für die Unternehmen.

(Vgl. Antrag „Humanressourcen als Entwicklungsfaktor kleiner und mittelständischer Unternehmen“ (kmU-HR), Teilprojekt Lohmen, August 2001)

Beispiel 3: Das Projekt KunstKur

Es entstand im Rahmen des überregionale Verbundprojektes „Humanressourcen und kmU“. Künstlerinnen und Künstler kommen nach Lohmen und verwirklichen hier Projekte, die dem Ort gewidmet sind. Dabei werden die Einwohner und Gäste des Ortes in die künstlerische Arbeit miteinbezogen. Im Gegenzug erhalten die Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit, sich in Lohmen körperlich und geistig zu regenerieren (Kur). Neben den Auseinandersetzungen um die Gegenstände künstlerischen Wirkens werden es vor allem (wie bei den überregionalen Partnerschaften) die geistigen Impulse von außen sein, die auch die kulturellen Integrationsprozesse weiter fördern.

b) Gewerbliche Kooperationen

Mit dem schon erwähnten Forschungsprojekt der Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung mbH (GfAH) wurde 1997-1999 im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie untersucht, ob und wie in einer ländlichen, strukturschwachen Region die Bildung von Kooperationen zwischen Unternehmen angeregt werden kann, wie hierdurch beschäftigungswirksame Wachstumsimpulse gefördert oder gar angestoßen werden und welche Möglichkeiten einer gezielten Kooperationsförderung zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis der 2. Lohmener Kooperationstage entstand Ende 1999 der Marketingverbund der Seeblick-Region. (Tabelle)

Als Dienstleisterverbund will er die Region unter einer einheitlichen Leitidee vermarkten.²¹

c) Nationale und internationale Kooperationen

Beispiel 1: Das Projekt Villnet (EU-Programm Interreg - II C)

1999 –2001 arbeitete die Gemeinde als Teil des Amtes Güstrow-Land mit Partnern der Universität Rostock, Schwedens, Finnlands und Estlands im Rahmen des EU – Programms Interreg II C in einem Projekt, das darauf zielte, zwischen dem Amt Güstrow-Land und den Partnerregionen einen nachhaltigen Entwicklungsnutzen durch Zusammenarbeit und Vernetzung von Aktivitäten zu finden. Der Marketing- Verbund wirkte hierbei aktiv mit.

Beispiel 2: Projekte mit Partnergemeinden

Als Beispiele seien nur zwei der Projekte Lohmen – Moabi (Gabun) genannt:

- Lohmener Patenfamilien zahlen jährlich 60 € auf ein Konto ein, für das Geld wird von Mutter und Kind (der Vater ist dabei vom Bürgermeister in Moabi nicht zugelassen) in den dortigen Läden eingekauft. Der doppelte Nutzen ist beabsichtigt.

²¹ Siehe: „Lohmen 2010 - das internationale Gesundheitsdorf im Landschaftsschutzgebiet“. Standortbestimmung und Zielstellungen für die Kooperation zwischen der Gemeinde Lohmen und dem Marketingverbund Seeblick - Region „Herz Mecklenburg“, Lohmen, Juli 2000.

- Über den FRG läuft eine Aktion, Fahrräder betreffend: „aus drei mach eins“
Durch die Übersiedlung des im Jahre 2001 in den Ruhestand getretenen Botschafters der Republik Gabun nach Lohmen, erhält die Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Land neue Impulse.

Für die Wirkung der genannten Erfolgsfaktoren bleibt entscheidend, dass folgende vier Ebenen kompatibel sind und verschmelzen:

1. Die natürlichen und kulturellen Voraussetzungen der Gemeinde / Region
2. Die wirtschaftlichen Interessen der Schlüsselunternehmen
3. Die gemeindlichen Rahmenziele (Vision/Dorfprofil), getragen von den Einwohnern
4. Der Wille von Politik und Verwaltung, solche an der Lebensqualität der Menschen orientierten Ziele und Prozesse konkret zu unterstützen.

1.6 Zum Beispiel das LebensGut Pommritz als praktisches Modell einer sozial-ökologischen Landkultur: Harmonie von Sustainess – Business – Privatness (Maik Hosang)²²

„Hier wird in geradezu vorbildlicher Weise die Zukunft des dörflichen Lebens im 21. Jahrhundert demonstriert“

(Charakterisierung des Lebensgutes Pommritz durch die internationale Jury bei der Auswahl als Projekt der EXPO 2000)

Das LebensGut entstand 1993 aus einer Vereinbarung zwischen Rudolf Bahro und Kurt Biedenkopf. Es hat den Auftrag, wenigstens im kleinen Rahmen das zu versuchen, was nach 1990 im Grossen nicht gelang: Die positive Integration der west- *und* ostdeutschen Erfahrungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft. In diesem Sinne versteht es sich auch als ein Experiment zur Entwicklung neuer, transmoderner bzw. sozial-ökologischer Arbeits- und Wirtschaftsformen.

Bahro hatte die Grundideen solch eines sozial-ökologischen Experimentes entworfen und Biedenkopf ließ Teile des einst weltberühmten ostsächsischen Versuchsgutes Pommritz dafür bereitstellen. Jedoch gelang es erst 1997, kurz vor Bahros Tod, dem projekttragenden Verein „Neue Lebensformen“ wenigstens einen Teil des Gutshofes zu übertragen. In der Zwischenzeit hatten sich jedoch Bürokratie und westliche Gesetze im Lande so weit etabliert, dass die ursprünglich vereinbarte staatliche Anschubfinanzierung einer sozial-ökologischen Utopie keine Chance mehr hatte.

Doch die 40 Menschen, die sich inzwischen im denkmalgeschützten und zum Teil einsturzgefährdeten Gut niedergelassen hatten, gaben dennoch nicht auf. Sie sahen es als ein in dieser Konstellation zwischen Staat, Wissenschaft und mutigen Menschen einmaliges und für die Zukunft vom Mensch und Erde wichtiges Experiment.

²² Dr. phil. habil. Maik Hosang, LebensGut, D-02627 Pommritz, www.lebensgut.de

Außerdem waren hier inzwischen Leben, Arbeit und Heimat entstanden, fast ein Dutzend Kinder geboren, ein überlebensfähiger ökologischer Landwirtschaftsbetrieb eingerichtet und einige Wohnungen in fleißiger Arbeit restauriert worden.

Sachlich geht es darum, eine an der Agenda 21 orientierte lokale und regionale Entwicklung zu initiieren; das heißt vor allem um die Stärkung lokaler Organisationen und dezentraler Entscheidungsprozesse, um Befugnisse und Verantwortungen für eine nachhaltige Entwicklung auf die Hauptnutzer natürlicher Ressourcen zu delegieren.

Die Vision

Die Vision ist die Gestaltung eines lebendigen Zentrums für ökologisches und soziales Leben und Wirtschaften. Die ideell und materiell beteiligten Menschen engagieren sich für ihren Lebensunterhalt und ihre Lebensfreude, für die Erhaltung ihrer Umwelt und für die Entfaltung einer vielseitigen Kultur.

Uns geht es dabei um eine der Natur und den Menschen angepasste Arbeits- und Wirtschaftsform; um den Aufbau einer regionalen Kreislaufwirtschaft, die auch Errungenschaften der modernen Technik integriert. Wir wollen nicht alle Produkte selbst herstellen, sondern für alle Dinge das rechte Maß finden.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen wir, jedem Menschen einen reichen Resonanzraum für sein Lebensglück und seine Entwicklung zu geben. Wir wollten nicht länger zuschauen und abwarten, sondern „einfach“ (was so schwer zu machen ist) anfangen, neue Wege des Lebens und Arbeitens miteinander und mit der Natur zu suchen.

Unsere Kinder sollen in einer gesunden, lebendigen Umwelt aufwachsen, das Abenteuer Leben erfahren können und eine Zukunft auf der Erde haben. Wir suchen keine „heile Insel“ in einer untergehenden Welt, sondern begreifen uns als ein Teil des Netzwerkes für eine zukunftsfähige Erde. Deshalb arbeiten wir mit vielen Menschen, Initiativen und Institutionen zusammen.

Zu dem Projekt auf dem traditionsreichen Forschungsgut in der Oberlausitz gehören zur Zeit 50 Menschen, 70 ha Land, ein landwirtschaftlicher und ein technischer Betrieb sowie Bildungs- und Forschungsansätze.

Hintergrund der konkreten Formen ist das von zahlreichen Vordenkern erarbeitete evolutionstheoretische und sozialphilosophische Entwicklungskonzept des „dialektischen Materialismus“ bzw. amerikanisch-modern der sogenannten „Spiraldynamics“: Aufhebung antagonistischer Widersprüche einer bestimmten Stufe durch Negation der Negation; durch

Entfaltung eines neuen Niveaus von Differenzierung durch Integration und von Integration durch Differenzierung.²³

Für das Thema Zukunft der Arbeit heißt dies konkret, dass eine transmoderne bzw. sozial-ökologische Welt die Probleme der Moderne kennzeichnenden Widersprüche von Überarbeitung und Arbeitslosigkeit, Effektivierung und Naturzerstörung, Reichtum und Verarmung, Verstädterung und aussterbenden Dörfern etc. nur durch neue Integrationen und Differenzierungen dieser erstarrten Formen lösen kann.

Das Arbeits- und Wirtschaftskonzept knüpft an das von Prof. Fritjof Bergmann anhand der kriselnden Ford-Werke in Detroit entwickelte Modell von „New Work“ an, modifiziert es jedoch für den ländlichen Raum.

Welches neue Modell von Arbeit wird im LebensGut entwickelt und praktiziert?

Aus ökologisch-wirtschaftlichen wie sozial-humanen Gründen besteht hier zwischen den in der modernen Gesellschaft üblichen zwei Sphären – der großstrukturellen wirtschaftlichen/öffentlichen Sphäre und der Privatsphäre – eine dritte: die Sphäre der nachhaltigen lokal-regionalen Selbstorganisation, kurz „Sustainess“.

Idealtypisch gesehen sind die Sphärenzeiten pro Person und Woche ungefähr wie folgt:

- B: 20 h Business, d.h. effiziente und konkurrenzfähige Weltwirtschaftsleistungen,
- S: 14 h Sustainess, d.h. nachhaltige lokal-kommunale Lebenstätigkeiten,
- P: Restliche Zeit Privatness, persönliches Leben, Familie, Entspannung, kreative und kommunikative Selbstverwirklichung und Selbstentwicklung.

Da Sustainess das eigentlich neu zu Entwickelnde ist, bedarf es, solange es nicht selbstverständlich wie die beiden anderen Sphären funktioniert, einer besonderen Aufmerksamkeit und experimentellen Erforschung. Da Sustainess nicht wie Business primär monetär organisiert ist, aber auch nicht wie Privatness nur den subjektiven Bedürfnissen unterliegen kann, bedarf es einer anderen Selbstorganisationsform. Diese Form bildet sich aus dem abstrakten Faktor Zeit und dem konkreten Faktor Verwaltung und Kommunikation.

Folgende Tätigkeiten gehören zum Sustainess:

- Lokale Nahrungs-, Energie-, Gebäude- und Umfeldreproduktion,
- Communityverwaltung, -und -kommunikation
- Kinderbetreuung und -bildung,
- Kranken- und Altenpflege.

²³ Näheres zur Sozialphilosophie der Transmoderne siehe Rudolf Bahro: Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit

Jeder in diesem Unternehmen tätige Mensch darf/muss ab einem Alter von 14 Jahren wöchentlich 5 Stunden und ab 18 Jahren wöchentlich 10 Stunden gemeinnützig im Rahmen der Sustainness-Bereiche wirken.

Die genannten Zeitdurchschnittswerte von B und S beziehen sich auf das Geschehen als Ganzes. Im Sinne einer freien, kreativen und effektiven Assoziation und optimaler individueller Selbstverwirklichung sind diese Sphärenverteilungen jedoch keine dem einzelnen vorgegebenen Regeln sondern gemeinschaftlich zur organisierende Orientierungen.

Zum Beispiel ist es so, dass ein begabter Entwicklungsingenieur im Sinne des Ganzen nicht 20, sondern 40-50 h Business pro Woche betreibt und dafür andere, in Sustainness begabtere Menschen dies ausgleichen. Der komplementäre Fall ist z.B. eine Köchin, die ihre Kochkünste für die Community so freudvoll und schön entfaltet, dass diese dafür vom Business freigestellt wird.

Damit sowohl die freie Entfaltung des Individuums als auch die nachhaltige lokale Gemeinschaft als auch das Business stimmen, werden die Gesamtionen von Sustainness von allen beobachtet und von einer speziell damit beauftragten Gruppe organisiert.

Eine schwierige Frage ist die der Abgrenzung von Sustainness und Privatness, z.B. bei der Kinderbetreuung und Nahrungsversorgung. Generell besteht der Unterschied darin, dass Sustainness bewusst und ohne Bezahlung für alle lokal beteiligten Menschen erbracht wird. Das heißt z.B. das Essenbereiten für alle zählt ebenso dazu wie die allgemeine Kinderbetreuung, nicht jedoch eigene Kinderbetreuung und eigenes Kochen. Mütter sind generell bis zum 6. Kindesmonat von Sustainness und Business freigestellt und brauchen danach auch bis zum 24 Monat des Kindes nur 10 h Sustainness und kein Business zu erbringen.

Da das LebensGut neben seinen gesellschaftlich bisher wenig unterstützen vielfältigen Forschungsaufgaben zugleich das alltägliche Leben von 50 Menschen und das Business in einer strukturschwachen Region wie der Oberlausitz realisieren muss, sind die oben genannten experimentellen Strukturen einer neuen Arbeits- und Wirtschaftsorganisation im ländlichen Raum zwar praktisch vorhanden, jedoch bisher nur ansatzweise theoretisch verallgemeinert und praktisch typisiert.

Es gibt eine lokal und regional vermarktende ökologische Landwirtschaft mit Käserei, Bäckerei etc., eine effektive lokal-regionale Energieversorgung und Baumaßnahmen mit lokalen Baustoffen, einen lokalen Kindergarten, eine Gemeinschaftsküche und zahlreiche Räume lokaler Kultur etc.

Nach den bisherigen 8 Jahren des primär menschlichen und lokal-wirtschaftlichen Projektaufbaus, welcher als Grundlage einer anderen, zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsweise erachtet wird, werden jetzt gezielt zwei effektive Businesszweige aufgebaut, die das ganze sozial-ökologische bzw. sozial-ökonomische Unternehmen erst wirklich rund machen werden.

Das eine ist eine Saitanerei, ein Betrieb, der unmittelbar auf der Basis von Weizeneiweiß, d.h. ohne den ökologisch, ökonomisch und ethisch fragwürdigen Umweg über das Tier fleischartige Produkte verschiedener Art herstellt.

Für die Perspektiven des ländlichen Raumes noch interessanter ist ein Solarunternehmen neuer Art. Im Freundeskreis des LebensGutes wurde eine Solartechnik entwickelt, die zum einen erstmals wirklich wirtschaftlich ist und zum anderen infolge einer gezielten Kombination von etwas high tech und viel Einfachheit und Konvivialität in fast allen Regionen der Erde eine dezentrale, nicht vermarktbare Energie-, Wärme bzw. Kälteversorgung gewährleisten kann. Sie sehen etwa aus wie eine Blume, die sich mit der Sonne öffnet und deren Wandlerfläche sich nach der Sonne ausrichtet. Der optimale Standort für diese Sonnenernte-Anlagen sind ländliche Räume, d.h. Bauern bzw. andere Klein- und Grossunternehmer ländlicher Räume können damit auf Brachflächen Sonne ernten und gute Einkommen erzielen.²⁴

²⁴ Zu weiteren Aussagen und auch Bildern vom LebensGut siehe www.lebensgut.de

2. Möglichkeiten der Politik – Handlungsspielräume, Erfahrungen und Ergebnisse

2.1 Neue Ansätze und Modelle der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

2.1.1 *Beschäftigungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern: Handlungsfelder und Instrumentarien* (Wolfgang Methling)²⁵

Wir wollen zunächst ein Bild davon zeichnen, was Politik auf diesem Gebiet vermag; vielleicht auch von dem, was Politik nicht vermag. Auch für PDS-Politik ist es wichtig, sich darüber zu verständigen, damit keine falschen Konzepte und Lösungswege entwickelt werden. Und die PDS hat in Mecklenburg-Vorpommern die ganz schwierige Aufgabe, neue Instrumente zu entwickeln, die von anderen mitgetragen werden. Ich kann manches Konzept entwickeln, aber ich brauche dafür z. B. die Mehrheit im Kabinett. Also insofern ist es nicht ganz einfach, neue Konzepte zu entwickeln. Die PDS hatte in ihrem Wahlprogramm den öffentlich geförderter Beschäftigungssektor sehr betont und das wird sicherlich auch so bleiben. Aber als wir dann in der Regierung waren, haben wir gesehen, welche Instrumente uns eigentlich im Land dafür zur Verfügung stehen. Dr. Westphal vom Arbeitsministerium wird speziell über diese Erfahrungen berichten.²⁶

Wir sind bei uns bemüht, dass alle Kräfte und Ressorts zusammenwirken; letztlich ist die Entwicklung des ländlichen Raumes mit dem Anspruch verbunden, dass sie nachhaltig sein möge, und zwar nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial nachhaltig. Sie soll den Landwirten und Anderen Zukunft sichern. Zur nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum gehört auch das Spannungsfeld von Landwirtschaft und Umwelt. Ich denke, dass gegenwärtig erhebliche Fehler auf beiden Seiten gemacht werden und es muss endlich die Phase der Konfrontation von der Phase der Kooperation abgelöst werden. Und ich betone, das auf beiden Seiten. „Agrarwende“ ist ohnehin nicht das richtige Wort. Sondern es kommt auf den Wandel der Agrarwirtschaft an, entsprechend den Anforderungen der Gesellschaft, des Verbraucherschutzes und auch des Umweltschutzes. Ich glaube, die Landwirte sind grundsätzlich dazu bereit – wenn die Gesellschaft sie dafür bezahlt. Ich warne davor, den Landwirt zum Gegner zu erklären. Sondern ich werbe dafür, dass er Partner ist. Daher bemühe ich mich, eine *Umweltallianz mit der Landwirtschaft* auf den Weg zu bringen, im Interesse der Umwelt und im Interesse der Landwirtschaft.

²⁵ Prof. Dr. Wolfgang Methling, Umweltminister MV. Redaktionell bearbeiteter Beitrag, gehalten in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2).

²⁶ Siehe den folgenden Beitrag 2.1.2.

Hier ist richtig gesagt worden: „Ländlicher Raum ist schon längst nicht mehr nur Landwirtschaft, auch wenn das Bild wesentlich von der Landwirtschaft geprägt ist.“ Aber es leben nur noch wenige Menschen von der Landwirtschaft und das bedeutet natürlich, dass die Interessenlage außerordentlich differenziert ist. Andere haben zum Teil auch Konflikte mit der Landwirtschaft, die man nachvollziehen kann. Das bedeutet, dass der Landwirt auch auf die anderen zugehen muss mit seinen Anliegen.

Potenzielle Beschäftigungsbereiche als Handlungsfelder der Politik

- Ich bin durchaus der Auffassung, dass tatsächlich der *Landwirt ein Motor der Entwicklung* im ländlichen Raum sein kann. Man darf ihn aber nicht überfordern. Und ich kenne auch Landwirte, die sich diesem Anspruch überhaupt nicht stellen wollen. Aber ich glaube, die Landwirtschaft kann ein sehr guter Motor sein, wenn sie in der Lage ist, die Anderen mit einzubeziehen und dann die Tätigkeitsbereiche zu erweitern. Sicherlich ist der ökologische Landbau ein wichtiger Weg, die landwirtschaftliche Entwicklung in eine Richtung zu bringen, die umwelt- und tiergerecht ist. Ich glaube fest daran, ich bin ein Sympathisant des ökologischen Landbaus, habe aber für mich konstatieren müssen, dass in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft dieser Art des Landbaus durchaus Grenzen gesetzt sind, eben auch Marktgrenzen.

Und auch darüber muss man sprechen: Viele ökologische Landwirtschaftsbetriebe, wir haben immerhin fast 7 % (in Brandenburg ist es auch ziemlich hoch), vermarkten ihre Produkte ganz wo anders und nicht bei uns. Und insofern ist es schon eine Marktfrage.

Ich meine deshalb, dass es wichtig ist, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltgerecht und nachhaltig ist – in jeder Form und nicht nur im ökologischen Landbau. Das gilt auch für die Fischerei.

- Der zweite Bereich ist die *Lebensmittelerzeugung*. Ich setze noch die Futtermittelerzeugung dazu. Ich würde mir auch wünschen, dass wir da wieder mehr Potentiale bei uns entwickeln können, denn wir werden sehr oft mit Futtermitteln aus anderen Regionen beliefert. Und ich glaube, das könnte auch ein Ansatzpunkt sein. Das bedeutet, Regionalprodukte zu entwickeln, Qualitäts- und Markenprodukte, Bioprodukte, die dann auch zu vermarkten sind, ob direkt oder über Ketten. Ich halte sehr viel von Direktvermarktung, glaube aber, dass sie auch Grenzen hat. Ich kann im Moment kein Bild erkennen, dass die Direktvermarktung in Gänze sozusagen die Vermarktung bestimmt. Das wird wohl nicht gehen. Aber die Direktvermarktung bietet große Potentiale, die noch längst nicht erschlossen sind, weder im ökologischen Landbau noch in anderen Bereichen der Landwirtschaft.

- Ein dritter Bereich ist die *Energie- und Stoffwirtschaft*. Oder man kann auch sagen, der Landwirt als Energiewirt, weil er nachwachsende Rohstoffe produziert, die dafür genutzt werden können und die er auch selber als Energieträger oder als Rohstoffträger verwenden kann. Zweitens ist die Erzeugung von Biogas. Und die Solar- und Windenergie will ich auch noch benennen, wenngleich ich weiß, dass es Konfliktfelder gibt.

- Viertens möchte ich den Bereich *Handwerk und Dienstleistungen* nennen. Früher war das Handwerk fast ausschließlich im Dorf (zumindest in meinem Dorf) ausgerichtet auf Dienstleistung für den Landwirt. Heute ist das Handwerk, wenn es noch da ist, nur noch ganz selten darauf ausgelegt, Dienstleistungen für den Landwirt zu erbringen und insofern ist die Beziehung nicht mehr so eng.

- Ein fünfter Bereich ist der *Tourismus*. Das ist sozusagen der „normale Tourismus“ ebenso wie der Tourismus in Form von „Urlaub auf dem Bauernhof“, „Urlaub auf dem Lande“, Reittourismus, Wassersport.

- Ein nächster Bereich, der auch potentiell Arbeitsplätze schaffen kann, ist der *Bereich des Naturschutzes* – der Großschutzgebiete in unseren Ländern. Dort bieten sich insbesondere Naturparke, Biosphärenreservate an, die für sich den Anspruch haben, eine Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu sein. Es sind keine Schutzgebiete an sich, in diesen Parks liegen Schutzgebiete. Und sie sind die Grundlage für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Naturschützer verstehen dies hin und wieder anders. Auch Andere, die keine Naturschützer sind, sind der Auffassung, das sei ein Naturschutzgebiet, hier sperren sie uns ein und deswegen wollen wir keinen Naturpark. Aber, bei uns in MV gibt es fast eine Basisbewegung, weitere Naturparke zu bilden. Darüber bin ich sehr froh und traurig. Traurig deshalb, weil ich dafür nicht genügend Geld habe.

Bei uns gibt es auch die Idee der Geoparke, relativ neue Ideen in unserer steinreichen Gegend.

- Ein nächstes Gebiet ist die *Kultur-Landschaft*. Ich will das mit Bindestrich gesprochen haben. Ich glaube, dass die kulturellen Traditionen, die architektonischen Traditionen unserer Regionen durchaus eine Grundlage sein können für wirtschaftliche Entwicklungen. In MV sind das z. B. die Herrenhäuser, die Gutshäuser, die Schlösser, die Scheunen sogar, die eine Basis sein können für wirtschaftliches Handeln.

Es wurde heute das Stichwort Erlebnispark genannt. Da muss man dann genau darüber reden, was das denn sein soll. Ich denke, in unseren Breiten sollte der naturnahe Erlebnispark das Nonplusultra sein. Nicht, dass wir Disneyland in MV bauen. Das wird uns sicherlich keine zusätzlichen Punkte bringen.

- Ich will noch einen Bereich nennen, Heinz Koch hat ihn vor allen Dingen aus der Sicht von Lohmen angesprochen: die *Gesundheitswirtschaft*. Ich bin davon überzeugt, da gibt es große Potentiale. Wir fördern sie auch bei uns im Lande. Natürlich kann nicht jedes Dorf ein Kurdorf sein. Nicht mal jedes Dorf ist ein Kuh-Dorf, geschweige denn ein Kur-Dorf.

- Nicht zuletzt ist die *Regional-, die Agrar- und die Umweltforschung* auch ein Faktor für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Das war traditionell so – in der DDR – und es ist auch heute so. Dort, wo wir große Forschungseinrichtungen haben, sind sie ein Konzentrationspunkt für Entwicklung im ländlichen Raum. Das gilt sowohl für die öffentlichen Einrichtungen als auch für die privaten Vereine, die Forschung zu tragen.

Instrumentarien der Beschäftigungspolitik

Zu den Instrumentarien gehören an erster Stelle: Ideen > Konzepte > Planung > Projekte. Das gilt auch auf betrieblicher und lokaler Ebene. Man muss Kerne schaffen, die Grundlage für weitere Entwicklungen sein können. Auch das Ordnungsrecht kann zumindest im Umweltbereich dazu beitragen, dass solche Konzepte auf den Tisch kommen und umgesetzt werden, zumal das auch ein Anspruch an die Behörden ist.

Wir bemühen uns zumindest in MV, sehr viel zusammen zu tun. Ich könnte das an Hand von Förderprogrammen zeigen, insbesondere, wo es um Umwelt und Landwirtschaft geht, um Naturschutz und Landwirtschaft. Dort kommen ohnehin die Fördermittel aus dem Agrarbereich, der Landwirtschaftsminister ist Fondsverwalter und wir haben dort zusammen zu arbeiten. Aber das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit dem Sozialministerium, mit dem Arbeitsministerium, die dort Fondsverwalter sind.

Von den finanziellen Instrumentarien möchte ich drei nennen, mit denen wir Neuland beschritten und erste Erfolge erzielt haben:

Erstens der bereits genannte *öffentlich geförderte Beschäftigungssektor*, kurz „ÖBS“.²⁷

Zweitens der Bereich der *Arbeitsförderung*. Neben den allgemeinen Formen wie ABM und SAM, die wir auch auf dem Lande nutzen können und müssen, gehören hierzu besonders auch solche, die von uns in MV entwickelt worden sind: Zum einen die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte²⁸, kurz „GAP“, und zum anderen der gemeinsam von Arbeitsministerium und Umweltministerium entwickelte *„Jobmotor Biosphäre“*.²⁹

²⁷ Siehe hierzu den folgenden Beitrag 2.1.2 von Christian Westphal.

²⁸ Siehe ebenda

²⁹ Arbeitsschaffende Projekte im Bereich von Biosphären; insbesondere auch die Förderung von Existenzgründungen im Umfeld von Naturerlebnissen für Besucher, Urlauber, usw..

Drittens sind *Stiftungen* eine Möglichkeit der finanziellen Instrumentarien; Stiftungen, die existieren oder solche, die wir selbst auf den Weg bringen. Und deswegen habe ich nicht davor zurückgeschreckt, beispielsweise eine private Stiftung in MV einzurichten, die sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigt. Die öffentlichen Mittel werden immer weniger, also muss ich versuchen, in anderen Bereichen etwas zu holen.

Für all das braucht man eine ganze Reihe von Instrumenten der *Kooperation*, die weniger mit Geld zu tun haben, sondern mit dem Zusammenwirken von Personen. Das Wichtigste sind handelnde Personen, die sich mit ihrem ganzen Engagement einbringen. Wenn heute Akteure ihre erfolgreichen Projekte vorgestellt haben, wage ich zu behaupten, die gäbe es nicht, wenn es diese schöpferischen Akteure nicht gäbe. Solche Instrumente der Kooperation tragen dann auch dazu bei, die Leute zu mobilisieren, auch Akteure in ihren Aktivitäten zu bündeln, damit sie an einem Strang ziehen. Denn meine Erfahrung ist, dass gelegentlich unterschiedliche Akteure (lokal oder regional) das Gleiche wollen – aber nicht miteinander wollen, sondern dass sie gegenseitig Wettbewerber sind, wenn es um Möglichkeiten der Förderung geht. Ich glaube, auch das muss überwunden werden.

Die *Agenda 21* ist nach meiner Erfahrung ein sehr gutes Instrument, um diese Entwicklung zu befördern, und das nicht nur in einem Dorf, einer Stadt. Ich halte inzwischen viel mehr davon (und so haben wir den Umweltwettbewerb in MV ausgestaltet), dass wir regionale Agenden entwickeln. *Regionale Agenden*, wo die Kirchturmgrenzen überschritten werden. Sonst werden die Konzepte sowieso nicht richtig umgesetzt, dann sind die Nachbarn neidisch. Man muss zusammenarbeiten. Ähnliche Erfahrungen wurden mit der Entwicklung der Dorfgemeinschaften in Ökodörfern und anderen Projekten gemacht.

Zu den Instrumentarien gehört auch eine gewisse *ideelle Förderung*. Das kann verschiedene Facetten haben. Dazu gehört auch die Würdigung des Ehrenamtes. Auch regionale Identität zu entwickeln, das gehört dazu! Wenn man keine regionale Identität hat, dann wird man sich auch in seiner Region nicht besonders verankern. Dann guckt man nur auf sein wirtschaftliches Interesse.

Und schließlich gibt es im Bereich der *Bildung und der Weiterbildung* auch Instrumente, mit denen man etwas mit auf den Weg bringen kann. Dazu gehört zum Beispiel das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).

Zum Schluss möchte ich einen wichtigen Anspruch nennen, den wir bei der Entwicklung des ländlichen Raumes beachten müssen: Wir müssen unbedingt eine *Verstetigung* von zunächst geförderten Projekten erreichen! Und das bedeutet, man muss genau wissen, wie es denn weitergeht, wenn die Förderung ausläuft. Also eine Verstetigung auf dem ersten Arbeitsmarkt

oder in welchen Bereichen auch immer, ist unbedingt nötig. Und das bedeutet, wir müssen rechtzeitig darüber nachzudenken, was denn aus dem werden kann, was wir erzeugen. Wenn das nicht gewährleistet ist (das meint nicht nur Lebensmittel, sondern alle Produkte oder Dienstleistungen, die man in solchen Projekten entwickelt und herstellt), wird man wohl Schiffbruch erleiden.

2.1.2 *Neue Wege in der Arbeitsförderung* (Christian Westphal)³⁰

Mit dem Einstieg der PDS in die Landesregierung haben wir arbeitsmarktpolitisch zwei Dinge auf den Weg bringen wollen: Das eine ist die *Landesinitiative Jugend- und Sozialarbeit*, die im Land sehr gut angenommen wurde. Das kostet dem Land pro Jahr rund 20 Mio. DM. Wir haben da jetzt so rund 680 Fachleute der Jugendsozialarbeit in tariflich bezahlte unbefristete Arbeit gebracht. Nun streitet man bei uns darüber, ob das ein Teil des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sei oder nicht.

Wir haben ein zweites neues Instrument in die Arbeitsmarktpolitik eingeführt, das die Bezeichnung "*Gemeinwohlorientierte Arbeitsmarktförderprojekte*" trägt. Auch hier stellte sich sofort die Frage, ob dieses neue Instrument überhaupt im Dunstkreis von "öffentlich geförderter Beschäftigung" anzusiedeln sei. Nun kann man sagen, dieser Streit ist müßig. Unser Problem ist schlicht und ergreifend, dass Arbeitsmarktpolitik auch in Mecklenburg-Vorpommern nahezu zu 90% von der Bundesanstalt für Arbeit abhängt und von den restlichen 10% bestreitet das Land etwa 5%, die anderen 5% kommen von der Europäischen Union. Und auch die Europäische Union hat ihre Marschrichtung in der Arbeitsmarktpolitik schon vorgegeben und so unsere Gestaltungsspielräume vorbestimmt.

Unsere gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte liegen bildlich gesprochen quer in der Förderkulisse der EU. Was zur Folge hat, dass wir uns entschlossen haben, unseren Anteil bei der Finanzierung dieser Projekte zu 100% aus Landesmitteln zu finanzieren und nicht mehr mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond zu komplettieren. Das hat in den letzten drei Jahren knapp über 60 Mio. DM gekostet. Wir haben über 800 Leute in diesen Projekten und wer sich mit arbeitsmarktpolitischen Finanzierungen auskennt, weiß, dass das so nicht funktioniert. Man kann nicht mit 60 Mio. DM über 800 Leute in Projekte bringen. Das funktioniert nur über die Aufstockung von Strukturanpassungsmaßnahmen des Arbeitsamtes. Das heißt, das Land gibt Gelder dazu, damit Projekte, wofür sonst kein Geld da ist, auch wirklich realisiert werden können. Konflikte sind hier deswegen vorprogrammiert, weil die Arbeitsämter ganz zu recht

³⁰ Dr. Christian Westphal, Arbeitsministerium MV. Überarbeiteter Beitrag, gehalten in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (Siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2)

auf ihre Versicherungsleistungen verweisen, wir aber ein Stückweit weg kommen wollen *von der Personalförderung hin zu mehr Projektförderung* in der Arbeitsmarktpolitik. Der Anspruch des Arbeitslosen auf eine Versicherungsleistung ist aber etwas ganz anderes als die von uns gewollte Förderung sinnvoller und möglichst nachhaltiger Projekte mit Mitteln aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung. Da gibt es Widerstände und ganz klar rechtliche Grenzen, die wir landespolitisch nicht verändern können. Aber nach dreijährigem beständigem Kampf gibt es mittlerweile eine relativ breite Akzeptanz im Lande.

Von den gemeinwohlorientierten Projekten gibt es jetzt ungefähr 220. In der Masse sind das Sozialprojekte, die sehr wichtig sind – auch und gerade in ländlichen Regionen. Daneben gibt es aber welche, die im Umweltbereich liegen. Und meine ganz persönliche Meinung ist die, dass wir genau in diesen Bereichen eigentlich Chancen haben, das in den nächsten Jahren weiter auszubauen und zu überlegen, wie wir den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor weiter verstetigen können. Gerade die Agenda-Transferstellen, halte ich als eine Trägerstruktur für Arbeitsmarktpolitik im Umweltbereich für unheimlich wichtig.

Es gibt aber auch einen anderen Bereich an dieser Stelle in den ländlichen Regionen, von dem wir meinen, dass wir in der zukünftigen Ausrichtung viel mehr Impulse bekommen müssen. Das ist die Frage der konzeptionellen Arbeit: Welche Visionen entwickeln wir für speziell geprägte ländliche Regionen.

Wer bei uns im Land vom Westen von der Küste aus in den Nordosten des Landes in Richtung Brandenburg fährt, der wird schon von den Erscheinungsbildern der Dörfer her sehen, wie kompliziert das ist, in den von sehr hoher Arbeitslosigkeit geprägten Landkreisen neue Visionen zu entwickeln. Aber auch dort müssen wir uns ernsthafter die Frage stellen, wie kann denn hier Entwicklung aussehen. Und dann sollen Arbeitsmarktpolitiker noch hingehen, zusammen mit den Akteuren vor Ort (wie es so schön heißt) und sagen: Dies oder jenes könnte was werden. Man kann sich sicherlich leicht ausrechnen, wie viel schwieriger das in den entlegenen ländlichen Regionen im Vergleich zu den großen Städten und deren Umland ist. Und je weiter wir nach Osten kommen, um so mehr ziehen wir den Hut vor den Leuten, die da engagiert arbeiten und sagen, auch hier muss was passieren und da wollen wir uns einbringen und was entwickeln.

Wir haben mit diesem Jahr ein neues arbeitsmarktpolitisches Programm auf den Weg gebracht und ein wichtiges Prinzip von GAP da verankert. Wir haben nämlich vor drei Jahren gesagt, ohne die Zustimmung der regionalen Beiräte, dass das jeweilige Projekt sinnvoll ist, geben wir da kein Geld aus. Diese regionale Konsensfindung hat bisher sehr viel Mühe gemacht, aber mittlerweile sagen alle Beteiligten, es lohnt sich, über den Sinn konkreter arbeitsmarkt-

politischer Projekte zu streiten und die Frage zu stellen, was ist wirklich wichtig für regionale Entwicklungen. Und deswegen soll das *neue Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungskonzept* versuchen, *Arbeitsmarktpolitik mit regionaler Entwicklungspolitik* zu verbinden. Unser Vorteil dabei ist, dass unser Ministerium nicht allein für die Arbeitsmarktpolitik des Landes, sondern auch für die Raumordnung und Landesplanung zuständig ist. Wir sind damit zuständig für Ämter für Raumordnung und Landesplanung in den vier Planungsregionen und für die regionalen Planungsverbände, wo viele engagierte Leute über regionale Entwicklungskonzepte nachdenken und Marketingkonzepte entwickeln. Und jetzt wollen wir mit regionalen Beiräten für unser "Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm" regionale Aktivitäten bündeln. Wir glauben, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Wir wissen aber auch, dass diese Erfahrungen erst mal gesammelt werden müssen.

Also worum es uns eigentlich geht ist, danach zu suchen, wie wir etwas in Gang gesetzt kriegen, das wirkliche Entwicklungsimpulse vor Ort erzeugt. Damit verbunden stellt sich die Frage, wie können wir mit Arbeitsmarktpolitik bereits Vorhandenes weiter befördern? Aber da zeigt eigentlich die Erfahrung der letzten drei Jahre: Da, wo es keine Eigeninitiativen und es keine Impulse – egal woher – gibt, da kann man auch mit viel Geld aus den Töpfen der Arbeitsmarktpolitik wenig erreichen. Da sind Dinge entstanden, die dann alle wieder nach der Förderung zusammenfallen wie Kartenhäuser. Ich denke, dem müssen wir uns selbstkritisch stellen.

Wir müssen heute schon die Frage stellen, wie soll die Förderung *danach* aussehen, wenn wir überzeugt sind, dass diese Projekte über die Arbeitsmarktpolitik eine Anschubfinanzierung oder Impulse erhalten sollen. Wir müssen die Perspektiven kritischer mitdenken und langfristiger danach schauen, was kann daraus werden!

Dabei müssen wir Leuten immer wieder Mut zu machen. Wir müssen Menschen auch ermutigen, *aus der Arbeitslosigkeit heraus neue Existenzen* zu gründen. Natürlich bedarf es da ganz besonderer Begleitung und Unterstützung, um persönliche Risiken möglichst klein zu halten. Mitunter muss man auch von einer Existenzgründung einfach abraten. Wir haben uns überlegt, wie wir neben allen diesen Dingen gerade auch mit der Trägergesellschaft des Landes Hilfestellung auf diesem Gebiet leisten können. Fast jeder hier kennt die Probleme mit den Banken und dem Risikokapital. Wir stellen uns das so vor und werden es mit unserem Koalitionspartner - so hoffe ich - nach der Wahl auch vereinbaren können: dass wir einen *revolvierenden Fonds* auflegen. Wenn ein Existenzgründer, der Geld aus diesem Fonds erhalten hat, erfolgreich war, so sollen die Gelder zurückfließen, um anderen erneut helfen zu können, die bei den Banken trotz eines guten Konzepts scheitern. Hier sollten wir auch stärker

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Großbritannien und anderen uns zur nutze machen, wo Bürgerinitiativen Träger neuer Volksbankbewegungen – im wahrsten Sinne des Wortes – geworden sind, um Menschen besonders in ländlichen Regionen zu helfen, eine eigene Existenz aufzubauen. Das ist aber schon nicht mehr das eigentliche Feld der Arbeitsmarktpolitik. Es macht aber künftig auch keinen Sinn mehr Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik klar voneinander abzutrennen. Wie überall in der Politik werden Verzahnungen und Verknüpfungen immer wichtiger werden.

2.1.3 *Probleme und Erfahrungen im östlichsten Landkreis* (Barbara Syrbe)³¹

Der Landkreis Ostvorpommern ist der östlichste Landkreis nicht nur Mecklenburg-Vorpommerns, sondern der ganzen Bundesrepublik. Er entstand aus den drei ehemaligen Landkreisen Wolgast, Greifswald/Land und Anklam. Damit haben wir zwar u.a. diese drei Städte, aber dem Charakter und der Bevölkerungsdichte nach ist unser Kreis in erster Linie ländlicher Raum und mit all den entsprechenden Problemen behaftet. Allerdings nicht nur landwirtschaftlich geprägt; es gab dort einst auch beachtliche Industrie und andere Wirtschaftsbereiche.

Wolgast – meist bekannt durch die Verbindung zur Insel Usedom – hatte früher Schiffbau; die Peenewerft baute vor allem Schiffe für die Marine, und dort war auch ein großer Armeestandort mit Marinedienststelle und Armeeflugplatz. Wolgast war auch bekannt durch den Hafen und die Hafengewirtschaft, vor allem mit Export in die damalige Sowjetunion. Im Landkreis Greifswald gab es das Kernkraftwerk Lubmin. In Anklam gab es Verarbeitungsindustrie (u.a. Zuckerfabrik und Schlachthöfe).

Eine Folge davon ist, dass wir, nachdem das meiste davon abgewickelt wurde, in der Sozialstruktur unseres Kreises einen großen Anteil von hoch qualifizierten Arbeitslosen haben. Die Peenewerft ist von 3.200 Mitarbeitern auf ca. 760 zurück gegangen. Von den ca. 6.000, die im Kernkraftwerk abgebaut wurde, war ein großer Teil Ingenieure. Ähnlich trifft es auf die ehemaligen Armeeingehörigen und ihre Familien zu. Der Armeestandort ist ja ohne großes Aufsehen abgewickelt worden, anders als heute, wo ganze Landstriche auf die Straße gehen, wenn ein Bundeswehrstandort abgewickelt werden soll. Auch ein ganzer Teil arbeitslos gewordener Mitarbeiter der Universität Greifswald, von denen viele mit ihren Familien aufs Landgezogen waren, gehört zu dieser Gruppe. Ähnlich ist es im Ferienwesen. Da der Feriendienst in der DDR vor allem über die Betriebe organisiert war, sind mit der Abwicklung

³¹ Dr. Barbara Syrbe, Landrätin (PDS) des Landkreises Ostvorpommern; redigierter Beitrag, gehalten in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2).

der Betriebe auch die Ferieneinrichtungen zunächst einmal kaputt gegangen und die Leute arbeitslos geworden.

Wir verfügen also einerseits über ein hohes Bildungspotenzial von meist studierten Leuten. Sie sind zwar leicht umzuschulen, wir haben aber bisher kaum Möglichkeiten, sie in sinnvolle Erwerbsarbeit zu bringen. Arbeitsplätze sind vor allem mit dem entstanden, was sich im Tourismus neu entwickelt hat. Aber auch dort sind die Spitzenpositionen vor allem von den neuen Eigentümern her besetzt worden, die das Geld hatten, die Heime zu rekonstruieren.

Besonders im ehemaligen Kreis Anklam sind, wie überall in der Landwirtschaft, viele arbeitslos geworden. Von den jungen Leuten, die in der Landwirtschaft tätig waren, ist ein großer Teil weggezogen. Unter denen, die im Dorf geblieben sind, gibt es viele, die schon älter sind und teilweise eine Arbeit hatten, die nicht so hohe Bildung erforderte. Das heißt, viele davon sind nicht so flexibel und mobil; sie finden auch anderswo kaum noch Arbeit.

Wir haben z.B. in Anklam versucht, eine Klasse zu finden, die wir als „Wellness-Berater“ und solche „Animateure“ umschulen wollten. Was man eben im Tourismus braucht. Wir hatten zwar vom Arbeitsamt fast 100 Zuweisungen für diesen Lehrgang. Bei der Auswahl stellte sich heraus, dass nicht genug Leute da waren, um überhaupt eine Klasse aufzumachen.

Wir müssen also Wege finden, wie wir wieder Arbeit in die Dörfer bringen.

Eine Möglichkeit hat sich aus der Zusammenarbeit mit dem Bauernverband und den Agrargenossenschaften bzw. Agrar-GmbH ergeben. Früher gehörten LPG und Dorf eng zusammen. Die LPG hatten viele Aufgaben zum Erhalt der Infrastruktur und bei Arbeiten im Dorf übernommen, z.B. Bau- und Verschönerungsarbeiten. Heute ist das schwieriger für die Agrarbetriebe geworden.

In den einzelnen, vor allem den kleinen Dörfern, ist die Infrastruktur stark zurück gegangen. Keine Verkaufsstellen, manchmal keine Gaststätte mehr; manchmal ist einziger Treffpunkt, wenn das Bäckerauto oder andere ambulanten Versorger ins Dorf kommen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPVN) ist sehr teuer; als Landkreis mit unseren 6 Mio € Defiziten und Schulden haben wir hier große Probleme.

Von den Bauern ist die Idee an uns herangetragen worden: Die Agrarbetriebe könnten viele Aufgaben lösen, die diesen ganzen Bereich der Infrastruktur betreffen, aber sie können es sich nicht leisten, dafür Leute einzustellen. Also müsste dafür Geld beschafft werden.

Wir beschreiten nun den Weg, in Zusammenkünften mit Verantwortliche, Betroffenen und lokalen Akteuren – so einer Art Workshops – gemeinsam die konkreten Möglichkeiten (Instrumente) und Hemmnisse (z.B. fehlende Mittel zur Finanzierung von Eigenanteilen) zu beraten, wie wir mit den Mitteln der Arbeitsförderpolitik kurzfristig und dauerhaft Arbeit

schaffen können. Wir wollen also vor Ort und in konkreten Projekten die Zusammenarbeit der lokalen Akteure mit der Kreisverwaltung, den Arbeitsämtern und den Ministerien herstellen und genau festlegen, was man dort z.B. mit „Vergabe-ABM“ (investiver Arbeitsmarktpolitik), der neuen Verbindung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik oder anderen Instrumenten³² machen kann, die in MV von der PDS unter der Überschrift „Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ in die Koalitionspolitik eingebracht worden sind.

Einerseits wollen wir versuchen, die Potenziale der ostdeutschen Agrarstrukturen (Agrargenossenschaften und Agrar-GmbH) dafür zu nutzen und gemeinsam Wege zu neuen Arbeitsplätzen finden; andererseits wollen wir die Kommunen ermuntern, ihren eigenen Beitrag zu leisten (indem z.B. bei Gemeindevertretern, Bürgermeistern, Amtsleitern die Hemmungen abgebaut werden, diese Mittel auch anzuwenden).

Ein weiterer Bereich, den wir ausbauen können, ist die Touristik. Wir stehen da in dem Konflikt, dass zwar die Insel Usedom eines der größten Touristenzentren und damit von Nutzen für die ganze Region ist, wir aber im Interesse unseres Kreises und unserer Orte auch Touristen von der Küste weg ins „Hinterland“ bringen wollen.

Wir haben viele Naturschönheiten, viele alte Burgen, Herrenhäuser und viel Kultur. Viele engagierte Leute bemühen sich, etwas aufzubauen, was auch für Touristen interessant ist. Bloß die Touristen kommen nie hin. Das Problem besteht darin, dass wir eine entsprechende Infrastruktur brauchen, die es den Leuten ermöglicht, sich auch die Schönheiten des Hinterlands zu erschließen und nicht 1 bis 2 Stunden im Stau stehen zu müssen, um überhaupt bis Anklam zu kommen oder gar in die umliegenden Dörfer. Und dafür braucht man Geld, Hilfe und Fördermittel.

Und dazu kommt, als einer der wichtigen Bereiche, der eigentlich wie Wirtschaft gefördert werden müsste, die Kultur. Denn wenn du Urlaub machst, möchtest du nicht nur die Sonne. Wir haben z.B. einen ganz engagierten Theaterdirektor, der viel auf die Beine stellt. Aber das macht er immer mit der Keule im Nacken, dass es irgendwann keine Fördermittel mehr gibt für sein Theater und dass es dann dicht ist. Gerade im ländlichen Raum ist Kulturförderung ist ganz besonders wichtig, hier muss noch viel getan werden. Das ist besonders auch wichtig dafür, dass die Dorfbewohner mehr Lebensqualität erhalten und mehr kulturelle Möglichkeiten haben als Fernsehen und Computer für die Kinder.

Eine wichtige Erfahrung ist auch die Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen hinaus. Wir nutzen innerhalb der Region „Pommerania“ möglichst alles gemeinsam, was es an Programmen für die regionale Entwicklung gibt, ob LEADER oder INTERREG oder andere bis zu den

³² Siehe u.a. den Beitrag von Christian Westphal, Abschnitt 2.1.2.

Dorferneuerungsmitteln. An dem Bundesprogramm „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“ haben wir uns mit 46 Akteuren über zwei Landkreise hinaus beteiligt.

2.2 Positionsbestimmungen der PDS Land Brandenburg zur Politik im ländlichen Raum (Ralf Christoffers)³³

Wir betrachten in Brandenburg die Entwicklung des ländlichen Raumes auch als einen politischen Anspruch an die PDS und ihre Fähigkeit zur Gestaltung der Gesellschaft. In unseren politischen Debatten innerhalb der PDS haben wir hierzu eine Reihe von Aufgabenfeldern benannt. Es gibt nicht nur Vorstellungen, sondern auch viele Akteure in der PDS, die sich mit der Entwicklung des ländlichen Raumes befassen. Wir gehen dem Streit nicht aus dem Weg, wenn es um die Bestimmung unserer eigenen Positionen geht. Aber dann vertreten wir diese Positionen auch. Wir wollen, dass die verschiedenen Erfahrungen und Ansätze zusammengeführt werden und wir setzen uns dafür ein, dass eine Politik, die sich an den Interessen dieses Raumes orientiert, tatsächlich auch durchgesetzt wird.

Zusammenführung von Entwicklungsachsen

Die Entwicklung des ländlichen Raumes nicht nur in Brandenburg, sondern eigentlich in allen neuen Bundesländern fällt doch in eine Zeit hinein, in der sich der Charakter der Wertschöpfung der Gesellschaft als Ganzes und Wertschöpfungsketten sich verändern. Es wird darüber debattiert, was die Gesellschaft heute als Wertschöpfung akzeptiert. Gerade weil bestimmte Bereiche für die Gesellschaft wichtig, gegenwärtig aber nicht oder *noch nicht* privat finanzierbar – siehe u.a. das ÖBS-Konzept – sind, gibt es hier einen erheblichen Änderungsbedarf, der notwendig ist, um die Entwicklung ländlicher Räume auch tatsächlich durchzusetzen. Dazu gehört auch der wichtige Kulturbereich. Nehmen wir das Kloster Chorin: Es liegt im ländlichen Raum und ist ein Kristallisationspunkt von Entwicklungen, die weit über das Kloster hinausstrahlen und auch internationale Bedeutung haben. Ohne eine ausreichende Finanzierung von kulturellen und anderen Elementen in diesem Bereich wäre Wertschöpfung im Bereich des Tourismus überhaupt nicht möglich. Hier gibt es einen ganz engen Zusammenhang, aber wir haben das Problem, dass die Förderstrukturen bundesweit und europaweit genau auf diesen Sachverhalt noch keine oder nur eingeschränkt Antwort geben. Hier ist erheblicher Veränderungsbedarf.

³³ Ralph Christoffers, MdL und Vorsitzender der PDS Land Brandenburg. Redaktionell bearbeiteter Beitrag, gehalten in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2).

Wenn wir über den ländlichen Raum reden, geht es um die Zusammenführung von mehreren Entwicklungsachsen, um überhaupt Entwicklung sicherstellen zu können. Also nicht nur den Landwirtschaftsbereich; wir reden auch über die Ansiedlung von KMU, auch über Neugründungen, über Bereiche von Dienstleistungen für Städte und vieles andere. Und in diesem Zusammenhang, eben gerade weil sich der Charakter der Wertschöpfung dort in den ländlichen Räumen ändert, sind wir natürlich auch vor politische Herausforderungen gestellt. Wir haben es mit unterschiedlichen Interessenlagen zu tun, die sich zum Teil gegenseitig ausschließen. Und auch die PDS muss sich in bestimmten Sachverhalten entscheiden, wie sie mit Interessenlagen umgehen will. Und insofern halte ich es für richtig, dass ein Ziel darin bestehen muss, Projekte, Vorhaben u.ä. marktkonform zu entwickeln. Und wenn ich ein Projekt habe, was marktkonform entwickelt werden kann, dann habe ich eine Grundlage, andere Bereiche, die ich – auch mit Hilfe der öffentlichen Hand – finanzieren muss, tatsächlich im Gesamtkonzept zur Entwicklung des ländlichen Raumes zu gestalten. Und in diesem Zusammenhang ein weiterer Punkt: Es ist sehr viel über regionale Akteure gesprochen worden. Das Problem ist nur, wenn wir uns politisch entscheiden, regionalen Akteuren eine höhere Kompetenz zuzubilligen, dann müssen wir politisch damit umgehen, dass nicht alle ihre Entscheidungen unseren eigenen Vorstellungen entsprechen. Es kann nicht sein, wenn die Vorstellungen von regionalen Akteuren mal nicht so sind wie Politiker es sich wünschen, dass man sozusagen solche Vorstellungen nicht mehr befördert. Das ist manchmal ein ziemlich schwieriger Spagat. Aber damit *muss* man einfach umgehen, weil ansonsten ist unsere politische Grundforderung, regionalen Akteuren eine höhere Kompetenz zuzusprechen, einfach nicht gesellschaftlich durchsetzbar wäre.

Realistische Finanzierungskonzepte entwickeln

Es gibt nicht nur in Brandenburg eine ganze Reihe von Projekten, wo Leute sich freiwillig zusammengefunden haben, um ein Entwicklungsziel umzusetzen. Das Problem ist nur, es fehlt meistens an der Anschubfinanzierung, und es fehlt an einer ganz klaren Orientierung, in welchem Zeitraum sich denn ein Projekt entwickeln kann. Nehmen wir z.B. ein Tourismusprojekt mit allen Facetten (sowohl kulturell, von den Übernachtungsmöglichkeiten her, von Radwegen oder ähnlichem, was dazugehört), das trägt sich nicht innerhalb von fünf Jahren. Das richtet sich nun mal nicht nach Legislaturperioden bzw. nach gegenwärtig festgelegten Konditionen der zeitlichen Förderung. Wenn wir den Beginn eines Projektes finanziell unterstützen, müssen wir auch bereit sein, Wege zu finden, wie das bis zur vollen

Funktionsfähigkeit finanziert werden kann. Anders wird es nicht gehen, manche Projekte laufen eben zehn Jahre, bevor sie anfangen selbständig zu laufen.

Der PDS wird sehr oft vorgeworfen, dass sie die Frage der Finanzierung nicht beantwortet oder mehr fordert als realisierbar ist – egal, ob sie in Regierungsverantwortung wie in MV steht, oder aber ob sie in der Opposition ist oder aber ob sie, wie in Berlin, gerade Regierungsverantwortung übernommen hat. Wir haben als PDS Brandenburg im November auf dem Parteitag ein Konzept zur Diskussion gestellt, in dem wir erstmalig ganz klar benennen, wo Einsparungspotentiale im Land Brandenburg in der öffentlichen Hand sind. Zugleich haben wir Vorschläge zur Einnahmenverbesserung vorgelegt. Auch wir haben nicht mehr Geld als das, was uns zur Verfügung steht.

Bis 2006 geht die EU-Förderperiode, da haben wir einen relativ stabilen Rahmen. Nach 2006 wird sich die Grundstruktur der Finanzierungsbedingungen in den neuen Bundesländern gravierend ändern. Ziel 1 - Gebiet der Förderung der EU wird dann z.B. Polen sein. Und wenn wir politisch für die Osterweiterung der EU sind, dann können wir uns nicht dagegen aussprechen, dass weniger entwickelte Gebiete in der EU dann selbstverständlich auch ein höheres Maß an Förderung kriegen, also in dem Maß, wie wir es bisher für uns gewohnt waren. Und das heißt, Projekte, Vorhaben, Entwicklungen im ländlichen Raum (und nicht nur dort) bis 2006 tatsächlich so weit auf die Reihe zu bekommen, dass sie tatsächlich eine Bewegungsperspektive im ländlichen Raum darstellen.

Ein weiterer Aspekt: Die so genannten Basel II - Beschlüsse, die zur Verschlechterung der Konditionen für die Vergabe von Kreditmitteln an KMU bzw. auch im Landwirtschaftsbereich führen, schaffen eine völlig andere politische Situation, die von der öffentlichen Hand gemeistert werden muss. Wir sind als PDS in Brandenburg gegenwärtig in der Diskussion mit Sparkassen, mit der ILB und einer Reihe anderer öffentlicher Kreditinstitutionen, wie es, trotz der Beschlüsse der EU zur Umorientierung des öffentlichen Bankwesens, sichergestellt werden kann, dass die öffentliche Hand über die öffentlichen Banken Kleinstkredite ausgeben kann. Das heißt ganz einfach, wir versuchen gegenwärtig mit Finanzinstitutionen (besonders mit den Sparkassen – weil das Sparkassengesetz insgesamt nach den Beschlüssen in Brüssel verändert werden muss) sicherzustellen, dass die öffentliche Hand zusätzlich über die Banken die Frage eines Hausbankenprinzips ernsthaft prüft. Denn wenn die gegenwärtigen Konditionen bei der Kreditvergabe beibehalten werden, hat auch der ländliche Raum, hat auch die Landwirtschaft und nicht nur der KMU-Bereich in der Wirtschaft mit einer gravierenden Finanzierungslücke zu rechnen. Und daher mit einer sehr schlechten Ausgangsbedingung, was Wettbewerb und Konkurrenz betrifft.

In diesem Fall sind wir also seit längerer Zeit in der Debatte; jüngst hat uns im Wirtschaftsausschuss ein Vertreter des Finanzministeriums angekündigt, dass sie bereit sind, diesen Weg mitzugehen. Also nicht mit der PDS, aber mit der Idee sozusagen versuchen wollen, hier ein Stück weit auch die gesetzliche Lage in Brandenburg schrittweise zu verändern.

Regionalkonzepte und Lebensqualität im ländlichen Raum

Es gibt sehr viele Definitionen, was Regionen sind. Wenn ich mir den Landkreis Uckermark angucke, der größer ist als das Saarland, dann macht das vielleicht die Dimension deutlich, wenn wir von Entwicklung ländlicher Räume sprechen. Und da geht das eben nicht nur um Landwirtschaft, sondern auch um Industrie (z.B. in Schwedt); es geht um Naturschutz, all das dann bezogen auf eine ganz große Fläche. Und das macht auch unsere Problematik aus. Lebensqualität in diesen Regionen wird sich anders darstellen als in Ballungsräumen oder in der Nähe zu Ballungsräumen. Der grundgesetzliche Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, stellt auch die Frage nach dem Maßstab, wie Lebensqualitäten sich unterscheiden können. Und was ist zumutbar, was ist politisch gewollt, was ist politisch nicht gewollt. Auch auf diese Frage müssen wir Antworten finden.

Zur Imagebildung des ländlichen Raumes gehört, dass es ein Kulturgewinn sein kann, bei bestimmten Interessenlagen im ländlichen Raum zu wohnen und zu arbeiten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, damit die Attraktivität des ländlichen Raumes, auch des Berlin-ferneren, tatsächlich wieder erhöht wird. Und wir haben ein Problem bei uns in Brandenburg, dass nach der Kreisgebietsreform unsere Landkreise aufgrund ihres Zuschnitts mittlerweile in drei bis vier unterschiedlich strukturierte und entwickelte Teilgebiete zerfallen. Wir haben Landkreise, die vom Rande Berlins bis zur polnischen Grenze reichen oder vom Rande Berlins bis nach Sachsen-Anhalt. Im Berlin-nahen Raum haben wir solche Teilgebiete, in denen es sichtbar eine sehr positive Entwicklung gibt. Und außerhalb des Autobahnringes um Berlin wird es sukzessive strukturell schwächer.

Wir haben gegenwärtig auch als PDS noch kein Instrument gefunden, dieser Entwicklung in ausreichendem Maße entgegen zu wirken. Die Instrumente, die da sind, werden ungenügend und unzureichend ausfinanziert. Und die Grundsatzfrage, die man hier zu stellen hat ist: Wenn es nicht gelingt, die entsprechenden vielen Millionen Euro, die insgesamt dafür gebraucht werden, aufzubringen und einzusetzen – und sei es auch zu Lasten anderer Ressorts und nicht durch weitere Schuldenaufnahme, dann verschenken wir Lebensqualität und ein Stück weit

auch Perspektive. Und setzen die Spirale weiter in Gang, dass ländliche Räume – gerade in diesen Berlin-fernen Gebieten – sich weiter entleeren und de facto sehr unattraktiv werden.

Das heißt also, dass wir politisch versuchen, an die vorhandenen Ansätze anzuknüpfen und hier zusammen mit Akteuren unsere Forderungen so zu stellen, dass sie tatsächlich auch umsetzbar sind. Umsetzbar sind sie, wenn politischer Wille und politische Mehrheiten es tatsächlich dann auch wollen. Und genau das versuchen wir auch zu machen, weil Vorschläge außerhalb von Realitäten nur sehr schwer oder nur sehr schlecht umsetzbar sind.

Fusion Berlin-Brandenburg und Politik für den ländlichen Raum

Die mögliche Fusion Berlin-Brandenburg ist ja nach dem Regierungswechsel in Berlin wieder sehr stark, auch bundesweit, in der Debatte. Da gibt es in der PDS sehr unterschiedliche Auffassungen. Berlin braucht einen Identitätswechsel insofern, dass eine gemeinsame Region eben nicht an der Autobahngrenze aufhört, sondern dann auch die Uckermark und die Prignitz mit umfasst. Dazu gehört, dass man Zusammenarbeit in der Region wirklich will – und nicht, wie bei der Filmförderung – zwar sehr viel davon redet, aber dann drei Standorte gegeneinander entwickelt. Und dazu ein Identitätswechsel dahin, dass man Regionalprodukte ernsthaft will; was aber voraussetzen würde, dass Direktvermarktung aus Brandenburg wirklich verstärkt wird. Und insofern gehe ich davon aus, dass die politische Konstellation in Berlin hier vielleicht eine Voraussetzung mit sich bringt, diesen Identitätswechsel auch zu gestalten. Ich persönlich halte eine Fusion für eine wünschenswerte Option. Das Problem wird nur sein: Wenn es nicht gelingt, Menschen zu überzeugen, dass sie Vorteile davon haben, wird diese Fusion niemals stattfinden.

Und überdies sollte auch in die aktuelle Debatte über das föderale System in Deutschland die Frage gehören: Wie kann der ländliche Raum in diesem System politisch weiter gestärkt werden und einbezogen werden?

Wir in unseren politischen Debatten innerhalb der PDS eine Reihe von Aufgabenfeldern des ländlichen Raumes deutlich benannt. Es gibt viele Initiativen, es gibt politische Vorstellungen, es gibt eine Reihe von Akteuren innerhalb der PDS, die sich mit der Entwicklung des ländlichen Raumes beschäftigen. Es muss uns gelingen, diese Ansätze zusammenzuführen; wir dürfen dem Streit nicht aus dem Wege gehen, bevor wir unsere eigenen Positionen wirklich definiert haben. Aber diese Positionen müssen wir dann politisch auch vertreten. Der ländliche Raum ist eine politische Herausforderung nicht nur, was die Gestaltung von Politik betrifft. Wenn wir eine Politik betreiben, die an den Interessen dieses Raumes orientiert ist, können wir auch Viele gewinnen, um diese Politik tatsächlich durchzusetzen.

2.3 Integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes – nicht allein eine Verantwortung der Agrarpolitik (Hans Watzek)³⁴

Bei der Erarbeitung des Agrarkonzepts der PDS – seit Anfang der 90er Jahre – und seinen Überarbeitungen durch unsere Arbeitsgemeinschaft³⁵ ging es immer um den Zusammenhang der Landwirtschaft mit den ländlichen Räumen. Landwirtschaft und ländlicher Raum wurden immer als Einheit behandelt. Dafür waren drei grundsätzliche Überlegungen entscheidend:

- Die Entwicklung der Landwirtschaft, der Landwirtschaftsbetriebe hängt maßgeblich von der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung der Dörfer, der ländlichen Räume ab. Verödungserscheinungen, wie sie besonders in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands aufgetreten sind, führen auch zum Niedergang der Landwirtschaft. Erfolgreiche Landwirtschaft braucht lebensfähige, soziokulturell wirksame ländliche Räume.
- Die Landwirtschaft ist ein entscheidender ökonomischer, ökologischer und sozialer Bereich für die ländliche Entwicklung. Die Landwirtschaft prägt – durch ihre Wertschöpfung, die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft, ihrer sozialen Wirkungen und ihrer Tradition und Kultur – entscheidend das Dorf und die ländlichen Räume. Deshalb stimmt die These: „Ohne Landwirtschaft gibt es keinen ländlichen Raum.“ Ländliche Regionen ohne Landwirtschaft sind urbane Randgebiete.
- Obwohl die Landwirtschaft ein entscheidender Faktor der ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume ist und bleibt, ist sie nicht mehr in der Lage, *allein* die Lebensfähigkeit ländlicher Räume zu erhalten und auszubauen. Dazu ist, wie schon gesagt, eine *ganzheitliche* Entwicklung erforderlich, die viele Bereiche umfasst: Wirtschaft, Infrastruktur, Handel, Verkehr, Bildung, Kultur u.a.

Eine solche Aufgabe kann nicht durch die Agrarpolitik allein geleistet werden. Die Entwicklung des ländlichen Raumes kann nicht Anhängsel der Agrarpolitik sein. Viele unterschiedliche Ressorts, von der Wirtschafts- und Umweltpolitik, der Kommunal- und Sozialpolitik bis zur Frauen- und Jugendarbeit, müssen im ländlichen Raum wirksam werden. Politisch fehlt es an der koordinierten Zusammenfassung der erforderlichen Aktivitäten für die

³⁴ Dr. Hans Watzek, Landwirtschaftsminister a.D.; Mitglied des Sprecherrates der AG „Agrarpolitik und ländlicher Raum“ beim Parteivorstand der PDS. Beitrag in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2).

³⁵ Die AG Agrarpolitik und ländlicher Raum hat im April 2002, nachdem das entsprechend der neuen Situation überarbeitete Agrarkonzept der PDS fertig gestellt war, den Beschluss gefasst, darüber hinaus - und in Kooperation mit anderen Politikbereichen - mit der Ausarbeitung eines Konzepts der PDS für die Politik im ländlichen Raum zu beginnen.

ländlichen Räume. Es ist eine bessere Bündelung der Potenzen, Mittel und Konzepte erforderlich. Das umfasst sowohl die konzeptionelle Arbeit als auch den wirksamen Einsatz der Förderinstrumente mit der Nutzung von Synergieeffekten. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern vor allem um die Entwicklung einer kreativen, auf demokratische Mitwirkung orientierten Atmosphäre.

Heutige Möglichkeiten der Landwirtschaft zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen

Diese Aufgabe ist immer im Zusammenhang mit der Erhöhung der Wertschöpfung für die Landwirtschaft und das Dorf zu betrachten:

- Für die neuen Bundesländer ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft vor allem über die Steigerung der Tierbestände möglich. In Ostdeutschland beträgt der Tierbestand je Flächeneinheit im Vergleich zu den alten Bundesländern nur knapp die Hälfte. Dieses Ergebnis ist dem Transformationsprozess in der ostdeutschen Landwirtschaft geschuldet, der zu einer drastischen Reduzierung der Tierbestände im Vergleich zu 1989 führte. Wenn es aus ökologischer Sicht sinnvoll erscheint, nur noch zwei Tiereinheiten je Hektar Nutzfläche zu halten, dann heißt das auch Abbau von Tierbeständen in Gebieten der alten Bundesländer und deren Wiederaufbau in den neuen Bundesländern. Das ist kein einfacher Weg. Er erfordert Investitionen unter Beachtung von Tierschutz- und Emissionsvorgaben und auch oft die Überwindung von Vorbehalten bei der Dorfbevölkerung. Dazu sollte eine aktive Investitionsförderung erfolgen.

- Die Regionalisierung von Stoff- und Wirtschaftskreisläufen führt zu mehr Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen, das zeigten die vorgestellten Projekte. Vitale ländliche Räume erfordern eigenständige wirtschaftliche Entwicklung mit lokaler Ökonomie und regionalen Wirtschaftskreisläufen. Das wird besonders am Beispiel des Schmachtenhagener Oberhavel Bauernmarktes deutlich. Dort ist die Be- und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte bis zur Selbstvermarktung organisiert. Neben der Kreislaufwirtschaft und der damit lokal gesteigerten Wertschöpfung geht es gleichzeitig um die gläserne Produktion. Die Landwirtschaft ist dabei ein Bereich, der der Kern von Regionalisierungsentwicklungen sein kann.

Durch das Hauptproduktionsmittel Boden ist die Landwirtschaft standortgebunden.

Die Produktion von pflanzlichen Erzeugnissen des jeweiligen Standortes kann nicht verlagert werden. Das Grundbedürfnis der Bürger an einer bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung mit Nahrungsmitteln muss in jeder Region gesichert werden.

- Mit der unbedingt erforderlichen ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft wächst nach meiner Ansicht die gesellschaftliche und ökonomische Rolle der Landwirtschaft. *Hermann Scheer* spricht von einer Renaissance der Agrarproduktion. Ohne Landwirtschaft geht der Industriegesellschaft die Rohstoffbasis der Zukunft verloren. Die Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Produktion von Energie aus reproduzierbaren erneuerbaren Energieträgern der Land- und Forstwirtschaft muss ganz neue Dimensionen erhalten. Das Europäische Parlament hat im vergangenen Jahr die Richtlinien zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht. Der Anteil von Elektroenergie aus regenerativen Energiequellen soll bis zum Jahr 2010 von derzeit 14% auf über 22% gesteigert werden. Nach wissenschaftlichen Bewertungen kann dazu die Landwirtschaft einen Beitrag von acht bis neun Prozent der primären Energieproduktion leisten. Bereits ein Hektar Raps liefert mit etwa 1.600 Liter Biodiesel so viel Energie, dass ein PKW bei einem Verbrauch von 5 l/ 100 km insgesamt 32.000 km umweltfreundlich und CO₂-neutral fahren kann. Mit einer solchen Entwicklung können im landwirtschaftlichen Bereich Zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In den letzten Jahren wurden z.B. pro Jahr bis zu 900.000 Hektar Ackerland stillgelegt, d.h. nicht mehr für die Produktion von Nahrungsmitteln bewirtschaftet. Von dieser Fläche wurden aber nur etwa 15 bis 17% für die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen genutzt. Eine Nutzung von mindestens 80% dieser Flächen für diese Produktionsrichtung schafft Tausende neue Arbeitsplätze. Die Biogasproduktion und deren energetische Nutzung ist eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit. Durch die Verwertung von Abprodukten der Tierproduktion, Restholzverwertung aus der Forstwirtschaft und von Energiepflanzen werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In Anklam in MV entsteht eine solche Biogasanlage mit einer Leistung von 4,3 MIO Kilowattstunden. Dort werden dann die Gülle von 1.000 Kühen sowie die Energiepflanzen von über 100 Hektar Fläche zur Energieproduktion eingesetzt. Damit werden Arbeitsplätze geschaffen, eine zusätzliche Wertschöpfung erreicht und ein Beitrag zur ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft erbracht.

Landwirtschaft bleibt also unverzichtbar für die ganzheitliche Entwicklung ländlicher Räume. Aber ein lebendiger ländlicher Raum der Zukunft erfordert eine stärkere Lokalisierung *aller* Wirtschafts- und Sozialbereiche auch in den ländlichen Regionen; erfordert also ein koordiniertes und integriertes Handeln *aller* dem entsprechenden Politikressorts, um zu einer gemeinsamen Politik für den ländlichen Raum und im ländlichen Raum zu kommen.

3. Zum Beispiel DBV, LEADER, LASA: Aktivitäten und Netzwerke für den ländlichen Raum

3.1 Deutscher Bauernverband (DBV) und ländlicher Raum (Udo Hemmerling)³⁶

Unternehmer schaffen Arbeitsplätze

Bei der Frage: „Welche politischen Mittel und Wege können Arbeitsplätze im ländlichen Raum befördern?“ ist der Ausgangspunkt der Markt. Die Unternehmer sind letztlich jene, die das Marktrisiko, aber auch das Politikrisiko tragen. Dies ist als Unternehmer häufig schwieriger einzuschätzen als die Entwicklung an den Märkten. Somit ist nicht nur die Frage nach Arbeitsplätzen, sondern auch die Frage nach Existenzgründungen, nach Ausbau bestehender Unternehmen beziehungsweise nach Unternehmern so wichtig. Das sind dann vielfach die Akteure im ländlichen Raum, die die Entwicklung im ländlichen Raum vorantreiben. Wenn es also um Arbeitsplätze geht, muss ein Ansatzpunkt immer auch der Unternehmer sein. Der ländliche Raum braucht den Unternehmer, gerade auch den landwirtschaftlichen Unternehmer.

Akteure im ländlichen Raum

Häufig ist auch die Forderung zu hören: Wir brauchen Akteure! Auch dabei gilt es, einen Schritt zurückzugehen und zu überlegen, wo die Akteure herkommen können. Dabei gibt es Möglichkeiten, die Fähigkeiten und Talente, die in den Leuten stecken, gezielter „hervorzulocken“.

Beispiel: WeiterbildungsOffensive

Auf Initiative des DBV setzt das Bildungswerk der Deutschen Landwirtschaft bzw. die Andreas Hermes Akademie nun gemeinsam mit dem DBV und seinen Landesverbänden vor Ort bundesweit eine WeiterbildungsOffensive (WBO) um. Etwa 12.000 Bäuerinnen und Bauern werden allein in den kommenden drei Jahren an den WBO-Seminaren teilnehmen. Das Ziel ist, Landwirten Know-How zu vermitteln, um erfolgreich in der aktuellen Markt- und Wettbewerbssituation bestehen zu können.

Der Bauernverband hat dazu eine WeiterbildungsOffensive gestartet. Die Landwirte sind fachlich gut ausgebildet – in der Produktionstechnik, auch in der Betriebswirtschaft. Was fehlt, sind häufig die Managementfähigkeiten: Wie organisiere ich mich? Wie setze ich mir Ziele? Wie mache ich erste Schritte zur Umsetzung der Ziele durch einen Unternehmerplan, durch Projektmanagement? Diese Fähigkeiten werden in der WeiterbildungsOffensive thematisiert und zwar nicht in dem Sinne eines „Berieselns“, sondern im Sinne einer Motivation. Der

Landwirt soll sich darüber klar werden, was er will, welches Projekt er hat und welche ersten Schritte er gehen kann.

Entwicklung des ländlichen Raumes braucht starke Kommunen und regionale Kooperation

Zu denken gibt zunächst einmal die demografische Entwicklung. Gerade in den neuen Ländern wird, was die Bevölkerungsstruktur angeht, die Entwicklung in Gesamtdeutschland um 30 Jahre vorweggenommen. Das wird in vielen ländlichen Regionen zu Problemen führen. Generell stellt sich die Frage: Können unsere sozialen Sicherungssysteme das überhaupt noch leisten? Sind sie darauf eingestellt, so wenig Junge und so viele Alte zu haben? Das sind Grundfragen, die in einigen ländlichen Gebieten schon extrem auftauchen. Es gibt Hochrechnungen für Mecklenburg-Vorpommern, wonach es dort in einigen Regionen in 20 bis 30 Jahren nur noch 60% der heutigen Bevölkerung gibt. Darauf brauchen wir neue Antworten. Und dann stellt sich zum Beispiel auch die Frage in den Dörfern, was man mit den Gebäuden macht. Es war immer Politik des Bauernverbandes, ganz klar zu sagen: Wir wollen keine „kalte Sanierung“ oder „Landflucht“, sondern aktiv die ländlichen Räume entwickeln. Doch hier scheinen wir teilweise an objektive Grenzen zu kommen.

Es bedarf auch handlungsfähiger Kommunen. Das betrifft die finanzielle Ausstattung, aber auch die Frage handlungsfähiger Einheiten. Die kleinen Gemeinden haben häufig Probleme, aus sich heraus etwas auf den Weg zu bringen. Häufig fehlt die notwendige Mindestausstattung, um überhaupt als Gemeinde aktiv werden zu können, wodurch insgesamt die ländliche Entwicklung in Frage gestellt ist bzw. gar nicht in Gang kommen kann.

Kooperation heißt, in der Region zu schauen, welche Partner zur Zusammenarbeit schon vorhanden sind. Dabei sind die Landwirte – auch wenn es nicht immer gleich von allen erkannt wird – originärer Partner, wenn es darum geht, regionale Partnerschaften auf den Weg zu bringen. Das entwickelt sich häufig über die einzelbetriebliche Ebene – zum Beispiel über die Direktvermarktung und Kulturlandschaftspflege hinaus. Hier sind die Bauern natürliche Verbündete.

Beispiel: Förderung des „Regionalmanagement“:

Gemeinsam mit Landes- und Kreisbauernverbänden hat der DBV maßgeblich an der Umsetzung von regionalen Förderprogrammen mitgewirkt. Zu den Fördermöglichkeiten regionaler Eigeninitiativen gehören u. a. die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER plus, die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP), der Wettbewerb „Regionen aktiv“ sowie die Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung („Freie Förderung“ § 10 SGB III).

„Regionen Aktiv“:

Bei der Auswahl der 15 Modellregionen sind aus Sicht des DBV vor allem zwei Dinge wichtig. Erstens: Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Partner in diesem Wettbewerb. So wird der DBV als Mitglied der Jury alle Bewerbungen unterstützen, die gemeinsam mit der Landwirtschaft die regionale Entwicklung

voranbringen wollen. Zweitens: Es muss erkennbar sein, dass die Wettbewerbsbeiträge auf eine selbsttragende Entwicklung angelegt sind.

„Regionalmanagement“:

Der DBV hat sich gemeinsam mit dem Gesamtverband der Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände und im engen Zusammenwirken mit den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 2001 erneut für verschiedene arbeitsmarktpolitische Impulse stark gemacht. Um auf die große Bedeutung des „Regionalmanagements“ hinzuweisen und Fördermöglichkeiten vor Ort zu klären, unterstützt der DBV Informationsveranstaltungen bei verschiedenen Arbeitsämtern sowie bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit in Zusammenarbeit mit den ländlichen Diensten der Kirchen.

Stellungnahme des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes
„Stärkung der Politik für den ländlichen Raum“ vom 20. Januar 2001

Der Deutsche Bauernverband fordert, (...) der weiteren Konzentration von Wirtschaftskraft und finanziellen Ressourcen in Städten und Ballungsgebieten sowie deren Verbindungsachsen zu begegnen und damit Chancengleichheit in allen Teilen Deutschlands zu sichern. Gerade die Land- und Forstwirte sind seit jeher dem Prinzip der Nachhaltigkeit im Sinne eines Ausgleichs zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung verpflichtet. Sie erwarten deshalb, dass die Funktion des ländlichen Raumes nicht auf den Ausgleich für Umwelt- und Naturschutzdefizite der Ballungsgebiete reduziert wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Bleibeperspektiven gerade für die jüngere Generation im ländlichen Raum extrem beschnitten werden, und zwar innerhalb wie außerhalb der Land- und Forstwirtschaft.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums wird nach wie vor in hohem Maße durch die Land- und Ernährungswirtschaft mitbestimmt. Arbeitsplatzsicherung und Standortförderung im ländlichen Raum müssen deshalb unter Einbeziehung der Land- und Forstwirtschaft erfolgen. Soll die Funktion der wettbewerbsfähigen Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bei gleichzeitiger Bereitstellung von umfangreichen Leistungen im Natur- und Umweltschutz erfüllt werden, muss gerade auch die Struktur- und Regionalpolitik ihrer Verantwortung gerecht werden.

Der Deutsche Bauernverband appelliert an Bund und Länder, die Effizienz der Strukturförderung durch eine intensive Einbindung der betroffenen Menschen vor Ort zu verbessern. Das gilt auch und gerade für Konflikte in der Flächennutzung, die nur im Konsens mit den betroffenen Land- und Forstwirten gelöst werden können. Die gesellschaftspolitisch äußerst wichtigen Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz müssen vorrangig über freiwillige Vereinbarungen und nicht über staatliche Auflagen erreicht werden. Auf diese Weise wird von vornherein sichergestellt, dass nicht nur die Umweltziele durchgesetzt, sondern auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums erhalten werden.

Arbeitsmarktpolitik

Seit Anfang des Jahres 2002 wird verstärkt über die Arbeitsmarktpolitik diskutiert. Angesichts der Arbeitsmarktzahlen ist es nicht zu verstehen, warum es zwischen 630 DM und 1.500 DM kaum Arbeitsplätze gibt. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist in Deutschland der Anteil der Teilzeitjobs sehr gering. Das hat eindeutig etwas mit den steuerlichen Regelungen und mit den Sozialabgaben zu tun. Dabei ist eine „Kombilohn-Lösung“ nur ein Notpflaster.

Notwendig sind geänderte Strukturen, so dass Niedriglöhne generell geringer mit Abgaben belastet werden.

Gemeinschaftsaufgaben „Agrarstruktur und Küstenschutz“, „Regionale Wirtschaftsförderung“

Die Gemeinschaftsaufgaben stehen auf Bundesebene in der kritischen Diskussion. Es droht, dass diese im Rahmen der Diskussion um die Neuordnung der Länderfinanzbeziehungen unter die Räder kommen, weil die Puristen in der Finanzpolitik sagen: „Das ist ja Regionalförderung, das soll vor Ort gemacht werden. Es ist kritisch zu sehen, Bundesgelder in eine Regionalförderung zu geben“. Im Rahmen der Theorie der Subsidiarität mag sich das wunderbar herleiten lassen. Vor dieser Entwicklung hat der DBV aber eine erhebliche Sorge. Wenn das Budget der Gemeinschaftsaufgaben wegfällt, dann wird es dafür in den Haushalten der Länder keinen Ersatz geben. Diese Mittel werden dann nicht wieder für den ländlichen Raum mobilisiert werden können – unabhängig davon, ob man der Meinung ist, dass einzelne Maßnahmen verändert werden müssen. Die Mittel würden wegfallen, würden eingespart werden oder für andere Dinge verwendet werden, die nicht vorrangig dem ländlichen Raum dienen, einfach weil der ländliche Raum nicht die Lobby hat, Finanzen in diesem Rahmen zu mobilisieren.

Zur aktuellen Agrarpolitik

Abschließend einige Anmerkungen zur aktuellen agrarpolitischen Haltung des Bauernverbandes in aller Kürze: Der DBV unterstützt die Politik von Bundesministerin Renate Künast, soweit es wirklich um sachlich begründete Lebensmittelsicherheit geht, zum Beispiel ein neues, unabhängiges Verbraucherinstitut. Was der DBV aber als sehr bedrohlich ansieht ist, ein Politikansatz, der die Landwirte am Markt völlig allein lässt und nur noch auf Öffentlichkeitswirkung angelegt ist. Die Wettbewerbslage der Landwirte, die nicht in allen Dingen zum Besten steht, wird völlig außer Acht gelassen. Es werden Standards gesetzt, die auch die Landwirte gern einführen würden, aber die sie mittel- und langfristig aus dem Markt drängen würden, weil der Handel nun mal europaweit einkauft. Das sind die Grenzen der neuen Agrarpolitik. Daher wiederholen wir unsere Erwartung an die Politik, europaweit zu wirklich einheitlichen Standardsetzungen zu kommen und hausgemachte Wettbewerbsnachteile abzubauen.

3.2 Wie funktioniert LEADER+ ? (Jan Swoboda)³⁷

Die Rahmenbedingungen

LEADER+ (LEADER „plus“) ist die Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union zur "Entwicklung des ländlichen Raumes". LEADER steht für "Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale" oder „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft". Die partnerschaftliche Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure einer Region ist hier zur zentralen Strategie ländlicher Regionalentwicklung geworden. Über diese Gemeinschaftsinitiative können bis zum Jahr 2006 (Planungen) und 2008 (Umsetzung) gebietsbezogene Entwicklungsstrategien umgesetzt werden.

Dazu müssen sich die Gebiete bzw. Regionen, nach umfangreichen Programmentwürfen der Bundesländer qualifizieren. In LEADER heißt die Organisationsstruktur, die diese Aufgabe im jeweiligen Gebiet koordinieren soll, „Lokale Aktionsgruppe“(LAG). Der wichtigste Punkt für die Qualifikation einer LAG ist ein gebietsbezogenes, integriertes und vernetztes Entwicklungskonzept. Dieses häufig auf Kreisebene oder darüber hinausgehende Konzept soll helfen den Entwicklungsprozess zu steuern. In diesem "regionalen Zukunftsentwurf" werden konkrete Leitbilder und Ziele für das betreffende Gebiet formuliert, für den Weg dorthin Projekte und Aktionen formuliert, Entwicklungsvorhaben gebündelt Eine Querschnittsaufgabe die vor dem Hintergrund knapper Mittel in den Regionen von keiner "klassischen" Einrichtung wahrgenommen wird.

Thematisch gibt es in LEADER+ vier breit angelegte Schwerpunktthemen:

- Einsatz neuen Know-hows und neuer Technologien, um die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Erzeugnisse und Dienstleistungen zu verbessern
- Verbesserung der Lebensqualität
- Aufwertung lokaler Erzeugnisse, Erleichterung des Marktzugangs vor allem für Kleinbetriebe
- Inwertsetzung des natürlichen und kulturellen Potentials

Die Entwicklungskonzepte und -strategien der LAGs konzentrieren sich auf ein bis zwei Themenfelder, die für das jeweilige Gebiet "passen".

Ein Ziel der EU ist es aus der Vielzahl der Aktivitäten modellhafte Ansätze herauszufiltern, die – wie bei anderen EU-Initiativen auch – in die mainstream-Förderungen aufgenommen werden

³⁷ Dr. Jan Swoboda, Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Überarbeiteter Beitrag, gehalten in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002. Kontakte: Adickesallee 40, 60322 Frankfurt. Tel.: 0 69/15 64-9 56, Fax: 0 69/15 64-7 87. Web: <http://www.leaderplus.de> , E-Mail: leader2@internet.de .

können. Dabei geht es nicht nur um konkrete Projektumsetzung, sondern auch um Vernetzung und eine fachübergreifende Gesprächskultur.

Der Entwicklungsansatz

Die grundlegenden Ideen – und Anforderungen – von LEADER sind:

- dass jede Region ihre Spezifika hat, die es als Chance für ein eigenständiges Profil und eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Region zu entdecken und mit entsprechenden Projekten zu unterstützen gilt (territorialer Ansatz),
- dass das Aufgreifen solcher Chancen eine breite Bürgerbeteiligung mit demokratischen Spielregeln voraussetzt, also neue Organisationsstrukturen im ländlichen Raum entstehen müssen und eigeninitiatives Handeln gefördert wird (bottom-up),
- dass die Diversifizierung der lokalen Wirtschaft, der gesellschaftliche Austausch durch engere Beziehungen zwischen den Regionen und sektorübergreifende Kooperationen gefördert werden (integrierter Ansatz),
- dass gut in die Strategie eingebundene, neuartige Projekte helfen, den Entwicklungsrückstand einer Region zu verringern, auf diesem Weg Marktnischen gefunden und privates Kapital mobilisiert werden kann (Regionales Entwicklungskonzept),
- dass die Vernetzung der Akteure und auch die gebietsüberschreitenden Kooperationen den beteiligten Gruppen Kontakte ermöglichen, die helfen, von modellhaften Projekten anderer Regionen zu lernen. Bei der Anpassung der Projekte an die Spezifika vor Ort entsteht ein intensiver Austausch zwischen „Geber“ und „Nehmer“.

LEADER verfolgt also einen Regionalentwicklungsansatz mit intensiver Zusammenführung der Akteure und ihrer Aktivitäten um den komplexen Problemen der Gebiete mit ebenso komplexen Strategien begegnen zu können. Die Träger dieses Prozesses sind die LAGs der jeweiligen Region.

Wie wird LEADER+ in den Regionen umgesetzt?

Hier stellt sich die Frage: Wie funktioniert eine LAG im „LEADER-Sinn“ und was sind die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Arbeit? Es muss klar sein, dass Lokale Aktionsgruppen sich nicht von selbst ergeben. Sie müssen entwickelt und gestaltet, mögliche Handlungswege erarbeitet werden.. Und das mit breiter Beteiligung und z.T. mit Partnern, die bisher nicht oder nur ungern miteinander reden.

Die Gruppen sollen sich aus einer für das jeweilige Gebiet repräsentativen und ausgewogenen Mischung lokaler Partner zusammensetzen, wobei auf der Entscheidungsebene mindestens

50 % der Vertreter von den lokalen Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie den Verbänden gestellt werden müssen – also nicht aus der Verwaltung kommen. Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass:

- die Einbindung dieser unterschiedlichen Akteursgruppen nicht über Zwang, sondern nur auf freiwilliger Basis stattfindet, da keine institutionelle Macht- oder Anordnungsmöglichkeiten bestehen,
- die Akteure aus unterschiedlichen Bereichen – z.B. Fachplanung, Kommunen, private Träger, Wirtschaft, Vereine oder Bürgerschaft – kommen und daher aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen und Interessen Koordinierungsbedarf besteht,
- die Mitarbeit durch Anreize geschaffen wird, wie z.B. die Aussicht auf Fördermittel und damit erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten für die Region, das Sich-Kennenlernen in der LAG, die Möglichkeit Dinge anzustoßen und Einfluss auf Prozesse nehmen zu können.

Die Anreize sind also direkt mit Zielen, Aufgaben und Wirkungen des Regionalmanagements verbunden. Die Merkmale sind einem Interessenverband ähnlich.

Die LAGs können auf kommunaler oder Kreisebene, meist organisiert als Verein oder privatrechtliche Gesellschaften, angesiedelt sein. Vor Ort sind die Akteure direkt mit den Wirkungen der Projekte in Kontakt. Hier kann auch entschieden werden, welche Schritte für die zukünftige Entwicklung nötig sind. An diesem Punkt setzt die Lokale Aktionsgruppe an, bringt neue Impulse in die eingefahrenen Handlungs- und Entscheidungsstrukturen.

Was braucht es aber zum Aufbau und zum „Betrieb“ einer solchen LEADER-typischen LAG?.

Die Organisationsstruktur einer LAG ist häufig in ein Entscheidungsgremium, den Vorstand und thematisch ausgerichtete Arbeitsgruppen, die auch Projektideen entwickeln, aufgeteilt. In den Arbeitskreisen diskutieren die Akteure der unterschiedlichen Einrichtungen und Gesellschaftsbereiche über Konzepte und mögliche Projektvorschläge und bringen dabei unterschiedliche Interessen ein. Die LAG bietet damit gleichzeitig die Plattform für sektorübergreifendes Arbeiten auch der beteiligten öffentlichen Einrichtungen. Die Arbeitskreise bündeln aber auch unterschiedliche Wissensbestände und Fähigkeiten der Akteure. Dieser Pool von Wissen stärkt die Handlungsmöglichkeiten der LAGs. Hemmnisse der regionalen Entwicklung können so gezielt thematisiert und angegangen werden. Diese interdisziplinäre Koordinierungsarbeit in der Region hat in vielen Fällen bewusst gemacht, wie durch branchenübergreifende Aktivitäten die Beschäftigung gesichert oder neue Arbeitsfelder eröffnet werden können..

Für die professionelle Koordination der Arbeit werden in LEADER+ vermehrt LEADER-Geschäftsstellen eingerichtet die von einem LAG-Manager geführt werden. Der LAG-Manager arbeitet dem Vorstand zu, bereitet Projektentscheidungen vor, hält Kontakt zu den Arbeitskreisen und bindet Partner ein. Hier erhalten Interessenten Informationen oder eine erste Förderberatung und der Kontakt zu den potentiellen Projektantragstellern wird aufgebaut. Das hilft die Erfolgchancen besser abzuschätzen. Angestoßene Projekte werden begleitet, und im Notfall korrigierend eingegriffen. Der LAG-Manager hilft damit auch Menschen in Arbeit zu bringen – und dies zu einem Großteil in die Selbstständigkeit mit entsprechenden Folgewirkungen. Diese im Tätigkeitsbereich einer komplexen LAG-Struktur zu leistenden Querschnitts-Aufgaben sind wertvoll und müssen bezahlt werden. Hier ist auf Kreisebene oder auch kommunal zu entscheiden, ob z.B. der neue Straßenbelag noch ein paar Jahre warten kann und die Mittel besser anders eingesetzt werden.

LEADER-Gruppen sind komplexe Organisationen, die im ländlichen Raum in teils traditionelle, etablierte politische Strukturen und Denkmuster eingebettet sind. Dazu bewegt sich LEADER außerhalb des konventionellen Förderschemas. Wenn Regionalentwicklung greifen soll, darf sich gerade deshalb die Politik gegenüber dem Verlauf und den Ergebnissen der LAG-Arbeit nicht bedeckt halten. Sonst wird die Ernsthaftigkeit des Vorhabens von den beteiligten Akteuren bezweifelt. Hier ist Interesse und Unterstützung mit punktueller persönlicher Beteiligung von Seiten der Politik gefragt. Um erfolgreich arbeiten zu können, muss dies von den Akteuren vor Ort angeregt und eingefordert werden.

Wozu Vernetzung?

LEADER setzt auf Erfahrungsaustausch und Kooperation. Als bundesweit tätige Einrichtung ist dafür seit Mitte 1997 die Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II (DVS) aktiv. Vorrangiges Ziel der Netzwerkkooperation ist es, die auf regionaler Ebene angewandten neuartigen Entwicklungsansätze und erfolgreichen Projektideen überregional bekannt zu machen, Kontakte für LAG-Manager, Akteure und Projektträger zu schaffen und durch Know-How-Transfer die fachliche und organisatorische Arbeit in den Gruppen und Arbeitskreisen zu unterstützen. Hierzu werden Seminare, Workshops, Schulungen und Beratungen angeboten. Eine Website, die Zeitschrift *LEADERforum* und das EU-Info informieren über aktuelle Entwicklungen.

Zukünftig wird der Kontakt zu den regionalen Koordinationsbüros von INTERREG III sowie zu den Entwicklungspartnerschaften von EQUAL verstärkt, und auch die Beratung von LAG-

Managern und Projektträgern intensiviert. Insgesamt orientiert sich unsere Arbeit an den einzelnen Phasen im LEADER-Prozess, wobei wir die unterschiedlichen Bedürfnisse „neuer und alter“ LAGs berücksichtigen und themenbezogen „alte“ Gruppen mit neuen Akteuren aus LEADER+ zusammenbringen wollen.

Durch die Mitarbeit am Netzwerk können die LEADER-Gruppen

- Informationen über Projekte, Dienstleistungen und Angebote anderer Gruppen erhalten,
- durch persönlichen Kontakt Kooperationen bilden und dadurch bestehende Strukturen nutzen und das eigene Angebot diversifizieren,
- die regionale Handlungskompetenz steigern,
- Zeit sparen und Fehler beim Organisationsaufbau, der Projektentwicklung und -abwicklung vermeiden,
- neue Tätigkeitsfelder und Entwicklungsschwerpunkte aufbauen.

Zusammen mit den nationalen Vernetzungsstellen der übrigen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Beobachtungsstelle LEADER mit Sitz in Brüssel ist die DVS Teil des europäischen Netzes für ländliche Entwicklung. Die Aktionsgruppen sind damit europaweit mit etwa 1000 anderen ländlichen Regionen vernetzt und in gemeinsame Aktivitäten eingebunden. Impulse und Innovationen können so auch von der europäischen Ebene in die Region transferiert und dort nutzbar gemacht werden. Stärker als bisher sollen in LEADER+ die nationalen Vernetzungsstellen die LEADER-Gruppen bei transnationalen Kooperationsvorhaben unterstützen, zum Beispiel durch Partnerbörsen oder durch Seminare und Workshops mit verschiedenen EU-Partnern.

Wie kann ich mitmachen?

Die Förderung durch LEADER+ ist flächenhaft möglich. Die Bundesländer können allerdings Fördergebiete abgrenzen und damit Schwerpunkte setzen – das jeweilige LEADER-Landesprogramm ist entscheidend. Außerdem gibt es Grenzen bezüglich der Einwohnerdichte (100 Einwohner pro km²) und der maximalen Einwohnerzahl innerhalb der Region, die von einer Lokalen Aktionsgruppe betreut werden soll (bis 120 Tausend Einwohner).

Der Aufwand, die Akteure zu einer Lokalen Aktionsgruppe zusammenzuführen und das Regionale Entwicklungskonzept zu erarbeiten, ist hoch. In den meisten Bundesländern sind die Landesprogramme für LEADER+ Ende Dezember vergangenen Jahres bzw. Beginn diese Jahres genehmigt worden und die Fristen für die Bewerbung und Auswahl der Gruppen sind knapp. Innerhalb weniger Monate sind die nötigen Arbeiten in der Regel nicht zu leisten. Deshalb wurden die Vorbereitungen in den meisten Regionen bereits im Vorfeld vorangetrieben. In einigen Ländern wie z.B. Bayern und Brandenburg wird es ein zweites Auswahlverfahren mit einer verlängerten Bewerbungsfrist geben.

Aber es muss ja nicht immer gleich eine selbst aufgebaute LAG sein. Falls sich das eigene Wirkungsgebiet zumindest zum Teil im Aktionsgebiet einer bestehenden LAG befindet, gibt es auch die Möglichkeit, sich dort zu engagieren. Dort kann man in Arbeitskreisen mitwirken, Anträge für Projekte die in das Regionale Entwicklungskonzept passen stellen, oder Kooperationen mit laufenden Projekten eingehen. Auch dies ist ein Weg zur Gesamtentwicklung der Region beizutragen.

Informationen zum Programm und den Auswahlkriterien für die Gruppen gibt es bei den zuständigen Ansprechpartner in den Ländern, meist bei den Landwirtschaftsministerien. Eine Liste der Ansprechpartner finden Sie unter www.leaderplus.de/laender.

Sobald die Gruppen benannt sind, ist dort auch zu erfahren, ob und welche Gebiete im jeweiligen Bundesland von einer LAG betreut werden. Damit wäre der erste Schritt getan. Alles weitere kann direkt mit der LAG geklärt werden.

3.3 „Gemeinsam nutzen, lokal gestalten“: Beschäftigungspotenziale von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen (Marion Piek)³⁸

Die ländlichen Gebiete Brandenburgs sind durch geringe wirtschaftliche Impulse, dünne Besiedlung, hohe Arbeitslosigkeit und soziale Segregation durch Abwanderung vor allem junger Menschen gekennzeichnet.

Ein Forschungsverbund untersucht, ob Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen (GNE) dazu beitragen können, in diesen Regionen eine nachhaltige, lokale Ökonomie zu befördern.

Was verstehen wir unter Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen (GNE) ?

GNE sind öffentlich bekannte, zugängliche und aufnahmebereite Einrichtungen,
 > die von einer Gruppe getragen werden, welche gemeinsame Ziele oder Interessen verbindet,
 > in denen Produkte und Dienstleistungen von mehreren Menschen genutzt werden können,
 > deren finanzielle Überschüsse dem Erhalt der GNE dienen bzw. gemeinwohlorientiert verwendet werden,
 > die lokal verankert sind und
 > die Betätigung für Menschen vor Ort bieten.
 Sie sollten ökologisch, ökonomisch, sozial und kulturell zukunftsfähig sein. GNE können Maschinenringe, Tauschbörsen oder Dorfgemeinschaftshäuser sein, aber auch jeder Verein, jede Genossenschaft, auch nicht eingetragene Organisationen, die diese Kriterien erfüllen.

Die allgemeine Fragestellung ist:

³⁸ Marion Piek, Projektkoordinatorin im Forschungsverbund. Informationsbeitrag, vorgestellt in dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar 2002 (siehe Abschnitt 1.1 und Fußnote 2). Kontakte: Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) GmbH, Wetzlarer Str. 54, 14482 Potsdam. Tel. 0331 6002 – 208, Fax: - 400. E-mail: gne@lasa-brandenburg.de,

Können Einrichtungen, die von den BürgerInnen gemeinsam genutzt werden, eine nachhaltige Entwicklung in ländlichen Gebieten Brandenburgs fördern? Haben gemeinschaftliche Nutzungen von infrastrukturellen, handwerklichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen ökologische Effekte? Oder versprechen sie gar Beschäftigungsmöglichkeiten? Wie sieht die Akzeptanz bei den BürgerInnen aus?

Diese Fragen untersucht der Forschungsverbund ‘Gemeinschaftsnutzungsstrategien als Faktor für Stabilisierung und nachhaltige Entwicklung in ländlichen Räumen Brandenburgs’. Die Partner im Verbund sind die LASA Brandenburg GmbH, die Technische Universität Berlin (TU), das Technologie-Netzwerk Berlin e. V. (TechNet) und nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung.

Der Verbund wird über das Programm ‘Nachhaltiges Wirtschaften: Möglichkeiten und Grenzen von neuen Nutzungsstrategien’ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

Die Partner untersuchen die GNE auf folgende Fragen:

- Beschäftigungspotenziale (LASA)
- Bildungsbedarfe (TechNet)
- soziokulturelle Rahmenbedingungen und Akzeptanz (TU Berlin)
- ökologische Effekte (TU Berlin)
- Kommunikations- und Kooperationsprozesse (nexus)

Womit befasst sich das Teilprojekt der LASA, die Beschäftigungsforschung?

Die Beschäftigungspotenziale von GNE sind nicht systematisch erfasst. Wir wollen alle in diesen Einrichtungen auftretenden Arbeitsformen – unbezahlte Eigenarbeit, Erwerbsarbeit, ehrenamtliches Engagement, Teilzeitmodelle usw. – ermitteln und untersuchen. Ziel ist es, übertragbare Arbeits-, Finanzierungs- und Rechtsmodelle zu entwickeln.

Das Teilprojekt Beschäftigungsforschung bei der LASA Brandenburg GmbH richtet seinen Fokus auf *die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspotentiale und -effekte von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen* in strukturschwachen ländlichen Gebieten Brandenburgs. Von besonderem Interesse sind dabei die in den Einrichtungen anzutreffenden *Arbeitsformen und -modelle*.

Dem liegt die Annahme zugrunde, dass diese Einrichtungen Nährboden für verschiedene Arbeitsformen und -modelle im gesamten Spektrum von unbezahlter bis bezahlter Arbeit bieten, also von Eigenarbeit über das Ehrenamt bis zur Erwerbsarbeit ebenso wie Mischarbeitsformen oder Teilzeitmodelle.

Neben der Frage, in wie weit die Einrichtungen diese Erwartung tatsächlich erfüllen, ist es von besonderem Interesse, die Chancen zur Schaffung übertragbarer, existenzsichernder und zukunftsfähiger Arbeitsformen sowohl für AnbieterInnen wie auch für NutzerInnen zu untersuchen. Um daraus Beschäftigungspotentiale ableiten zu können, sind sowohl auf die Einrichtungen als auch die Arbeitsformen bezogen, ergänzend u.a. folgende Fragestellungen relevant:

- Welche Akzeptanz haben die verschiedenen Arbeits- und Nutzungsformen?
- Wie lässt sie sich ggf. steigern und welche Unterstützungssysteme sind dafür erforderlich?
- Welche Rahmenbedingungen (lokal bis überregional, rechtlich, ökonomisch, sozial, kulturell, Vernetzung) wirken dabei hemmend oder fördernd?

Das Vorgehen ist in drei Phasen strukturiert:

- Phase 1 beinhaltet die Erfassung von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen sowie die Sichtung von Defiziten und Hindernissen, Kooperationen, Kontaktsträngen zur lokalen und regionalen Öffentlichkeit.
- In Phase 2 sollen an einer reduzierten Zahl von ca. zehn Referenzprojekten Beschäftigungspotentiale und -effekte sowie Rahmenbedingungen für den Erhalt von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen untersucht werden.
- In Phase 3 sollen die Ergebnisse und Erfahrungen an ausgewählten Modellprojekten gemeinsam mit den Akteuren überprüft und ausgewertet werden.

Im Ergebnis dieser Untersuchungen und der daraus abgeleiteten Einschätzung der Beschäftigungspotentiale und -effekte von Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen sollen übertragbare Arbeits-, Finanzierungs- und Rechtsmodelle entwickelt werden als Grundlage für handlungsorientierte Empfehlungen für Politik und Verwaltung zur Gestaltung fördernder Rahmenbedingungen. Außerdem soll eine Handlungshilfe für die Akteure vor Ort erarbeitet werden.

4. Chancen für die Vermehrung von Arbeitsplätzen in einer multisektoralen ländlichen Wirtschaft (Kurt Krambach)

4.1 Aufwertung der Vorzüge und strukturellen Besonderheiten des ländlichen Raumes

Aus den positiven Erfahrungen der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum lässt sich die generelle Erkenntnis ableiten bzw. vertiefen, dass solche strukturellen Besonderheiten wie die spezifische Naturbeschaffenheit des ländlichen Raumes, seine dezentrale Siedlungsstruktur und die damit verbundene zahlreiche Existenz relativ kleiner, zumeist dörflicher Siedlungen im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes *spezifische Vorzüge und Entwicklungspotenziale* darstellen können. Vorstellungen, wonach Dörfer als räumlich-soziale Existenzformen wegen des Rückgangs der Landwirtschaft ihre Bedeutung verlieren würden, können heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Im Gegenteil; die praktischen Erfahrungen weisen darauf hin, dass Dörfer unter heutigen und künftigen Bedingungen besonders günstige Potenziale für die nachhaltige Entwicklung besitzen, vorausgesetzt, es gelingt, diese Potenziale wirklich zu nutzen. Abgesehen von dem hohen Stellenwert, den die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in dieser Hinsicht erlangen können, gehört dazu ein Umsteuern zu einer aktiven Wirtschafts-, Infrastruktur- und Bevölkerungspolitik zugunsten des ländlichen Raumes und der dörflichen Strukturen. Allerdings gehört dazu auch eine Abkehr von Vorstellungen, als sei so genannte „nachholende Modernisierung“ mittels *Urbanisierung* ein tragbares Konzept für die ländliche Entwicklung.

Der ländliche Raum nimmt in der Bundesrepublik Deutschland ca. 85% der gesamten Fläche ein. Eine seiner wesentlichen Besonderheiten gegenüber Städten und städtischen Ballungsgebieten ist die *Dominanz von natürlichen Faktoren* – nicht versiegelter Boden, Wald und Gewässer, Pflanzen- und Tierwelt – im Verhältnis zur bebauten, versiegelten Fläche. In Städten ist das bis heute in der Regel umgekehrt: auf engem Raum durch Gebäude und gepflasterte Straßen versiegelte Fläche dominiert gegenüber natürlichen Faktoren.

Auf Grund seiner spezifischen Naturbeschaffenheit ist der ländliche Raum natürlicher Standort für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, für Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate. Unter unseren Bedingungen wird der ländliche Raum auch künftig durch Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie durch Naturschutzgebiete *bewirtschaftete* Fläche bleiben. Die Agrarwirtschaft leistet den hauptsächlichen Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung auf hohem Niveau und zum Erhalt der Kulturlandschaften. Die Standortrolle des ländlichen Raumes wird daher für die genannten, an die Fläche und den Boden gebundenen Wirtschaftsbereiche noch an Bedeutung gewinnen.

Auf Grund seiner natürlichen Beschaffenheit hat der ländliche Raum eine *übergreifende, für die ganze Gesellschaft unabdingbare Funktion* für den Erhalt der *Biosphäre* überhaupt, und diese Funktion wird maßgeblich durch die genannten Wirtschaftsbereiche realisiert. Sie bilden einerseits eine maßgebliche Grundlage für die Lebensfähigkeit eines *wirtschaftlich lebendigen* ländlichen Raumes; andererseits hängt das Funktionieren dieser Bereiche maßgeblich von der Lebensfähigkeit anderer Strukturen, insbesondere der ländlichen Infrastruktur und der Dörfer, ab.

In dieser übergreifenden *ökologischen Funktion* des ländlichen Raumes liegt daher auch eine der großen Chancen für seine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ökologisch orientierte Infrastruktur und Umwelttechnologien/neue Umweltberufe gehören zu diesen Chancen.

Hinzu kommt, dass der *ländliche Tourismus* seine besonderen Chancen durch die Nähe zur natürlichen Umwelt, die Landwirtschaft, die Naturschutzgebiete und die in dörflichen Baudenkmalen „geronnene“ Geschichte hat. Naturbeschaffenheit, Nähe zur Landwirtschaft („Urlaub auf dem Lande“, „Urlaub auf dem Bauernhof“) und dörfliche Siedlungsstruktur bieten landspezifische Möglichkeiten für Erlebnis- und Erholungstourismus. In dieser Hinsicht wird die Erholungsfunktion des ländlichen Raumes noch zunehmen; der ländliche Tourismus kann noch viele weitere Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze und kombinierten Einkommenszuwachs erschließen.

4.2 Umdenken und Umsteuern: Für eine multisektorale ländliche Wirtschaft

„Land“-Wirtschaft und „ländliche“ Wirtschaft³⁹ waren in jener Zeit, als Städte und Industrie entstanden, noch weitestgehend identisch. Landwirtschaft war, im Unterschied zu städtischem Gewerbe, *die* ländliche Wirtschaft. Dennoch gab es schon in früheren Zeiten auch dörfliche Gewerke, die nicht zur Landwirtschaft zählten, obwohl sie häufig Dienstleistende der Landwirtschaft waren: Müller, Schmiede, Küfer, usw.. Aus der Tatsache, dass historisch Landwirtschaft und Land weitgehend identisch waren, und auch aus der heutigen Gegebenheit, dass die Landwirtschaft eine zwar stark gesunkene, aber immer noch bedeutende – und überdies flächendeckende – wirtschaftliche Kraft im ländlichen Raum geblieben ist, rührt

³⁹ Der Unterschied von „Land“ und „ländlich“ wird in der deutschen Sprache leicht verwischt, zumal in manchen Zusammenhängen beides synonym verwendet werden kann. Bei einer Übersetzung z.B. ins Englische wird der hier betonte Unterschied deutlicher: Landwirtschaft würde „agriculture“ bedeuten, während „ländliche Wirtschaft“ mit rural economy zu übersetzen wäre. Ähnlich ist es bei dem deutschen Begriff „Landarbeiter“, der ausschließlich einen in der „Landwirtschaft“ tätigen Arbeiter meint; einen Arbeiter, der z.B. in einer dörflichen Schmiede

vermutlich auch die *heute noch die häufig anzutreffende, weitgehende Gleichsetzung von Landwirtschaft und ländlichem Raum*. Eine praktische Konsequenz dessen ist, dass in der offiziellen Politik der ländliche Raum mehr oder weniger als „Anhängsel“ der Landwirtschaft, Politik für den ländlichen Raum demzufolge als Teil oder Anhängsel der Agrarpolitik erscheint. In der „Agenda 2000“, der agrarpolitischen Grundorientierung der EU im Zusammenhang mit der „Osterweiterung“, wird der ländliche Raum als „zweites Standbein“ der Agrarpolitik betrachtet.⁴⁰

Vermutlich wird die Verwendung des bislang ungebräuchlichen Begriffs *„multisektorale ländliche Wirtschaft“* Verwunderung und Diskussionen hervorrufen. Seine Einführung an dieser Stelle beruht auf folgenden Überlegungen.

Der Begriff „ländliche Wirtschaft“ ist zwar gängig, wird aber bislang noch selten gebraucht. Das Anliegen, diesen Begriff auch noch mit dem Attribut „multisektoral“ zu versehen, zielt auf die deutliche Aussage, dass ländliche Wirtschaft heute mehr denn je nicht nur *aus vielen Wirtschaftssektoren* bestehend vorstellbar, sondern auch machbar und *für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes notwendig* ist. Wenn heute manchmal so genannte „*nichtlandwirtschaftliche*“ Unternehmen und Arbeitsplätze unter dem Aspekt im ländlichen Raum gefördert werden, einen „Ausgleich“ für den Rückgang der Landwirtschaft zu schaffen, so ist das zwar grundsätzlich richtig, aber nicht ausreichend.

Die Einführung des Begriffs *„multisektorale ländliche Wirtschaft“* soll ein begriffliches Instrument sein, die historisch gegebene Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum deutlich zu machen, in der viele Wirtschaftsbereiche, einschließlich der Landwirtschaft, einen bedeutenden, sogar *gleichwertigen Rang* einnehmen können.

Nicht die Agrarpolitik allein, sondern die *Wirtschaftspolitik aller Sektoren*, das heißt als Ganzes, ist für die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft zuständig oder sollte es werden.

Es erscheint, wie schon weiter oben festgestellt wurde, beim heutigen Stand der Erkenntnisse und Erfahrungen gerechtfertigt, *den ländlichen Raum der Zukunft prinzipiell als potenziellen Standort von Unternehmen und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche* zu betrachten. In diesem allgemeinen Sinn ist anzunehmen, dass es zwischen den Wirtschaftsbereichsstrukturen von Stadt und Land in der Zukunft hinsichtlich ihres multisektoralen Charakters keine wesentlichen Unterschiede geben wird – bis auf den einen, allerdings für die ländliche

arbeitet, würde man nicht als Landarbeiter bezeichnen. Im Englischen heißt der „Landarbeiter“ eindeutig: „agricultural worker“.

⁴⁰ Das mag zwar in dem Sinn richtig sein, dass ohne einen lebendigen, auch infrastrukturell entsprechend ausgestatteten ländlichen Raum und ohne lebensfähige Dörfer die Landwirtschaft schwerlich funktionieren kann; diese eher einschränkende Formulierung behindert aber m.E. eine wirklich *ganzheitliche* politische Sicht auf den

Wirtschaftsstruktur wesentlich – dass die Agrarwirtschaft ihren natürlichen Standort im ländlichen Raum hat.

Neben der Agrarwirtschaft gehört zu den künftig tragenden wirtschaftlichen Säulen des ländlichen Raumes *das produzierende und dienstleistende Gewerbe*, getragen vor allem durch die Neugründung oder Stabilisierung von KMU, aber teilweise auch von einer multifunktionalen Landwirtschaft. Es kann angenommen werden, dass auch der ländliche Raum an der wachsenden Rolle des Handwerks als Wirtschaftsfaktor und „Beschaffer“ von Arbeitsplätzen partizipiert. Neben den traditionellen Branchen werden hier vor allem die Umweltwirtschaft und die IuK-Technologien bereichernd wirken, möglicher Weise sogar als eigenständige „tragende Säulen“.

Zu den – wenn man vom realen Bedarf ausgeht – tragenden Säulen der multisektoralen ländlichen Wirtschaft gehört auch die weitere Ausgestaltung der technischen und sozialen Infrastruktur, sei es durch öffentliche oder private Unternehmen. Die Politik ist gefordert, den Rückgang von Infrastruktur im ländlichen Raum aufzuhalten und die Entwicklung der Infrastruktur dort in dem Maße zu fördern, wie es den strukturellen Besonderheiten des ländlichen Raumes – der dezentralen Siedlungsstruktur, dem Erhalt lebensfähiger Dörfer und den Erfordernissen der Überbrückung räumlichen Distanzen zur Erreichbarkeit von Existenzbedingungen – entspricht. Die technische und soziale Infrastruktur in ländlichen Regionen muss so gefördert werden, dass sie

- die Entwicklung einer multifunktionalen Landwirtschaft und die Ansiedlung von produzierendem und dienstleistendem Gewerbe (KMU) stimuliert,
- dem grundgesetzlichen Auftrag der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen gerecht wird und
- der jüngeren Generation Bleibeperspektiven im ländlichen Raum eröffnet.

4.3 Ländlicher Raum als Vorreiter von Umwelt-Initiativen

Eine der großen Stärken des ländlichen Raumes liegt darin, dass er sich als Initial- und Bewährungsfeld zahlloser ökologisch orientierter Aktivitäten erwiesen hat, die zudem ein weit reichendes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellen.

Erstens gehört dazu die ökologische Durchdringung der Landwirtschaft selbst: Diversifizierung, Multifunktionalität, Produktion hochwertiger Nahrungsgüter und nachwachsender Rohstoffe, bis hin zum ökologischen Landbau.

ländlichen Raum, die ein integriertes Zusammengehen aller für die Entwicklung des ländlichen Raumes relevanten Politikfelder befördern und nicht nur die Agrarpolitik dafür in die Pflicht nehmen würde.

Zweitens bietet der ländliche Raum dank seiner Naturbeschaffenheit und dörflichen Strukturen besonders günstige Möglichkeiten für die Entwicklung und Anwendung von Umwelttechnologien: Ökologische Bauweisen (z.B. Niedrigenergiehäuser, heimische Baustoffe wie z.B. Lehm oder Holz), Solar-, Wind- und Wasserenergie, Erdwärmenutzung, Heizungsanlagen, die mit heimischen nachwachsenden Rohstoffen gespeist werden, umweltgerechte Infrastruktur wie z.B. biologische Abwasseranlagen (Pflanzenkläranlagen), nicht versiegelte Verkehrswege, usw.. Damit entsteht im ländlichen Raum eine ausgedehnte und ausdehnbare Umweltwirtschaft.⁴¹

Drittens zeigt sich, dass gerade hinsichtlich einer *ökologisch orientierten* Wirtschaftsweise von Klein- und Mittelunternehmen der ländliche Raum vielfach eine Vorreiterrolle spielt und damit auch neue Chancen für die Schaffung von Arbeitsplätzen deutlich macht.

Dazu gehören neben dem Bereich der Umwelttechnologien z.B. auch orts- und regionstypischer, „weicher“ Tourismus; Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz; u.a.m..

Und schließlich kann es kaum als Zufall betrachtet werden, dass ökologisch-soziale Bewegungen vor allem im ländlichen Raum ihren Ausgang nahmen oder hier auch ihr Experimentierfeld fanden: Modelle nachhaltiger Dorf- und Regionalentwicklung, Ökodorf-Bewegung, TAT-Orte-Wettbewerb der Gemeinden, LebensGut Pommritz, usw..

4.4 **Potenzielle künftige „Standort“-Vorteile von Dörfern mittels IuK-Technologien**

Vorteile kleiner ländlicher Siedlungen als Standorte für wirtschaftliche Neuansiedlungen und entsprechend neue Arbeitsplätze ergeben sich künftig aus dem möglichen Zusammenspiel von drei Faktoren:

Erstens haben die Erfahrungen und Erfolgsbeispiele gezeigt, dass Existenzgründungen und andere Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen sich auf dem Lande in starkem Maße im Rahmen von *kleinen, überschaubaren sozialen Gemeinschaften* (Vereinen, Genossenschaften, GbR, usw.) vollzogen haben. Es scheint, dass die dorftypische soziale Überschaubarkeit und Dichte der sozialen Kommunikation einen günstigen Nährboden für das Entstehen solcher Gemeinschaftsformen und -aktivitäten bietet. Gemeinschaftlichkeit im ländlichen Raum besitzt offenkundig auch in Bezug auf das Thema „Schaffung von Arbeitsplätzen“ einen besonderen Stellenwert. Umgekehrt erfahren traditionelle Formen der dörflichen Gemeinschaft („Dorfgemeinschaft“) durch diese Gemeinschaftsformen eine Wiederbelebung und einen neuen Inhalt.

⁴¹ Dagmar Hänisch nennt in der TAT-Orte-Publikation „Beschäftigungspotenziale im Umweltschutz“ (difu Berlin, 2001, S. 17 f.) als Handwerksberufe von morgen u.a. Solarwerker/Windwerker, Energieanlagen-Bereitsteller und

Zweitens bieten Dörfer als Standorte im Unterschied zu Städten solche begünstigenden Standortfaktoren wie angenehme Umwelt durch Naturnähe, relativ mehr Ruhe, usw. sowie meist auch preisgünstige Ansiedlungsbedingungen (günstige Baukosten, niedrige Mieten, Möglichkeiten der staatlich geförderten Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude). All das kann unter bestimmten Bedingungen zu „weichen“, Neuansiedlung von Gewerbe fördernden Standortfaktoren werden. Zu diesen Bedingungen gehören neben der erforderlichen technischen Infrastruktur vor allem auch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien).

Drittens: Unter Experten herrscht die Meinung vor, das die IuK-Technologien weitreichende Potenziale für die Stärkung des ländlichen Raumes bieten.⁴² Allerdings gibt es auch verbreitet Skepsis ob der bislang unzureichend genutzten Möglichkeiten der Anwendung dieser Techniken und ihrer Förderung.

Die grundsätzliche Bedeutung der IuK-Technologien für den ländlichen Raum besteht darin, dass sie imstande sind, *strukturelle Nachteile* der dispersen (zersplitterten) ländlichen Siedlungsstruktur und die lokale Beschränktheit von Dörfern als (nicht-landwirtschaftlicher) Wirtschaftsstandort *aufzuheben*. Die bisherige Bedeutung räumlicher Distanzen tritt in den Hintergrund. Nicht nur das; in Verbindung mit den o.g. „weichen Standortfaktoren“ kann im Prinzip auch die entlegendste kleine Siedlung zum *vorteilhaften Standort jeglicher Art von wirtschaftlichen Aktivitäten* und Arbeitsplätzen werden.

„Die neuen IuK-Techniken eröffnen ein Dezentralisierungspotenzial. Die peripheren ländlichen Räume werden im Wettbewerb mit anderen Teilregionen dieses Potenzial nur durch den Einsatz gezielter strukturpolitischer Instrumente zu ihrem Vorteil nutzen können. Ohne den Einsatz solcher Instrumente würde die Entwicklung an den ländlichen Räumen vorbeilaufen.“⁴³

Es scheinen sich vor allem folgende Richtungen der wirtschaftlichen und Arbeitsplätze schaffenden Wirkung von IuK-Techniken im ländlichen Raum zu entwickeln.

Warter, Energiemanager, Ver- und Entsorger/Recycler, Baustoffe-Verwerter, Wasserwerker Ver- und Entsorgung.

⁴² Siehe u.a: Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre Potenziale zur Stärkung des ländlichen Raumes. Seminarbericht 2/99, Deutsche Vernetzungsstelle LEADER, a.a.O., 1999; Sixtus Bahner: Telematik: Mutige Jahre – starke Visionen.Hrsg.:ARGE Ländlicher Raum, Wien 2000; Europäisches Symposium „Innovative Informationstechnologien – eine Chance für die ländlichen Räume in Europa. Dresden, 2002 (Ergebnisse des Symposiums und Konferenzbericht siehe www.eurotirea.org und www.landentwicklung.org); siehe auch: European Telematics in Rural Areas. An Introduction to the Philosophy and Work of EuroTIRA.. Dresden 1999 (www.sachsen.de). EuroTIRA (European Groups for Telematics in Rural Areas) ist eine Vereinigung von europäischen Regionen, die bestrebt sind, ländliche und benachteiligte Gemeinden mittels der Nutzung von Telematik zu entwickeln.(website: <http://www.eurotira.org>)

⁴³ Informations- und Kommunikationstechnologien – strukturpolitische Möglichkeiten zur Förderung des ländlichen Raums ? (Dr. Ralf Bleicher, Deutscher Landkreistag, Bonn), in: Informations- und Kommunikationstechnologien und ihrer Potentiale zur Stärkung des ländlichen Raums. LEADER Seminarbericht 2/99, a.a.O., S.18.

- a) Lokale Internet-Dienste, Telehäuser und ähnliche Formen, die allen Dorfbewohnern zugängliche, angeleitete Möglichkeiten zum „Surfen“, zur Erlangung vielfältiger Information und insbesondere zur Vermittlung jeglicher „virtueller“ Dienstleistungen (Banking, Bestellsysteme, usw.) für Bürger eröffnen. Dazu zählen auch die Flexibilisierung und Vereinfachung von Verwaltungswegen, von Beziehungen zwischen Bürgern und Verwaltung.
- a) Die Verlagerung (Ausgliederung) von Arbeitsplätzen oder Betriebsteilen städtischer Unternehmen als „Telearbeitsplätze“ ins Dorf. Damit kann dort das Arbeitsplatzangebot erhöht oder bisherigen Auspendlern ein vorwiegend lokaler Arbeitsplatz geboten werden. Das ist zwar für potenzielle Erwerbstätige oder ehemalige Auspendler von großem Vorteil; in der Regel wird es wohl nur Wirklichkeit werden, wenn auch die jeweiligen Unternehmen daraus Vorteile gewinnen können.
- b) Die Neuansiedlung von Klein- und Mittelunternehmen (KMU), die Vorteile des dörflichen Standorts mit der telematisch vermittelten Verbindung zur „Welt“, zur Region, zu Kunden bzw. Auftraggebern an beliebigen Standorten nutzen wollen und können. Es scheint dies die künftig bedeutendste Quelle der Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sein und sollte deshalb auch besonders (durch entsprechende Infrastruktur, günstigen Zugang zu Gewerbefläche und -gebäude, steuerliche Begünstigung, usw.) gefördert werden. Das gehört in der Regel auch die öffentliche Unterstützung zur Nutzung der IuK-Technologien (z.B. durch Public-Private-Partnerships).
- c) Iuk – Zentren bzw. - Netzwerke, die in vielfältiger Form virtuelle Dienste leisten: zur Förderung der Geschäftstätigkeit von dörflichen KMU, zur Vermarktung von Agrar- und anderen Produkten einschließlich des Tourismus, als virtuelle Innovationszentren, zur Vermittlung von Managerwissen und Wettbewerbsfähigkeit, zur vielfältigen Aus- und Weiterbildung. Solche Zentren oder Netzwerke können sich mit entsprechender Förderung schließlich selbst als Klein- oder Mittelunternehmen im ländlichen Raum etablieren und damit auch selbst dauerhafte Arbeitsplätze schaffen.

4.5 Arbeiten und / oder Wohnen im Dorf ?

Die eigentliche Kernfrage der nachhaltigen Entwicklung eines „sozial“ lebendigen ländlichen Raumes und lebensfähiger ländlicher Siedlungen ist eine genügende Anzahl von Land- und Dorfbevölkerung. Zweifellos besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesem Faktor und

der relativ eigenständigen *wirtschaftlichen* Entwicklung des ländlichen Raumes einschließlich des Erhalts vorhandener und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Gefahr der Alterung der Landbevölkerung und der Entleerung ländlicher Räume ist, wie schon erwähnt, real vorhanden und – regional differenziert – vor allem in so genannten strukturschwachen ländlichen Räumen am stärksten Realität. Dabei gibt es keinen monokausalen Zusammenhang zwischen fehlenden Arbeitsplätzen und Bevölkerungsrückgang, obwohl fehlende Arbeits- oder Ausbildungsplätze eine Hauptursache für Migration sind. Ursachen für den Bevölkerungsrückgang sind neben der aktuellen Migration vor allem deren Langzeitwirkungen, die in Deformationen der demografischen Struktur und einer defizitären Bevölkerungsreproduktion zum Ausdruck kommen.⁴⁴

In unserem Zusammenhang – der Schaffung von Arbeitsplätzen – sei auf folgende Probleme verwiesen:

Erstens war bisher, wenn man die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt, der Anteil der auf dem Lande und insbesondere in den Dörfern *Wohnenden* in der Regel größer als der dort *Arbeitenden*. Das heißt, ein Teil der Land- und insbesondere der Dorfbevölkerung im erwerbsfähigen Alter pendelte (so lange dort ihr Arbeitsplatz existierte) in die Stadt. Anders gesagt, in der Stadt bzw. in städtischen Ballungsgebieten waren (zumindest früher) mehr Arbeitsplätze konzentriert als durch erwerbsfähige Stadtbewohner abgedeckt wurden; es gab wesentlich mehr Einpendler in die Stadt als Auspendler aus der Stadt.

Die verknappte Darstellung dieses Sachverhalts soll dazu dienen, folgende Aussage zu stützen: Nach bisherigen Erfahrungen – und das wird in absehbarer Zeit wohl auch so bleiben – sind Arbeitsauspendler in die Stadt ein „normales“ Element der ländlichen Sozial- und Erwerbstätigenstruktur (bzw. arbeitslos gewordene Auspendler ein Element der ländlichen Arbeitslosenstruktur). Das bedeutet zum einen, dass Auspendler nichts „Fremdes“ in der dörflichen Sozialstruktur sind, sondern eher ein Element deren Bereicherung sein können. Vor allem im Umland großer Städte nimmt gegenwärtig die Anzahl von aus der Stadt Weggezogenen zu, die ländlich wohnen wollen, aber weiter in der Stadt arbeiten, also von ihrem ländlichen Wohnort zur Arbeit auspendeln.

Zum anderen bedeutet das, dass es unter den gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen ein utopisches Ziel wäre, für alle Erwerbsfähigen, die im Dorf wohnen, dort auch Arbeitsplätze sichern zu wollen.

⁴⁴ Siehe hierzu u.a. im Anhang: Wolfgang Weiß: Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte.

Zweitens ist es im Hinblick auf die Beseitigung bzw. Verringerung von Arbeitslosigkeit auf dem Lande vordringlich, dass *so viele Arbeitslose wie möglich wieder einen Arbeitsplatz* finden, egal ob vor Ort oder als Arbeitsauspendler.

Für die soziale Stabilität ländlicher Siedlungen ist es deshalb notwendig und günstig, *so viel wie möglich lokale oder günstig erreichbare Arbeitsplätze* zu haben. Zum einen ist das wichtig hinsichtlich der lokalen Wertschöpfung und deren sozialer Konsequenzen. Zum anderen befördert das die Sesshaftigkeit und demografische Reproduktion vor Ort, verringert also potenzielle Migration (Abwanderung). Bildungs- und Arbeitspendler, insbesondere jüngere Arbeitskräfte vor der Familiengründung und qualifiziertere Arbeitskräfte, neigen deutlich stärker zur Abwanderung als Erwerbstätige mit lokalen Arbeitsplätzen.⁵⁷

Nach bisherigen Erkenntnissen wird es kaum möglich oder auch notwendig sein, für alle Landbewohner im arbeitsfähigen Alter Arbeitsplätze vor Ort oder in der näheren Umgebung zu haben. Arbeitspendler vom Lande in die Stadt werden, wie bereits gesagt, eine notwendige und – soweit absehbar – dauerhafte Erscheinung in der städtischen Erwerbstätigenstruktur als auch zugleich in der ländlichen Wohnbevölkerung bleiben. Allerdings sind durch die Informations- und Kommunikationstechnologien auch in dieser Hinsicht historisch neue Bedingungen für die Relativierung der räumlichen Distanz zwischen Stadt und Land entstanden. Damit kann sich potenziell der Anteil von Auspendlern im ländlichen Raum verringern, während möglicherweise partiell der Anteil von Einpendlern aus der Stadt in der ländlichen Erwerbstätigenstruktur zunehmen kann. Das o.g. Beispiel Lohmen zeigt, wie sich unter Nutzung der ländlichen Potenziale, z.B. auch für Standorte von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, im künftigen „Gesundheitsdorf Lohmen“ mehr Einpendler als Auspendler vorhanden sind – heute noch Ausnahme, später vielleicht Normalität ?

Drittens. Im Zuge der kommunalen Gebietsreformen sind große Landkreise entstanden, die manchmal auch größere „kreisangehörige“ Städte umfassen; Gemeindezusammenschlüsse haben vielfach zu Großgemeinden geführt, die mehrere Dörfer umfassen (die nun unsinniger Weise „Ortsteile“ genannt werden). Abgesehen von der generellen sozialen und demokratischen Fragwürdigkeit solcher Konzentrationen, entsteht nun die reale Gefahr, dass ihnen auch Prozesse der Konzentration von Wirtschaftspotenzial und Infrastruktur folgen. Deshalb sei hier betont, dass es für die wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes nicht gleichgültig ist, wo in diesem Raum Ansiedlung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen erfolgt. Da die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes maßgeblich auf der nachhaltigen Entwicklung seiner Dörfer und einer entsprechenden dörflichen Bevölkerungszahl basiert, ist es notwendig, *alle Möglichkeiten dezentraler, die*

dörflichen Siedlungen einschließlich Wirtschaftsentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Viertens. Aus dem wechselseitigen Zusammenhang, der zwischen Wirtschafts-, Erwerbs-, Siedlungs- und Beschäftigungsstrukturen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes und der Dörfer besteht, leitet sich das Erfordernis eines generellen Umdenkens und Umsteuerns ab: Ohne aktive Ansiedlungspolitik für neue Unternehmen in den Dörfern und ohne eine aktive (Wieder-) Besiedlungspolitik der Dörfer – zum Beispiel durch die ganzheitliche Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, annehmbaren Arbeits- und Lebensbedingungen, Familiengründungen und anderen Faktoren des „Sesshaftwerdens von Jugendlichen im Dorf“ – kann und wird es keine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes geben.

Fünftens. Der ländliche Raum bietet – wie das Beispiel des LebensGutes Pommritz⁴⁵ und manche andere zeigen – ein günstiges praktisches Experimentierfeld für die „Flexibilisierung der Arbeit“. In der aktuellen Diskussion über die Zukunft der Arbeit⁴⁶ finden sich unter seriösen Ideen und Vorschlägen immer wieder solche, die sich die Arbeit der Zukunft als Wechsel bzw. Verflechtung von Erwerbsarbeit im engeren Sinn und anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten – wie Versorgungsarbeit, Gemeinwesen-tragende Arbeit, Eigenarbeit, ... - vorstellen. Gerade unter dörflichen Bedingungen gedeihen solche Experimente von Gemeinschaftsformen, in denen Arbeits- und andere Lebenstätigkeiten, individuelle Erwerbsverantwortung und gemeinschaftliche Existenzsicherung zu einer neuen Lebensweise verschmelzen – Lebensformen, die meist besonders für Jugendliche attraktiv sind.

⁴⁵ Siehe Abschnitt 1.6.

⁴⁶ Exemplarisch seien zwei neuere Studien genannt: (1) Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. (insbes. Abschnitt: Zukunft der Arbeit und Nachhaltigkeit, S. 30 ff. Hrsg.: Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2001 (anzufordern über Kirsten-Runge@boeckler.de); (2) Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben. Thesen zur Zukunft der Arbeit (Ökumenisch-sozialethischer Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen). In: Evangelischer Pressedienst Nr. 19a/00. Frankfurt a.M., 2000.

ANHANG: Themenübergreifende Analysen, Erkenntnisse und Ideen⁴⁷

Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte

Von Dr. Wolfgang Weiß⁴⁸

Weder in der demographischen noch in der geographischen Literatur gibt es allgemeingültige Empfehlungen zur kommunalpolitischen Organisation, obgleich diese beiden Bereiche in der Praxis immer häufiger hinterfragt, zumindest aber – und das zuweilen recht beliebig – als Quelle für Argumente genutzt werden. Das mag z. T. an der Dominanz bevölkerungsbezogener Normen der vorzuhaltenden Infrastruktur sowie von vielen Verwaltungsaufgaben liegen, aber auch an der Komplexität räumlicher Bedingungsgefüge, in denen demographische Verhältnisse durchaus die bestimmenden Parameter sein können. Dennoch sei vorab darauf hingewiesen, dass sich in der Vielfalt räumlicher Eigenschaften sowie im Spektrum ihrer Variationen keine einzige Aussage allein aus quantitativen Angaben zur Bevölkerung ableiten lässt. Für Bewertungen sind zumindest auch elementarste Angaben zur Bevölkerungsstruktur und zur Dynamik von Veränderungen nötig. Bemerkenswert sind dabei die extremen Ausprägungen von Variablen. Sie zwingen in der Regel zu außergewöhnlichen Entscheidungen.

Diese Randbereiche von Spektren räumlicher Eigenschaften sind nicht nur von besonderem wissenschaftlichen Interesse, sondern zugleich insbesondere von der Praxis in mehrfacher Hinsicht als problematisch anerkannt. Darum soll im folgenden vorrangig auf den durch permanente Abwanderung gekennzeichneten ländlichen Raum mit besonders geringer Bevölkerungsdichte insbesondere östlich der Elbe abgestellt werden. Dieser Raum erfährt bislang in der Regel die gleiche Würdigung wie ein gewöhnlicher ländlicher Raum, dem lediglich wegen der aktuellen Fügungen des politischen und sozialen Umbruchs vor zwölf Jahren partikulär etwas mehr Sorgfalt zu widmen sei. Das er durchaus auch prinzipiell anders zu behandeln ist, vielleicht sogar andere Instrumentarien benötigt, als der „gewöhnliche“ ländliche Raum, wird spätestens dann sichtbar, wenn in anderen Regionen bewährte Maßnahmen nicht greifen oder andere Wirkungen zeitigen. In Auswertung solcher Erfahrungen wurde vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ein Modellvorhaben der Raumordnung eingeleitet, um „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ zu entwickeln (Bucher 2001, S. 7).

⁴⁷ Schriftlich eingereichte Beiträge zum Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Beschäftigungspolitik und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum“ im Januar 2002. (Siehe auch Abschnitt 1.1).

⁴⁸ Privatdozent Dr. habil. Wolfgang Weiß; Vertrauensdozent der Rosa Luxemburg Stiftung.

Eine weitere Vorbemerkung ist systemtheoretischer Natur. Zu jedem Wirtschaftssystem bildet sich ein optimales Äquivalent der politischen Organisation der Gesellschaft. In einem solch weitgehend optimalisierten Verhältnis befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene die soziale Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie. Dabei hat der Staat die Aufgabe, mit marktkonformen Mitteln Privateigentum, Privatinitiative und freien Wettbewerb zu garantieren bzw. Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen, aber auch unerwünschte Auswirkungen der Marktwirtschaft im sozialen Bereich zu korrigieren, soziale Sicherheit und Chancengleichheit des Einzelnen zu gewährleisten sowie Aufgaben zu übernehmen, die nicht oder nur eingeschränkt über den Markt umzusetzen sind bzw. die den Markt einschränken würden. Rückwirkend sichert die sich daraus ergebende Wirtschaftskraft die Funktionstüchtigkeit dieser Politik.

Die räumliche Dimension des Problems

Für uns ist die Einschränkung „gesamtstaatliche Ebene“ von Bedeutung. Aus geographischer Sicht ist sie als Maßstab aufzufassen. Regional – und auch das ist wiederum „nur“ ein Maßstab – kann es aber zu solch erheblichen Abweichungen von durchschnittlichen Bedingungen kommen, dass die Ausgewogenheit von Wirtschaft und Politik verletzt wird. Genau damit sind die Eckpunkte des Themas abgesteckt, denn in bestimmten Abwanderungsgebieten mit besonders geringer Bevölkerungsdichte, vorrangig in Ostelbien und der Altmark, besonders deutlich ausgeprägt im östlichen Mecklenburg und in Vorpommern, setzen einige der unmittelbarsten existentiellen Bedingungen die Funktionalität der sozialen Marktwirtschaft herab. Damit sind nicht die Gesetze des Marktes infrage gestellt, sondern die *Wirksamkeit des Wettbewerbes*, also jener Relation, aus der die Marktwirtschaft ihre Kraft ableitet! Die Ubiquität der Marktgesetze verbirgt, dass sie durch strukturelle Bedingungen ausgewählter Bereiche der Ökonomie und in bestimmten Regionen „ausgehebelt“ werden können – in unserem Falle durch ein relativ banales Moment: Die *Bevölkerungsdichte*. In Politik und Verwaltung ist sie fest etabliert, um diverse Entscheidungen zu objektivieren. Das funktioniert so lange, bis sich die Werte im Nebel einer nach oben oder nach unten offenen Skala verlieren. Nach unten offen ist z. B. die Skala der Bevölkerungsdichte bei der Definition von „ländlich“, wie sie z. B. in der Raumordnung erfolgt und so von fast allen anderen Bereichen der Verwaltung übernommen wird. Im allgemeinen wird der Schwellenwert 100 Ew. je km² benutzt, was für das Untersuchungsgebiet insgesamt gilt (Mecklenburg-Vorpommern: 77,8 Ew. je km², Brandenburg: 87,5 Ew. je km²; zum Vergleich Schleswig-Holstein: 175,3 Ew. je km²,

Bayern: 171,0 Ew. je km², Niedersachsen: 164,9 Ew. je km², – Stat. JB 2000, S. 46). Es gibt überall auch Regionen, in denen die Werte weit unter dem jeweiligen Durchschnitt liegen. In Mecklenburg-Vorpommern hat Nordvorpommern als durchschnittlicher Landkreis fast genau die selbe Bevölkerungsdichte, wie die Altmark: 53 Ew. je km². Allerdings existiert in den Ländern der ehemaligen Bundesrepublik außer dem von Südwestmecklenburg und der Altmark umrahmten Lüchow-Dannenberg kein Kreis, der so deutlich um oder sogar unter 50 Ew. je km² liegt, wie es ostelbisch vielfach üblich ist. Und es gibt keinen ländlichen Kreis, dessen Distanz zu echten (!) Zentren so groß ist, wie im peripheren Nordosten Deutschlands.

Marktwirtschaft ohne Wettbewerb?

Rein formal ist eine geringe Bevölkerungsdichte weder für das Funktionieren des Marktes noch für die Administration ein Problem. Im Gegenteil: Vielfach finden wir im ländlichen Raum die notwendige Ergänzung der Verdichtungen, und die Städte werden erst durch das Umland zu Zentren. Was aber, wenn sich in hinreichender Distanz keine der üblichen Verdichtungen oder Zentren befinden, wenn die Bevölkerungsdichte großflächig unter ein erträgliches Maß sinkt, bei dem der Wettbewerb, der Motor der sozialen Marktwirtschaft, noch stattfinden kann? Wie reagiert die auf die Region ausgerichtete Wirtschaft bei fehlender Tragfähigkeit? Im allgemeinen gibt es vier Reaktionen, die sowohl alternativ als auch in Kombination auftreten:

- ☞ Abwanderung zu den Märkten (und das gilt wieder zunehmend für den Arbeitsmarkt!);
 - regionale Monopolbildung der verbleibenden regional orientierten Wirtschaft;
 - Filialisierung der überregional orientierten, oft distributiven Wirtschaft;
 - Forderung nach politischer Gegensteuerung durch Subventionierung.

Im Untersuchungsraum gibt es alle vier Reaktionen. Der erste Punkt beschleunigt die strukturelle Schwächung der Region. Beispiel für diesen Prozess ist der enorme Rückzug der Dienstleistungen aus der Fläche – deutlich im Widerspruch zum allgemeinen Trend der Tertiarisierung. Der zweite Punkt betrifft neben der regional ausgerichteten mittelständischen Produktion insbesondere die produktiven Dienstleistungen. Beide wirken stark zusammen, wobei vom ersten ein beschleunigender Effekt auf den zweiten ausgeht. Der dritte Punkt kaschiert die eigentliche Strukturschwäche der Region, denn viele „Filialen“ existieren nur, um in der Region den Markt „vorsorglich“ zu besetzen. Außerdem verhindern sie oftmals die Kapitalbildung vor Ort. Der vierte Punkt ist ein Kapitel für sich und bedarf keiner weiteren Erörterung. Alle Fälle führen aber zur Beeinträchtigung des Wettbewerbs, denn die verbleibenden Strukturen orientieren sich am verbleibenden Markt, und dessen Tragfähigkeit

wird vom Kundenpotential bestimmt, das unter den Bedingungen geringer Bevölkerungsdichte zu einem der härtesten Standortfaktoren wird.⁴⁹

Wirtschaftlichkeit außerhalb des Marktes?

Die Leistungen der Öffentlichen Hand unterliegen ähnlichen Mechanismen und Maßstäben: Wenn für öffentliche Aufgaben das nötige demographische Potential fehlt, dann wird ebenfalls von Unterschreitung der Tragfähigkeit gesprochen. Allerdings hat dieser Begriff hier inhaltlich genau die entgegengesetzte Bedeutung, als im Verständnis der Marktökonomie! Er dient dazu, die Wirtschaftlichkeit öffentlicher Leistungen zu garantieren, bzw. die dafür notwendigen Ausgaben politisch zu begründen. Dafür wurden Normen mit zumeist fest definierten Schwellenwerten eingeführt. Das wohl gängigste Beispiel sind die Maßzahlen in den öffentlich stark diskutierten Schulgesetzen: Minimale Schüleranzahl je Klasse, regelhafte Parallelklassen und nach Distanz und Fahrzeit maximale Schulwege sind Eckwerte, nach denen Schulstandortentscheidungen und Einzugsbereiche optimiert werden könnten. Wird die Tragfähigkeit aber soweit unterschritten, dass der Verwaltung keine Spielräume mehr bleiben, muss politisch entschieden werden, um die Leistungen dennoch anzubieten. In der Wirtschaft hieße das: Verstoß gegen die Gesetze des Marktes. In der Politik heißt das: Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens.

Für den Ausgleich räumlicher Disparitäten hat die Politik einige Instrumente und Maßnahmen entwickelt, nicht aber für den Ausgleich von Disproportionen, d. h. von ungerechtfertigten (!) Niveauunterschieden. Das Hauptproblem ist dabei weniger die Identifikation des Problems, als die Bemessung der Schwelle, bis zu welcher die Lösung als noch gerechtfertigt gilt, ohne politisch entscheiden zu müssen. Für ländliche Räume ist die Bevölkerungsdichte ein solcher Parameter, denn er ist einsichtig und handlich. Allerdings gibt es bislang nur unzureichende Untersuchungen darüber, welcher quantitative Wert den Übergang zu jenem qualitativen Zustand markiert, bei dem die Gebiete mit geringster Bevölkerungsdichte in Politik und Verwaltung anders zu behandeln sind.

Eine Schwierigkeit enthält der Parameter selbst, denn er ist keineswegs linear: Auf die Fläche bezogene Maße sind – mathematisch ausgedrückt – Exponentialfunktionen. Ein qualitativer Umschlag in der Praxis drückt sich mathematisch im Wechsel des Steigungsmaßes aus, das bei

⁴⁹ Die Überlagerung dieses Sachverhaltes mit den in solchen Diskussionen sonst immer genannten ostdeutschen Problemen (Strukturarmut fast reiner Agrargebiete, extreme Kapitalschwäche, Fehler bei der marktwirtschaftlichen Strukturpassung etc.) soll hier bewusst ausgespart bleiben. – W.W.

komplexeren Zusammenhängen erst durch eine Differenzialgleichung ermittelt wird – eine in der Verwaltungspraxis nun nicht gerade alltägliche Methode!

Zudem existiert bisher nicht einmal ein diffuser Konsens darüber, dass es diese Gebiete, die es hier zu definieren gilt, als Kategorie überhaupt gibt – obgleich sie fast jeder Akteur in seinem Wirkungsfeld recht genau bestimmen kann!

Regionaldemographische Parameter

Die Bevölkerungsgeographie spricht diesbezüglich vom *Ländlich_{sten} Raum*, einer bisher nur akademisch benutzten Kategorie, die begrifflich noch nicht definiert ist. Sicher dürfte sein, dass die Bestimmung eines Maßes für das *Ländlich_{ste}* nicht eindimensional erfolgen darf, denn es ist eine komplexe territoriale Eigenschaft. Die Bevölkerungsdichte ist dabei zwar die wichtigste Komponente, steht aber mindestens mit folgenden Merkmalen in Beziehung:

- der Großflächigkeit der Dünnsiedelareale, was die allgemeine Distanzlast, insbesondere den Transportaufwand bei der Inanspruchnahme von Leistungen, einschließt;
- der Distanz zu konkurrierenden Leistungen, was die Wahlmöglichkeit von Alternativen der am Markt orientierten Angebote ausdrückt – quasi ein komplementäres Maß der Monopolisierung regionaler Angebote.

Für die Kommunalpolitik gibt es bei diesen Raumstrukturen noch eine spezielle Ableitung: Die konkrete Bevölkerungsstruktur ist wichtiger als die Einwohnerzahl! Im Ergebnis langanhaltender selektiver Abwanderung können tiefgreifende *demographisch-soziologische Disproportionen* entstehen, zu deren Indikatoren insbesondere in Ostelbien und der Altmark enorme Frauenverluste im demographisch aktivsten Alter sowie Qualifikationsdefizite gehören. Sie überlagern die Eigenschaft „Ländlichster Raum“ in Einheit von migrationellen Komponenten, Wirkungen und Folgen prozessual und strukturell.

Komponenten und Auswirkungen der permanent selektiven Migration ländlichster Abwanderungsgebiete

Migrationskomponente:	Wirkung:	Folgen:
altersspezifische Gewichtung	Verschiebung in der Altersstruktur	relative Überalterung
geschlechtliche Differenziertheit	Deformierung der Sexualstruktur	Frauendefizit im demographisch aktiven Alter
Qualifikationsorientiertheit	intellektuelle Selektion	Überhäufigkeit gering Qualifizierter

Dass sich die demographisch-soziologischen Disproportionen vor 1990 vorrangig auf die von der Landwirtschaft geprägten, ländlichen Gemeinden beschränkten, ist u. a. Resultat der damaligen migrationellen Protegierung der Städte, vorrangig durch den staatlichen Wohnungsbau sowie die Kontingentierung von Wohnungen über Kommunen und Betriebe. Der Beitritt zur BRD brachte neben anderen Freiheiten auch die Aufhebung dieser Beschränkungen. Prompt verloren die Zentren ihre vorherige Bevorzugung, und ihre Wanderungseffektivität glich sich sehr schnell dem umliegenden ländlichsten Raum an. Am Beispiel der größten Stadt im Nordosten, der Hansestadt Rostock, deren Einwohnerzahl vor 1989 bei rund 250 000 und deren Männerüberschuss im demographisch aktivsten Alter (20 bis unter 40 Jahre) bei 3,7 % lag, wird das besonders deutlich: Im Jahre 1996, mittlerweile auf etwa 200 000 Einwohner geschrumpft, überschritt sie den Schwellenwert von 10% Männerüberschuss (gleiche Altersgruppe). Aktuell strebt der Wert sogar gegen 15%. Diese strukturelle Verschiebung ist fast ausschließlich Resultat der überregionalen Migration und hat kaum eine Beziehung zur intensiven Stadt-Umland-Wanderung!

Aus bevölkerungsgeographischer Sicht gehören demographisch-soziologische Disproportionen zu den besten Indikatoren des Ländlichsten. Ihr Übergreifen auf die Zentren verdeutlicht vor allem die Dimensioniertheit dieser Raumkategorie. Die Frage nach der Tragfähigkeit ist dabei nicht nur konkret ökonomisch sondern auch prinzipiell zu stellen, wobei eine noch näher zu bestimmende „gesellschaftliche Tragfähigkeit“ zugrunde zu legen ist.

Restriktionen für die Demokratie?

Im Bedingungsgefüge Ländlichster Räume gehören Bevölkerungsdichte und demographische Strukturen zu den harten Faktoren. Sie sind zugleich ein guter Indikator für erhebliche Defizite der politischen Funktionsfähigkeit auf kommunaler und mittlerweile sogar auf regionaler Ebene. Diese Defizite erhalten zuweilen bereits den Charakter von Determinanten ländlichster Räume. Sie drücken sich wie folgt aus (keine Rangfolge!):

- Für die Politik in kleinen Strukturen fehlen oft die geeigneten Akteure, was im Extremfall bereits zu einigen Gemeindefusionen führte, weil es für mindestens eine der beteiligten Kommunen keinen Bürgermeister mehr gab.
- Die Anzahl der regionalen Akteure außerhalb der Politik wird „sehr übersichtlich“; die sich in der lokalen und regionalen Wirtschaft herausbildenden Monopolstrukturen reduzieren den Adressraum der Politik, womit die für unser Demokratieverständnis nötige Pluralität bei Aufträgen und Partnerschaften (z. B. Agenda 21, PPP) eingeschränkt wird.

- Die außerordentlich starke Sozialkontrolle im ländlichsten Raum kann zum Unterlaufen demokratischer Grundsätze führen (z. B. Wahrung des Wahlheimnisses).
- Demographisch-soziologische Disproportionen infolge langer selektiver Abwanderungen korrelieren mit einer latenten Verarmung der Qualifikationspotentiale und Tendenzen einer allgemeinen kulturellen Degradation, was die Demokratiefähigkeit akut gefährdet.
- Die absehbare Bevölkerungsentwicklung des „ländlichsten Raumes“ gibt keinen Anlass zur Hoffnung auf generelle Änderungen der Lage, womit die normative Tragfähigkeit (!) für Leistungen zukünftig noch stärker unterschritten wird.
- Die Wirtschaftskraft des Ländlichsten Raumes ist so gering, dass endogen keine signifikante Verbesserung der existentiellen Bedingungen zu erwarten ist, was den politischen Aktivitäten klare Grenzen setzt.

Aus Sicht der Regionaldemographie lassen sich daraus zwar keine Schlussfolgerungen zur Lösung konkreter Teilaufgaben ableiten, wohl aber Fragen stellen, deren Antworten vielleicht den Schlüssel dazu enthalten. Voran:

Welchen Wert hat der Ländlichste Raum für die Gesellschaft insgesamt, wenn er vielleicht künftig als Ganzes zu alimentieren ist? Der am 24. Juni 2001 neu ausgehandelte Länderfinanzausgleich antwortet darauf mit einer geringfügigen Erhöhung der Einwohnerbewertung für dünn besiedelte Gebiete. Ob sich damit die flächen- und distanzbezogenen Mehraufwendungen insbesondere der Kommunen im Ländlichsten Raum auffangen lassen, bleibt abzuwarten, zumal die Gelder dort ja auch erst einmal ankommen müssen!

Und worin besteht die politische Bedeutung des Ländlichsten Raumes? Hat die „politische Ebene“ in Dörfern großer Gebiete unter etwa 25 EW/km² einen besonderen Charakter? Ist der Unterschied von Politik und Verwaltung hier vielleicht besonders deutlich?

Die wichtigste Schlussfolgerung ist ohnehin nicht aus Statistiken abzuleiten, sondern nur durch die partizipierende Observation zumindest im Selbstexperiment ländlichster Lebensweise zu erfahren: Der Ländlichste Raum ist eine eigene Qualität! Seine kommunalpolitische Organisation sollte nicht nach Maßstäben von Städten und Verdichtungsgebieten erfolgen. – Diese Aussage mag manchem zu absolut klingen. Das löst sich aber schnell auf, wenn man in das Kalkül die Ebene der individuell Betroffenen in Form der geo-psychologischen Dimension einbezieht:

Die „räumliche Identität“ – eine geo-psychologische Dimension

In der aktuellen Diskussion zur Regional- und Kommunalpolitik spielt der Begriff der *Identität* eine wichtige Rolle. Er wird nicht einheitlich verwendet, sondern von verschiedenen Gruppen und Personen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Absichten und Inhalten benutzt.

Im allgemeinen wird unter Identität die Übereinstimmung einer Person oder einer Sache mit dem verstanden, als was sie sich darstellt oder als was sie bezeichnet wird. Der Begriff wird auch für psychologische Zustände und mentale Befindlichkeiten von Personen und Gruppen benutzt, wodurch er eine stark emotionale Funktion erhält. Dabei geht es aber weniger um Identität als um Identifikation.

Der räumliche Identitätsbegriff steht oft für lokale Verwurzelung, angestammte Herkunft, zumindest für einen längeren Lebensabschnitt oder aber die verbrachte Schulzeit in der Region. Auf öffentliche Personen angewendet wird eine hochgradige raumbezogene Kompetenz mit tiefem Insiderwissen unterstellt.

Der politisierte Identitätsbegriff kann hingegen auch als Argument gegen Anpassungen an äußere Impulse benutzt werden – die psychologische Basis ist die Angst vor Veränderungen. Mit dieser Identität verbindet sich oftmals auch ein Mangel an Innovationsbereitschaft sowie die Ablehnung (orts-)fremder Personen und Ideen sowie externer Initiativen.

Die emotionale Seite der räumlichen Identität und Identifikation hat eine geographische Determinante, welche insbesondere bei geringer Bevölkerungsdichte zur Geltung kommt. Es sind die „Mental-Maps“, also jene geistigen bzw. kognitiven Abbilder der Umwelt, die jeder Mensch aufbaut, um sich zu orientieren. Der Begriff „Landkarte“ ist dabei nur ein Symbol.

Mental-Maps von Menschen derselben Region können recht unterschiedlich geschnitten sein. Sie sind zunächst von jenen räumlichen Beziehungen geprägt, welche für den einzelnen besonders wichtig sind bzw. welche die einzelne Person besonders häufig realisiert: Die täglichen Wege zur Arbeit und zur Versorgung. Sie umreißen auch Räume, in welchen jene Personen zu finden sind, mit denen häufiger Kontakt besteht. Die Geographie bezeichnet diese Relationen als arbeits-, versorgungs-, sozial- und kommunikationsräumliche Beziehungen. Sie umreißen für den einzelnen den Lebens- bzw. den näheren Aktionsraum, der in ländlichen Gebieten nur selten mit dem Administrationsraum identisch ist, meistens außerhalb liegt.

Städtische und ländliche Identität

Die Aktionsräume verschiedener Personen sind nur selten deckungsgleich. Standorte und Gebiete, wo das Arbeitsplatzangebot, die Chancen zur Versorgung und die Möglichkeiten für

eine organisierte Betätigung in der Freizeit besonders vielfältig sind, sind zumeist hoch urbanisiert; es sind die Städte. Hier sind – wiederum abhängig von der Tragfähigkeit – verschiedene Einrichtungen zumeist mehrfach vorhanden. Welche Einrichtung auch frequentiert wird: Sie ist immer in derselben Stadt zu finden, d. h. der Zielorte hat immer den selben Namen, was trotz aller Differenziertheit der konkreten Ziele zu einer spezifischen Identität führt. Man wohnt, arbeitet und kauft in ein und derselben Stadt ein, hat am selben Ort seine Freunde usw., obgleich die konkreten Plätze der Aktionen oft viele Kilometer voneinander entfernt sind. Ob Spandau oder Köpenick – man bleibt in Berlin und bewegt sich nur selten aus dem städtischen Aktionsraum heraus.

Völlig anders im ländlichen Raum. Wegen der geringen Anzahl der zu versorgenden Menschen haben die jeweiligen Angebote für Arbeit, Versorgung, Bildung, Sport, Kultur usw., auch die Einrichtungen im Gesundheitswesen, in der Regel eine wesentlich größere Reichweite bzw. ein viel größeres Einzugsgebiet, als vergleichbare Einrichtungen in den Städten. Der Einzugsbereich resultiert auch hier aus der Tragfähigkeit. Eine höhere räumliche Dichte marktorientierter Einrichtungen würde schnell zum Konkurs unter den Mitbewerbern führen. Darum haben sie in ihrem Einzugsbereich quasi eine Monopolstellung. Auch eine höhere Dichte von nicht am Markt ausgerichtete Einrichtungen „rechnet“ sich nicht. Das bedeutet für Personen im ländlichen Raum, dass es dort nach ökonomischen Erwägungen keine Alternativen zu diesen Angeboten gibt. So haben verschiedene Personen bei inhaltlich gleichem Zweck räumlich bzw. örtlich zumeist immer das selbe Ziel, woraus sich eine Deckungsgleichheit in den Mental-Maps ableitet – Basis der Identität im ländlichen Raum.

Die ländliche Identität ist also anders ausgeformt als die formale Identität in der Stadt – sie ist eher uniform, weniger variant, damit aber auch sehr konkret oft auf das Wesentliche reduziert und widerspiegelt das Existenzielle im Ländlichen. Im Ländlichsten findet diese Relation ihre Steigerung durch *Defizite im Existenziellen*. Veränderungen *dieses* Rahmens greifen tief in die Ordnung lebensbestimmender Parameter aller Personen ein, was hier eine wesentlich größere Tragweite hat, als im „gewöhnlichen ländlichen“ Raum oder gar in der Stadt. Wenn in der Stadt ein Bäcker in Rente geht und aus dem Geschäft vielleicht eine andere Dienstleistungseinrichtung wird, verändern sich zwar auch die raum-zeitlichen Beziehungen der Nutzer, aber nicht grundsätzlich. Man kauft ab sofort beim nächsten Bäcker ein, und die neue Einrichtung bietet vielleicht sogar die schon lange ersehnten Leistung an. Anders auf dem Lande: Jede Veränderung kann grundsätzlich sein und die raum-zeitlichen Beziehungen aller Beteiligter identisch ändern.

Der aktuelle Verfall der ländlichen Identität im Osten Deutschlands

Der Identitätsbegriff in der politischen Diskussion hat für die Bürger ländlicher Gemeinden eine relativ geringe Bedeutung. Wichtiger sind der Arbeitsmarkt, Veränderungen im Aktionsraum, Ansprüche an Lebensqualität und Möglichkeiten ihrer Befriedigung – alles Momente, die heute zumeist aus der Gemeinde hinaus führen. Die gemeindliche Identität ist bestenfalls dort von Belang, wo es noch (sic!) kommunales Leben mit hoher Integration gibt.

Einrichtungen und Funktionen, welche vor 1990 im ländlichen Raum Identität bewirkten, hatten mit der politisch-administrativen Gemeinde nur selten zu tun. Die Gemeinde war Organ des Staates und funktionierte nicht wegen einer kommunalen Identität der Einwohner! Die vorhandene Identität erhielt allerdings durch den Gemeindennamen ihre Bezeichnung.

Die Dynamik der Veränderungen im ländlichen Raum Ostelbiens seit 1990 ist insbesondere in der alles dominierenden Produktionsstruktur zu erkennen, infolge deren Entwicklung sich vor allem die arbeitsräumlichen Beziehungen völlig neu ordneten. Vor 1990 hatten große landwirtschaftliche Betriebe die stärkste integrative Kraft, oft über die Gemeinde hinaus. Allein in Mecklenburg-Vorpommern waren in etwa 85 % der Gemeinden über 50 % der beschäftigten Wohnbevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Bereits von 1990 bis 1994 reduzierte sich ihre Anzahl von 128 273 auf 27 943, also um rund 80 %! Für über 100 000 Personen im ländlichen Raum wurde damit das noch vor kurzem tragende Identifikationsmerkmal ungültig. Das bewirkt eine enorme Aushöhlung der lokalen Identität.

Die Entwicklung in den Dienstleistungen vollzieht sich – trotz der allgemeinen Tertiarisierung – in die gleiche Richtung. Vor 1990 waren Verkaufsstellen mit dem Angebot an „Waren des täglichen Bedarfs“ die infrastrukturellen Einrichtungen mit der größte Streuung. An Orten ohne eine solche Verkaufsstelle gab es in der Regel keine andere Einrichtung der sozialen Infrastruktur. Der „Dorf-Konsum“ war aber weit mehr, als nur eine Verkaufsstelle – er war das Zentrum der lokalen Kommunikation. Den Supermärkten am Rande der größeren Städte konnte er nicht standhalten, und so fiel er auch als Medium der lokalen Identifikation weg.

An der Post lässt sich seit deren Privatisierung am besten beobachten, wie sich Einrichtungen der Dienstleistungen aus der Fläche zurückziehen. Vor 1990 hatte fast jede Gemeinde eine Postdienststelle mit vollem Sortiment; heute gibt es in vielen Gebieten mit der Fläche eines Viertels der alten Landkreise und größer nur noch Briefkästen und öffentliche Fernsprecher. Die Paketzustellung bei Abwesenheit ist schwierig, ein Paket aufzugeben fast unmöglich. Ohne die Chance, Briefmarken zu kaufen, wird in naher Zukunft auch der verbliebene Briefkasten überflüssig sein! Andere Einrichtungen gehen ähnliche Wege oder werden in Kürze folgen. Entwicklungen wie das Homebanking sowie das Ordern von Waren über das Internet befördern

diesen Prozess. Als letzte Träger der Identität sind vielfach nur noch solche Einrichtungen verblieben, die sich nicht am Markt auszurichten haben (staatlich getragene Einrichtungen, insbesondere im Bildungswesen) und – die Gemeinde!

Die psychologisch dimensionierte Gemeinde im Ländlichsten Raum

Nach dem Verlust vieler Einrichtungen und Funktionen, welche vor 1990 die Identität in den ländlichen Gemeinden bestimmten, ist von der ursprünglichen Identität im Ländlichsten Raum oft lediglich der Name geblieben, der sich für die meisten Menschen in der Anschrift wiederfindet. Damit kommt der Gemeinde hier eine Bedeutung zu, welche früher kaum eine Rolle spielte – und welche in der politischen Diskussion bisher kaum beachtet wird. Sie ist aber weit mehr, als nur eine Adresse: Die Gemeinde integriert emotional; sie schafft eine mentale Identität! In diese Identität wird – oft symbolisch – hineinprojiziert, was der Einzelne vermisst oder glaubt, verloren zu haben – und was für ihn Heimat und Geborgenheit ausmacht. Damit ist diese Identität zwar fiktiv, besitzt aber eine außerordentlich große moralische Bedeutung und zuweilen eine geradezu „religiöse Energie“.

Diese Identität hat noch eine zweite Seite, die wiederum mit den Mental-Maps zu tun hat, und sich aus ihnen als besonderer psychologischer Effekt ableitet:

Im Gegensatz zur Anonymität der Stadt vermittelt das Dorf das Gefühl der Geborgenheit in einem überschaubaren (!) sozialen Netz. Zwar kann die „Dimensionen des Überschaubaren“ individuell sehr verschieden sein, aber im ländlichen Raum umreißen sie zumeist territoriale Größen, die im wesentlichen dem Zuschnitt der alten Landgemeinden entsprechen. Sie besitzen damit in der Regel jenen räumlichen Rahmen, in dem Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkung am effektivsten organisiert werden können! Wenn hinsichtlich einer Veränderung der administrativen Strukturen von der Notwendigkeit einer besonderen Rücksicht auf die Identität der Bevölkerung gesprochen wird, dann sollte genau dieser Sachverhalt beachtet werden. Das entspräche auch dem Ergebnis von mehreren Befragungen zur ländlichen Identität: Den meisten Menschen ist es ziemlich egal, wo sich ihre Verwaltung befindet – Hauptsache sie wissen, an wen sie sich wenden müssen, wenn sie ein Problem haben, und dass diese Stelle für sie räumlich und zeitlich effektiv zugänglich ist! Auch hier findet also wiederum eine Reduktion auf das Elementare statt.

Auch hinsichtlich der aktuellen Diskussionen um Veränderungen in den politisch-administrativen Strukturen auf kommunaler Ebene ist der Ländlichste Raum damit wiederum sehr wohl anders als die üblichen ländlichen Räume zu bemessen.

Sonderfall Stadt-Umland-Gemeinden

Stadt-Umland-Bereiche (SUB) haben zumeist eine „doppelte Bevölkerung“, die autochtone („angestammte“) und die allochtone („zugezogene“) Bevölkerung. In der Regel ist das zahlenmäßige Verhältnis der Zugezogenen zu den Einheimischen umgekehrt proportional zur Entfernung vom städtischen Zentrum. Die Dynamik der Prozesse seit 1990 zeigt sich hier in speziellen Problemen, die sich auch auf die Identität der Beteiligten erstrecken.

Die Identität der autochtonen Bevölkerung ist vielfach vom Unterschied (!) zur Stadt geprägt. Jahrzehnte lang war man sich dieser Unterschiede wohl bewusst; oft waren sie sogar das dominante Merkmal der stadtnahen, dörflichen Identität. Anders die allochtone Bevölkerung: Sie kommt aus der Stadt, behält zumeist auch dort ihre Arbeit, nutzt weiterhin die städtische Infrastruktur, erfährt keine Veränderungen in den sozialen Beziehungen usw. – sie bleibt städtisch, obwohl sie jetzt auf dem Lande lebt! Sie praktiziert, was der autochtonen Bevölkerung auf den Dörfern der SUB oft noch bevorsteht: Die vollständige Orientierung auf das Zentrum – Basis einer zukunftsfähigen regionalen Identität.

Statt einer Schlussfolgerung

Der Ländlichste Raum ist eine eigenständige Raumkategorie. Bei gleichen juristischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheidet er sich vom „gewöhnlichen“ ländlichen Raum durch Parameter unterschiedlicher Kategorien: Die besonders geringe Bevölkerungsdichte ist zunächst für das wirtschaftsräumliche Bedingungsgefüge die dominierende Determinante. Sie setzt der ökonomischen Tragfähigkeit enge Grenzen. Das führt innerhalb der Region zu großen Entfernungen zwischen Standorten konkurrierender Angebote bei konsumtiven Leistungen sowie nach außen zu großen Distanzen zu innovativen Zentren und Gebieten. Die Großräumigkeit des Ländlichsten leitet sich aus der raum-zeitliche Distanz zu den Märkten ab und steht mit Defiziten an ökonomisch vertretbaren Angeboten von am Markt orientierten Leistungen im Zusammenhang.

Seitens der politischen Prozesse fehlt es im Ländlichsten Raum nicht nur an einer den räumlichen Bedingungen angemessenen effektiven Kommunalstruktur. Ob zur Sicherung öffentlicher Belange in existentiellen Randbereichen die gleichen formalen Parameter der Tragfähigkeit zu verwenden sind, die bei höherer Bevölkerungsdichte und Marktnähe gute Ergebnisse bringen, soll hier nicht in Frage gestellt werden. Die aber fast konvulsive Fixierung auf Einwohnerzahlen bei weitgehender Vernachlässigung funktionalräumlicher Beziehungen auf der Basis marktorientierter Interaktionen der Bevölkerung widerspricht der Wirtschaftlichkeit in jedem Falle. Die administrative Trennung von Zentren und ihrem organischen Umfeld ist dabei besonders tragisch, denn diese ist künstlich!

Bemerkenswert ist die geringe Anzahl qualifizierter Partner der Politik, was nicht nur den Ansprüchen an eine pluralistisch orientierte Demokratie widerspricht. Lang anhaltende selektive Abwanderungen führten vielerorts, ja bereits regional zu einer extremen Schieflage in der Alters-, der Sexual- und der Qualifikationsstruktur. Diese demographisch-soziologischen Disproportionen wurden seitens der Regionaldemographie als die besten Indikatoren des ländlichsten Raumes identifiziert. Sie stehen in enger Beziehung zu geo- und sozialpsychologischen Parametern, aus denen sich jene lokale Identität ableitet, die sich als die typisch ländliche Persistenzfreundlichkeit äußert.

Komponenten und Auswirkungen permanent selektiver Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern vor 1990

Komponenten der Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden und Kleinstädten Mecklenburg-Vorpommerns vor 1990	Demographische und soziale Strukturprobleme als Konsequenzen permanenter selektiver Abwanderung
Die Abwanderung vom Dorf war sehr stark <i>altersspezifisch determiniert</i> . Sie wurde vorrangig von Einsteigern ins Berufsleben getragen. Geringe Angebote nichtagrarer Arbeitsplätze am Heimatort erzeugten einen Migrationsdruck auf die Schulabgänger. Der Wettbewerb um attraktivste Ausbildungsplätze entsprach weitgehend den bildungspolitischen Zielen der DDR und kann durchaus als leistungsbezogene Bildungsgerechtigkeit interpretiert werden.	Überalterung: Die Bevölkerung der gesamten Region wies die günstigste Altersgliederungen in Deutschland auf, doch nur wegen der statistischen Dominanz von Stadtkreisen, Kreisstädten und einigen andere Zentren zumeist mit Sonderfunktion. Viele der übrigen Gemeinden wurden aber bereits 1987 als „demographische Krisengemeinden“ ausgewiesen, d. h. sie waren schon damals „funktional als gesellschaftlicher Organismus existenzgefährdet“ gekennzeichnet worden.
Die Abwanderung war <i>geschlechtlich differenziert</i> . Hier wirkten offenbar zwei Momente gleichzeitig. Einerseits war die Tätigkeit in der landwirtschaftlichen Primärproduktion für Mädchen wenig attraktiv, andererseits wurden ihnen in der Regel bessere schulische Abgangsleistungen bescheinigt, was die Abwanderungschance in städtische Tätigkeitsfelder erhöhte.	Deformierungen in der Sexualstruktur: In über 80% aller Gemeinden, bis 1990 als Agrargemeinden anzusprechen, bildete sich in unterschiedlicher Ausprägung in den demographisch aktivsten Altersgruppen (22 bis 35 Jahre) ein Männerüberschuß von 22 bis 33% (1987) heraus. Das soziale Problem dieser Relation ist dabei das in fast allen Lebensbereichen zu spürende Fraufendefizit .
Die Abwanderung war stark <i>qualifikationsorientiert</i> . Die schulische Abgangsleistung ist als strenger Katalysator für die soziale Platzierung anzunehmen, die in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor 1990 für lange Zeit den beruflichen Lebensweges vorherbestimmte. Das Streben nach einer guten beruflichen Position vermittelte also zwischen der in der Schule gezeigten Leistung und dem Migrationspfad. Sofern schulische Leistungen als Indikator für die intellektuelle Disposition aufgefaßt werden können, dürfte sie somit auch als ein Kriterium intellektueller Selektion angenommen werden.	Qualifikationsdefizite: Die Mehrheit der Bevölkerung im ländlichen Raum bzw. in den dominant agrarischen Gemeinden war auf Arbeiten in der industriemäßig produzierenden Landwirtschaft orientiert, in der es viele Refugien für einfachste Tätigkeiten gab. Das entsprach dem qualitativen Bedarf an Arbeit für viele der oben erwähnten „überschüssigen“ Männer, die überhäufig gering vorqualifiziert und oft sozial deklassiert waren. Sie gingen - falls überhaupt - einer Arbeit mit geringen intellektuellen Ansprüchen nach. Die nur gering Qualifizierbaren sind äußerst sesshaft und reproduktiv sowie besonders autoreproduktiv.

WEISS 1996, S. 90, angepasst.

Literatur:

- Bucher, Hans-Jörg: Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern – ein neues „Modellvorhaben der Raumordnung“. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen aus der Forschung des BBR. Nr. 4 / September 2001, S. 7
- Weiß, Wolfgang (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. - 1. Aufl. – Gotha, Perthes, 1996. - (Reihe „Perthes Länderprofile“, Geographische Strukturen, Entwicklungen, Probleme).
- Weiß, Wolfgang und Hilbig, Antje: Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Informationen zur Raumordnung, 11,12/1998, S. 793-802.

Bürgernetze statt Beihilfen: Subventionen zu Öffentlichem Leistungseinkommen weiterentwickeln.

Von Titus Bahner⁵⁰

Die derzeitige Subventionspraxis in der europäischen Landwirtschaft bringt unzumutbare Bürokratie. Über Bürgernetze als intermediäre Organisationen könnten Subventionen zu partnerschaftlich ausgehandeltem Einkommen für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft werden.

Seit dem Einstieg der EU-Agrarpolitik in produktionsunabhängige Direktzahlungen 1992 wurden die Beihilfen mit der Agenda 2000 noch einmal aufgestockt. Dabei wurde auch der Versuch gemacht, sie stärker in einen Zusammenhang mit „gesellschaftlichen Leistungen“ der Landwirtschaft zu bringen.

Nun ist es durchaus zu begrüßen, wenn der Staat durch öffentliche Unterstützung „gemeinnützige Aspekte“ der Landwirtschaft anerkennt und fördert, wie die Erhaltung von Biotopen und der Biodiversität, die Gestaltung der landschaftlichen Schönheit, die Sauberkeit des Grundwassers oder die Erhaltung einer landwirtschaftlichen Erfahrungsgrundlage für Naturerleben und Umweltpädagogik. Doch ist staatliches Geld mit staatlicher Kontrolle verbunden, und hier hat sich in der europäischen Mischung aus französischem Staatsglauben und deutscher Gründlichkeit eine Bürokratie herausgebildet, die den Bauern im Gegenzug für seine öffentliche Anerkennung als "Antragswirt" behandelt und ihn irgendwo ganz unten zwischen Bittsteller und Sozialhilfeempfänger ansiedelt.

Die Verantwortung vor Ort verankern

Muss das sein? Es muss nicht, wenn es gelänge, öffentliche Unterstützung zunehmend durch Selbstverwaltungsorgane auf regionaler Ebene im ländlichen Raum zu gewähren, die die Verantwortung für eine Landwirtschaft nach den Bedürfnissen der Bürger vor Ort übernehmen. „Bürgernetze“, bestehend aus Vertretern von Landwirtschaft, Naturschutzgruppen, interessierten Einzelbürgern *und* der öffentlichen Hand etwa in der Rechtsform eines Vereins oder einer gemeinnützigen GmbH, könnten öffentliche Mittel empfangen und an Landwirte im Rahmen eines vertraglich fundierten Vertrauensverhältnisses weiterleiten. Sie könnten als Vertragspartner kritisch-konstruktiv öffentliche Anliegen an die Landwirtschaft formulieren und, eingehend auf die individuelle Situation der Höfe, maßgeschneiderte Unterstützungsformen entwerfen.

Öffentliche finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft wird dadurch nicht überflüssig. Ihre dauerhafte Notwendigkeit ist begründet aus dem Gemeinschaftsgut-Charakter der oben angeführten „gemeinnützigen“ Leistungen, die von der Gesellschaft zunehmend gefordert werden. Prinzipiell ließen sich diese Leistungen auch „unentgeltlich“ durch einen entsprechend strengen Ordnungsrahmen in Verbindung mit Handelsbeschränkungen gewährleisten; im Kontext globalisierter Märkte müssen sie jedoch als Sonderleistungen entlohnt werden, soweit sie über den Weltmarktstandard hinausgehen.

Durch das Konzept der Bürgernetze könnte der Zustand überwunden werden, dass öffentliche Unterstützungszahlungen den Charakter hoheitlich gewährter Subventionen haben; sie könnten vielmehr nachvollziehbar als Leistungseinkommen ausgestaltet werden. Das Hindernis hierzu ist die systembedingte Kommunikationsunfähigkeit der staatlichen Verwaltung, die das Geld des Volkes nur "im Namen des Volkes" ausgeben darf und dabei strengen Kontrollen unterliegt. Eine Verwaltung muss prinzipiell entlang objektiver Kriterien und ohne Ansehen der jeweiligen Person handeln. Sie kann daher nur eingeschränkt individuelle Gestaltungen für individuelle Situationen entwickeln beziehungsweise diese Vereinbarungen neuen Erfahrungen flexibel anpassen. Zudem ist es fast unmöglich, mit dem hinter dem Rücken versteckten hoheitlichen Hammer eine kommunikatives Vertrauensverhältnis zum Landwirt aufzubauen und eine Kooperation „von Gleich zu Gleich“ zu entwickeln.

Kommunikative Netze

Das Konzept der Bürgernetze formuliert eine mittlere Ebene, die gegenüber der Landwirtschaft kommunikationsfähig ist, gegenüber der Verwaltung aber ein nötiges Maß an öffentlichem Interesse in der Mittelverwendung sicherstellt. Über diesen Ansatz könnten beispielsweise neue, langfristige Unterstützungsformen vereinbart werden, die den Landwirt unabhängiger von Legislaturperioden und dem Sparzwang der öffentlichen Haushalte machen. Eigenanteile der Bürger vor Ort, von Verbänden, Stiftungen und Sponsoren könnten mobilisiert und durch öffentliches Geld aufgestockt werden. Langfristige Unterstützung und Absicherung gemeinnütziger Leistungen der Landwirtschaft könnte durch zinsfreies öffentliches Kapital oder pachtfreien Boden geleistet werden. Als Vertragspartner eines solchen Bürgernetzes könnte der Landwirt wieder zum Unternehmer werden – auch in Dienstleistungen für die Öffentlichkeit.

All dies ist nicht neu zu erfinden, sondern in vielen Ansätzen bereits vorhanden. Elemente hierzu sind Landschaftspflegeverbände, Regionalinitiativen, Ansätze zur „kommunalen

⁵⁰Dr. Titus Bahner, Dipl.-Ing. agr., „Projektbüro Kulturlandschaft“. Bahrendorf 3, D-29456 Hitzacker.
www.lebendigesland.de/buergernetze . Literatur: Bahner, Titus (2000): Bürgernetze statt Subventionen! Die

Agrarpolitik“, das Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung oder die von der Bochumer GLS-Gemeinschaftsbank entwickelten Unterstützungsformen für einzelne Höfe. Die existierenden EU-Förderrichtlinien bieten bei entsprechender Verhandlung durchaus Spielräume für solche Unterstützung.

Neu ist, diese Bausteine zu einer systematischen Unterstützungspolitik für Landwirtschaft und ländlichen Raum zu kombinieren. Der Aufbau von Bürgernetzen kann als neuer „Typus“ einer gesellschaftlichen Unterstützung nachhaltiger Landwirtschaft gesehen werden; ein Typus, der viele bestehende Ansätze zusammenführt, weiterentwickelt und ökonomisch auf den Punkt bringt.

Das Konzept der Bürgernetze ist eine systematische Alternative zur derzeitigen Subventionspraxis. Es setzt auf die Mobilisierung lokaler Verantwortung für die Zukunft des ländlichen Raums und damit auch auf eine Weiterentwicklung des hoheitlichen Staatsverständnisses.

Rudolf Bahro – Unzeitgemäße Betrachtungen zum Thema Landwirtschaft und Arbeit Von Thomas Schubert⁵¹

Im Dezember 1989, einen Monat nach dem Fall der Mauer, überschritt jemand von Westen her die innerdeutsche Grenze, um wieder Bürger des Teiles von Deutschland zu werden, dessen baldiges Ende als Staat bereits abzusehen war.

Es handelte sich um Rudolf Bahro, der 1979 nach zweijähriger Haft, zur Ausreise gedrängt, das Land verließ, um im Westen ein neues, nicht weniger politisches Leben zu beginnen. Im Gepäck hatte er Ideen zur weiteren Entwicklung auf dem Gebiet der DDR, bzw. zu einer gesamtdeutschen Zukunft, welche nicht einer Negation alles innerhalb der DDR Gewachsenen vor dem vermeintlich überlegenen und historisch siegreichen Gesellschaftssystems gleichkommen sollte. Dabei ging es ihm nicht vordergründig darum, etwas hinüber zu retten, seien es Kindergärten, Genossenschaften oder Biographien. Er fragte vielmehr, welche Erfahrungen mit dem gescheiterten Versuch einer sozialistischen Gesellschaft für die Zukunft wichtig sein werden, für eine Zukunft, welche, nach Bahro, auch vom Scheitern bürgerlicher Demokratien und sozialer Marktwirtschaft geprägt sein wird. Wie nicht selten in seinem Leben kam Bahro auch mit diesem Engagement zu spät, um damit eine unmittelbare politische

Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft durch Regionalinitiativen. AbL-Verlag Rheda-Wiedenbrück.

⁵¹ Dozent an der VHS Potsdam im Bereich Philosophie, Geschichte und Politik; Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wirkung in seinem Sinne erzielen zu können. Bahros Ideen waren die Ideen eines Unzeitgemäßen, der sich dessen durchaus bewusst, damit auch immer mehr als nur kurzfristige Wirkung im aktuellen politischen Geschehen im Blick hatte.

Da an dieser Stelle ein durch historisches Interesse motiviertes Wort zum Thema Landwirtschaft und Arbeit gesprochen werden soll, das nicht sogleich dem Anspruch auf Praktikabilität genüge zu tun hat, sei es auch gestattet, dass ein etwas längerer Anlauf durch Bahros Gedankenwelt hin zu diesem Thema unternommen wird.

Bahro ist bekannt als Autor eines der wichtigsten Beiträge kritischer Analyse und Visionssuche zum Thema Sozialismus, der aus den Reihen der innersozialistischen Opposition in den Ländern des sogenannten Ostblocks selbst hervorging. In seinem Buch „Die Alternative“⁵² (1972-77) analysierte er die als „sozialistisch“ bezeichneten Regime als Herrschafts- und Ausbeutungssysteme, welche nicht temporär von stalinistischen Entartungen geprägt sind, sondern denen das Phänomen des Stalinismus aus einer historischen Notwendigkeit heraus inhärent ist. Er fragte nach Ursachen für den später eintretenden Terror bereits im Werk maßgeblicher sozialistischer Theoretiker. Doch vor allem beleuchtete er das sozioökonomische Umfeld und die historische Situation, in denen die russische Revolution 1917 stattfand, dahingehend, ob diese den späteren Terror als einer politischen Strategie nicht gerade provozierten. Der russische Weg stelle für ihn einen nicht kapitalistischen Weg zur Industriegesellschaft dar, unter den zum Totalitarismus einladenden Vorzeichen dessen, was Marx in den „ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ für das alte Ägypten „asiatische Produktionsweise“ nannte. Von Sozialismus konnte, nach Bahro, keine Rede sein, zumindest nicht zu Beginn, bestenfalls wurden Grundlagen einer als sozialistisch anzusehenden Gesellschaft geschaffen. Ähnlich verhielt es sich, als das sowjetische Modell unter Kriegsbedingungen nach Ost- und Mitteleuropa exportiert wurde. Exportiert und in der Folge gewaltsam durchgesetzt wurde allerdings ein Entwicklungsmodell, das dem entwickelteren politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsstand dieser Länder (im Vergleich zu den Ausgangsbedingungen Russlands) nicht entsprach. Von vornherein war den sog. Volksdemokratien der Stalinismus eingepreßt und es wurde eine eigenständige sozialistische Perspektive unmöglich gemacht.

Das gesellschaftliche Phänomen des Stalinismus umfasst nach Bahro ‚eine zunehmende Bürokratisierung des öffentlichen Lebens, wachsende Subalternität der Individuen gegenüber Herrschaft, sowie moralische und materielle Ausbeutung der Massen durch eine, an eine geheime Bruderschaft erinnernde, Herrschaftsclique, welche die gesamte Sphäre des

⁵² Die Alternative, Europäische Verlagsanstalt, Köln, 1977

Politischen zentralistisch steuert und kontrolliert, wobei sie sich de facto die Produktionsmittel angeeignet hat, welche sie mit allen Mitteln der Gewalt (nicht zuletzt gegenüber der Arbeiterklasse) zu verteidigen bereit ist.

Eine durch Bahro besonders herausgehobene Folge dessen, war ein ständiges Misstrauen gegenüber sich unabhängig und kritisch äußernden und handelnden Personen, sowie das Behindern und Niederhalten von nahezu allen – auch auf das Gemeinwohl gerichteten – politischen oder ökonomischen Initiative. Künstlich provozierte Wettbewerbs- und Masseninitiativen konnten nicht darüber hinweg täuschen, dass für die postulierte „entwickelte sozialistische Persönlichkeit“ in einem strukturell auf Subalternität der Individuen aufgebauten und hierarchisch gegliederten Herrschaftssystem auf Dauer kein Platz sein kann.

Für Bahro markierte die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 die letzte nicht genutzte Chance zu einer Reformierung des „realen Sozialismus“ von innen heraus, d.h. unter Einbeziehung und ggf. Führung der sozialistischen Parteien. In Folge diesen Verrats von vorgegebenen sozialistischen Prinzipien durch die herrschenden Kader und der massenhaft empfundenen Beleidigung des sich in den einzelnen sozialistischen Ländern tatsächlich gebildeten emanzipatorischen Bewusstseins mit sozialistischer Perspektive, blieb für Bahro nur die vollständige Beseitigung des bürokratischen Herrschaftsapparates und der ihn jeweils vorstehenden Partei.

Es stellte sich zwar auch für Bahro die Frage, ob mit dem Scheitern des von der Wurzel her stalinistischen Systems auch jede sozialistische Entwicklungsperspektive scheitern wird. Doch rechtfertigte diese Gefahr kein Nicht-Handeln, zumal in einer Gesellschaft, die ohnehin an ihren Selbstwidersprüchen zu zerbrechenden droht.

Die Gefahren des Scheiterns einer sozialistischen Perspektive lag für Bahro nicht nur in der mangelnden Ausbildung eines breiten emanzipatorischen Bewusstseins in der Gesellschaft und des damit verbundenen Reformpotentials oder im Beharrungsvermögen des Apparats. Die eigentliche Gefahr neben diesen Überbauphänomenen sah er insbesondere in der ökonomischen Entwicklungsrichtung der real sozialistischen Länder begründet.

Diese hatten sich, gemäß der Theorie vom nichtkapitalistischen Weg zur Industriegesellschaft, mit dem Systemkonkurrenten auf einen ökonomischen Wettkampf eingelassen, der nicht zu gewinnen war. Produktivitätssteigerung als Maxime bei struktureller Ressourcenknappheit, Stimulierung wachsender Bedürfnisse der Bevölkerung bei gleichzeitigem Vorrang exportorientierter Produktion usw. führten materiell zu permanenten Engpässen in der Konsumgüterproduktion und ideell zu einer wachsenden Entfremdung der Werktätigen von der Arbeit und ihren Produkten. Die Leitung des Arbeitsprozesses und die Verfügungsgewalt über

die Produkte oblag nicht den Produzenten, sondern einer Bürokratie die aus ihrer einzigen wirklichen Sorge heraus, der Sorge um das eigene Überleben, die Allgemeininteressen ihren Sonderinteressen opferte. Somit wurde nicht nur die sozialistische Weltanschauung ihres emanzipatorischen Kerns beraubt, sondern auch die wirtschaftliche Basis an den Erfordernissen des kapitalistischen Weltmarktes orientiert und somit ruiniert.

Das galt in zunehmendem Maße auch für die industriell und extrem arbeitsteilig betriebene Landwirtschaft. Die in der DDR geschaffenen Großstrukturen im Agrar-Sektor waren charakterisiert durch eine zentralistisch verwaltete Mangelwirtschaft, politische Entmündigung der Landbevölkerung und Entfremdung der Produzenten von Produktion, Produkt und den natürlichen Ressourcen wie Wald, Wasser, Boden. Hinzu trat nach Bahro die bewusste Zerstörung ländlicher Traditionen, der Mangel an schöpferischer Arbeit und die Degradierung des ländlichen Raums zum Versorger der städtischen Metropolen. Der ländliche Raum verkam im Zuge dieser Entwicklung zunehmend zum Hinterlands im sogenannten internationalen Klassenkampf und wurde wahrgenommen als riesiges militärisches Aufmarschgebiet, unerschöpflicher Rohstofflieferant und billige Abfallentsorgungsfläche.

Im Zuge seiner „Alternative“ für eine sozialistische Entwicklung in den Staaten des „realen“ aber nicht „verwirklichten“ Sozialismus, maß Bahro der Landwirtschaft eine zentrale Rolle bei. Diese Gedanken seien kurz umrissen, da sie die Grundlage auch für Bahros weitergehende Überlegungen in den 80er und 90er Jahren bilden.

Sozialismus bedeutete für Bahro in erster Linie Emanzipation des Einzelnen und der Gesellschaft von Ausbeutung und Subalternität. Die Abschaffung jeglicher Form von Ausbeutung innerhalb der menschlichen Gesellschaft erstreckte sich für ihn auch auf das Verhältnis zwischen industrialisierten Ländern und sog. Entwicklungsländern, sowie auf den Umgang des Menschen mit seiner natürlichen Umwelt. Grundvoraussetzung hierfür sei, nach Bahro, nicht nur die Revolutionierung von Besitz- und Verfügungsverhältnissen, sowie die Abschaffung von Herrschaft in den politischen Strukturen, sondern auch das Überwiegen von freien und emanzipatorischen Anteilen gegenüber gebundenen und kompensatorischen Anteilen im gesellschaftlichen und individuellen Bewusstsein.

Welche Rolle spielte in diesem Denkraum die Landwirtschaft und was wurde darin als qualitative, nicht entfremdete Arbeit angesehen?

Landwirtschaft in sozialistischer Perspektive – wie Wirtschaft überhaupt – konnte sich nach Bahro nur bedingt an einem von kapitalistisch bestimmten Produktions- und Vermarktungsbedingungen geprägten Weltmarkt beteiligen. Doch nicht nur das Prinzip der Profitmaximierung unter möglichst günstigen Bedingungen für eine kurzfristig zu erzielende

Akkumulationsrate des Kapitals stand einer ähnlichen Effektivität und Flexibilität in den Planwirtschaften entgegen. Auch die zunehmende Orientierung an und die Erweckung von Luxus- und Konsumbedürfnissen widersprachen dem. Eine Produktion zur Befriedigung solcher Bedürfnisse (bei gleichzeitiger Weckung), welche zudem kompensatorischen Charakter trugen, war für Bahro in Ländern mit sozialistischer Perspektive weder kostendeckend zu realisieren, noch moralisch und ökologisch zu rechtfertigen.

Eine sozialistische Wirtschaft sollte sich vielmehr auf die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse orientieren und das unter größtmöglicher Schonung der natürlichen Ressourcen. Effektivitätssteigerungen sollten nicht automatisch zu vergrößertem Produktionsausstoß führen, sondern zu generellen Arbeitszeitverkürzungen. Die so zu gewinnenden zeitlichen Spielräume bildeten für Bahro wiederum die Grundlage für die Befriedigung des einzigen zu stimulierenden Bedürfnisses und geistigen Grundbedürfnisses des Menschen: des Bedürfnisses nach Emanzipation. Die Produktion sollte insbesondere in der Landwirtschaft nach regionalen Gesichtspunkten orientiert sein (Boden, Klima, Infrastruktur, Märkte). Überregionale Planung sollte nicht abgeschafft, sondern zu einem Instrument der Regulierung, unter wesentlich größerem Einfluss der Produzenten, umgestaltet werden. Überhaupt gewannen in Bahros Überlegungen Prinzipien, wie Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Produzenten, zentrale Bedeutung. Bahro erhoffte sich im Zuge der damit verbundenen fundamentalen gesellschaftlichen Umgestaltungen auch eine Wiederbelebung ländlichen Lebens und eine stärkere Gewichtung des ländlichen Raums gegenüber den wachsenden Metropolen. Bahro, selbst einer bäuerlichen Familie entstammend, maß dem ländlichen Leben eine eigene kulturprägende Bedeutung bei. Hier war für ihn die Schnittstelle zwischen Natur und Kultur am stärksten ausgeprägt und als Grundverhältnis des Menschen spürbar. Der Umgang der Menschen miteinander, als grundsätzlich Gleichberechtigte und der Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt, machten für Bahro die Gradmesser aus, an denen sich die zukünftige Entwicklung der Menschheit entscheiden werde. Die Umwelt des Menschen besitzt nach Bahro einem Selbstwert, d.h. Umwelt im engeren und Natur im weiteren Hinsicht haben gegenüber den Interessen des Menschen einen Eigenwert, welcher jedoch nicht mit den grundlegenden sozialen Interessen des Menschen kollidieren muss. Interessenskonflikten auf dieser Ebene liegen nach Bahro entfremdete Bedürfnisstrukturen, sowie entfremdete Herrschafts- und Produktionsverhältnisse zu Grunde.⁵³ Eine Landwirtschaft in diesem Sinne betrieben müsste nach Bahro auf einen Teil der Mechanisierung (insb. im Ackerbau) und Automatisierung (Tierzucht, Verarbeitung)

verzichten, was wiederum kleinere Anbauflächen und Betriebe zur Folge hätte. Freilich wollte auch Bahro nicht zurück zum Kleinbauern. Gleichwohl ging es ihm um eine Landwirtschaft mit überschaubaren Strukturen, in der auch die Arbeitsteilung und damit die Entfremdung vom Endprodukt nicht ungehemmt voranschreiten.

In den 80er Jahren, nach seiner Ausreise in die BRD, entwickelte Bahro seine Ideen weiter, freilich nun nicht mehr auf einen reinen Reformsozialismus ausgerichtet. 1990, nach seiner Rückkehr in die DDR, als bereits abzusehen war, dass die Landwirtschaft in der DDR nur durch einen weiteren technologischen Schub und unter drastischer Reduzierung von Flächen und Arbeitskräften überleben kann, erarbeitete Bahro einen Vorschlag zur Umgestaltung eines Teiles der DDR-Landwirtschaft zu einem neuartigen sozial-ökologischen Sektor. Für Bahro war frühzeitig klar, dass die Anpassung der DDR Landwirtschaft an den Europäischen Agrarmarkt zu einer immensen Freisetzen an Menschen, Flächen, Verarbeitungskapazitäten und Maschinen führen würde. Einerseits bestand dabei die Gefahr einer weiteren Depravierung des Ländlichen Lebens, (Dauerarbeitslosigkeit, Abwanderung, Bruch kultureller Traditionen, verstärkte politische Teilnahmslosigkeit oder Radikalisierung), andererseits sah Bahro darin auch eine einmalige Chance, durch Umsteuerung von Subventionen und Beihilfen das ganze Problem gänzlich neu zu denken und beispielhaft für andere Regionen anzugehen.

Er setzte sich dafür ein, staatlich und in großem Maßstab auf stillzulegenden Flächen unter Einbeziehung von moralisch verschlissenen Maschinen und Gebäuden, genossenschaftliche Projekte ökologischer Landwirtschaft zu fördern. Hierzu hätten diese neuen Projekte, bzw. das von ihnen erwirtschaftete für eine Übergangszeit von der EU Agrarrahmenplanung ausgenommen werden müssen, bei gleichzeitiger Verpflichtung, Produkte nur in einer noch aufzubauenden regionalen Vermarktung abzusetzen. Bahro versprach sich davon nicht nur Arbeitsplätze in auf Dauer strukturschwachen Regionen und eine ökologische Umsteuerung der ohnehin übersubventionierten Landwirtschaft. Er erhoffte sich darüber hinaus einen kulturellen Impuls neuen naturnahen, ökologisch vertretbaren und sozial reichen ländlichen Lebens. Im Idealfall sah er Menschen aus den Städten mit nicht mehr metropolitaner Lebensperspektive zusammen mit Teilen der aus dem Produktionsprozess ausgestoßenen Landbevölkerung nicht nur neue genossenschaftliche Arbeitszusammenhänge sondern auch neue gemeinschaftliche Lebensformen begründen. Zu den angedachten Formen von Selbstversorgung und Selbstvermarktung, gemeinschaftlicher Verantwortung gegenüber natürlicher Ressourcen und von direkter Demokratie wäre hier noch einiges zu sagen. Konkret wurden Bahros Ideen nur in der durch den Freistaat Sachsen geförderten Landkommune „Lebensgut Pommritz“. Was dort

⁵³ Bahro entwickelte den Gedanken eines Ausgleiches von sozialen Interessen und einer intrinsischen Natur in

seit mehreren Jahren erfolgreich existiert, gibt Zeugnis von einer noch immer virulenten Möglichkeit den Zusammenhang von Land, Leben und Wirtschaft einmal ganz anders zu gestalten.

1994 erkrankte Rudolf Bahro schwer. Er starb 1997.

Rudolf Bahros Politisch-philosophische Ökologie

Rudolf Bahro nimmt ob der besonderen Umstände seines Lebens, welche sich unmittelbar in seinen Gedanken niederschlagen, eine Sonderstellung in der deutschen intellektuellen Nachkriegsentwicklung ein. Dass Bahro keine besondere Wertschätzung entgegen kommt, liegt nur zum Teil in der Eigenart seines Denkens, das oft die Grenzen innerhalb der Wissenschaft und zwischen Wissenschaft, Politik und Philosophie unzulässig verwischte. Bahros Lebensweg in der DDR der 50er bis 70er Jahre, sowie danach in der alten und dann gemeinsamen Bundesrepublik, erinnert darüber hinaus an gern vergessene Wege links-ökologischen politischen Engagements, welche heute allgemein hin als intellektuelle Sackgassen angesehen werden.

In der DDR fiel Bahro aus dem Rahmen des Sagbaren, als er seine marxistische Systemkritik mit einer demokratischen und ökologischen Reformperspektive (unter Abschaffung der SED und des ökonomischen Wettkampfs mit dem Westen) vorlegte. Im Westen verärgerte er die Grünen, in deren Bundesvorstand er bis 1986 saß, mit esoterisch anmutenden Gedanken zu den Themen Ökologie, Spiritualität, politische Bündnisse mit allen (auch den politisch konservativen) Kräften für eine zu erhaltende Umwelt.

Der Beitrag soll anhand der Entwicklung von über die Jahre beibehaltenen Termini (wie Mensch, Bewusstsein, Natur, Umwelt, Geist, Technik) einen Einblick in das originäre von Bahros Denken ermöglichen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf gleichbleibenden Intentionen Bahros, bei gleichzeitigem radikalem Wechsel geistiger Bezüge und individueller Lebensumstände. Geschöpft wird neben bekannten Quellen aus Schriften, welche im Bahro-Archiv der HUB gesichtet und z.Zt. zur Veröffentlichung vorbereitet werden.